

„Hier kennt man sich..“

*Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Münster.*





Herausgeberin / Mobile Beratung im
Regierungsbezirk Münster. Gegen
Rechtsextremismus, für Demokratie
(mobim) im Geschichtsort Villa ten
Hompele der Stadt Münster.
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
www.mobim.info

Fotos / Die Rechte liegen bei mobim

Redaktion / Heiko Klare, Felicia Köttler,
Hendrik Puls, Michael Sturm

Mitarbeit / Anna-Lena Herkenhoff,
Lars Wicke, Christina Möllers,
Mira Berlin

Gestaltung / „Tüddel“ Heimsoth

Auflage / 2500

- 5 Zwischen „bunter City“ und „grüner Wiese“. Arbeit für Demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus
Einleitung
- 6 „Für uns war klar, dass wir uns nicht einschüchtern lassen.“
Bündnis „Keinen Meter den Nazis“, Münster
- 9 „Es ist unsere Aufgabe Anstöße zu geben, um Dinge zu hinterfragen und kritisch zu betrachten.“
Aktiv gegen Rassismus, Beelen
- 11 „Egal welche Unterschiede zwischen uns herrschen, wir teilen eine Gemeinsamkeit: die Leidenschaft zur Musik.“
DettenRockt – Festival gegen Rassismus und Diskriminierung, Emsdetten
- 14 „Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass sich jede einzelne Person für die Demokratie stark machen muss.“
Demokratische Initiative gegen Diskriminierung und Gewalt, für Menschenrechte und Demokratie, Gelsenkirchen
- 17 „Vielleicht ist es uns möglich, das Verhalten im Stadion zu ändern – wenn auch leider nicht die ganze Welt.“
Schalcker Fan-Initiative e.V., Gelsenkirchen
- 20 „Wir sind Linke, die nicht nur gegen die extreme Rechte vorgehen, sondern diese Gesellschaft verändern wollen“
Antifaschistische Linke, Münster
- 22 „Wir möchten uns mit unserer Roma-Kultur nicht abgrenzen, sondern partizipieren und ein Teil dieser Gesellschaft sein.“
Romane Romnja, Münster
- 25 „Gemeinsam auf Dinge hinzuweisen und aktiv zu werden, ist eine unserer größten Stärken.“
Runder Tisch gegen Rassismus, Herten
- 28 „Wir reflektieren uns selbst – eines der wichtigsten Dinge, die uns die AG lehrt.“
Kinder- und Jugendparlament, Recklinghausen
- 30 „Dort waren zu kleine Fußabdrücke!“
Alltagsrassismus und Menschenfeindlichkeit
- 33 „Eskalation und Etablierung“
Rechtspopulistische Parteien und Gruppen
- 37 „Kontinuierlicher Niedergang“
Die NPD
- 41 „Von den ‚Autonomen Nationalisten‘ zur Partei ‚Die Rechte‘“
Die Kameradschaftsszene
- 44 Dynamische Szenen
Neonazis, Jugendkulturen und die „Mitte der Gesellschaft“
- 47 Zwischen Straße und Studierstube
„Neue Rechte“ und „Identitäre Bewegung“
- 50 *Kontakte und Ansprechpartner*

Zwischen „bunter City“ und „grüner Wiese“. Arbeit für Demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus

Seit 2008 sind wir als Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus unterwegs im Regierungsbezirk Münster – im Spannungsfeld zwischen dem nördlichen Ruhrgebiet und dem Münsterland, zwischen Stadt und Land, zwischen „bunter City“ und „grüner Wiese“.

Dabei haben wir uns ausführlich mit den unterschiedlichen Aspekten des Rechtsextremismus hier in der Region befasst: Den in der Öffentlichkeit breit diskutierten Demonstrationen der Neonaziszene in Recklinghausen 2009 und in Münster 2012, den Kundgebungen und großen oder kleinen Kampagnen vor allem der rechtspopulistischen Parteien, ebenso wie der NPD, anlässlich der Bundestags- Landtags- und Kommunalwahlen, aber auch mit punktuellen Ausbrüchen rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Nicht zuletzt haben uns Vorkommnisse beschäftigt, die für weite Kreise sicherlich „unterhalb der Wahrnehmungsschwelle“ lagen. Dazu gehören rassistische Diskriminierungen im Sport, hetzende Einträge auf Internetseiten, antisemitische Schmierereien, ausgrenzende Äußerungen im Jugendclub und in der Schule, nationalistische Verlautbarungen von selbsternannten „Intellektuellen“ oder Bedrohungen durch Neonazis im direkten Umfeld von Betroffenen.

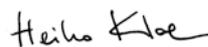
Auf der Grundlage unserer Erfahrungen geben wir in den Texten dieser Broschüre einen Überblick über die Entwicklung und das aktuelle Auftreten unterschiedlicher Spektren des Rechtsextremismus im Regierungsbezirk.

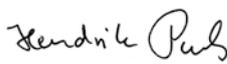
Wir haben aber auch immer wieder Bekanntschaft gemacht mit engagierten Menschen, die sich in Vereinen, Unternehmen, Bündnissen, politischen Gruppen oder Parteien einsetzen für eine Demokratische Kultur und gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen von Ausgrenzung. Die Unterstützung dieser Engagierten in Beratungsprozessen, aber vor allem die Zusammenarbeit an ganz unterschiedlichen Projekten und Ideen macht unsere Arbeit spannend und bereichernd. Einige Gruppen oder Einzelpersonen stellen

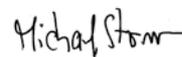
wir auf den folgenden Seiten vor. Für die Bereitschaft, uns für diese Broschüre Einblicke in ihre Aktivitäten zu gewähren, danken wir ganz herzlich allen Beteiligten.

„Das ist ja eine gute Sache. Aber ist das bei uns überhaupt nötig?“ – Diese Frage haben wir zu Beginn unserer Tätigkeit häufig beantworten müssen. Die Herausforderungen im Regierungsbezirk sind sicher andere als in den wahrgenommenen „Hochburgen“ des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen. Sie stehen vor allem nicht so im Fokus, wie etwa in Dortmund, Wuppertal oder Aachen. Um einen Eindruck von den rassistischen und extrem rechten Aktionen in der Region zu erhalten läuft auf den Seiten dieser Broschüre eine Chronik mit, in der wir schlaglichtartig Vorkommnisse von 2010 bis in den Herbst 2014 gesammelt haben. Bewusst haben wir diese ergänzt durch Beispiele aktiver zivilgesellschaftlicher Gegenwehr und kreativer Aktionen, denn auch das ist eine wichtige Erkenntnis der letzten Jahre: dort, wo Menschen aktiv werden und sich für eine demokratische Kultur zusammentun, werden die Räume für Neonazis und RassistInnen eng.

In diesem Sinne hoffen wir für die kommenden Jahre auf viele gute Beispiele einer aktiven Zivilgesellschaft hier im Regierungsbezirk Münster, die wir gerne unterstützend und beratend begleiten.


Heiko Klare


Hendrik Puls


Michael Sturm

Für ihren Beitrag, ihre Unterstützung und den stetigen Antrieb bei der Erstellung dieser Broschüre danken wir herzlich Felicia Köttler und „Tüddel“ Heimsoth sowie für die redaktionelle Mitarbeit Anna-Lena Herkenhoff, Lars Wicke, Mira Berlin und Christina Möllers.

„Für uns war klar, dass wir uns nicht einschüchtern lassen.“



Das Bündnis mobilisiert sich auch kurzfristig: Protest gegen Pro Deutschland im August 2013.

Am 3. März 2012 marschierten 300 Neonazis durch das Stadtviertel „Rumphorst“ in Münster. Bereits einen Monat nach Anmeldung der Demonstration im November 2011 gründete sich das „Keinen Meter den Nazis“-Bündnis, um gemeinsam gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung zu protestieren und dafür zu sorgen, dass die Nazis keinen Meter laufen können. Wir sprachen mit Carsten Peters, Sprecher des Aktionsbündnisses.

Am 3. März beteiligten sich mehrere Tausend Menschen an den Protesten gegen den Naziaufmarsch. So viele Leute zu mobilisieren, war sicher nicht leicht.

Carsten Peters: Die Kundgebung der Nazis wurde schon relativ früh auf deren Internetseite bekannt gegeben und für uns war klar, dass gehandelt werden muss. Die Vorbereitungen fingen bereits im Dezember 2011 an. Wir haben damals die verbliebenen Reste des vormaligen Bündnisses „Münster gegen Nazis“, welches bei Protesten des Naziaufmarsches von 2006 aktiv war, zusammengetrommelt und sehr schnell stießen auch neue Leute hin-

zu. So hatten wir schon früh einen festen Kern von Aktiven, die bis zum 3. März, und auch darüber hinaus, mit dem Bündnis gearbeitet haben. Der Zulauf kam hierbei von den unterschiedlichsten Personen und Gruppen der Stadt. Egal ob Gewerkschaften, Antifa-Gruppen, religiöse Gemeinschaften, Sportvereine, Musikgruppen, Schul- und Studierendenvertretungen oder Ortsverbände von Parteien – alle waren Teil des Bündnisses und wollten gemeinsam deutlich machen, dass die Nazis hier nicht erwünscht sind. Hinzu kamen, nachdem die Demo-Route der Nazis bekannt wurde, zahlreiche AnwohnerInnen des Rumphorst-Viertels. Der Protest war also sehr breit, vielfältig und kreativ und ging durch alle gesellschaftlichen Gruppen und Schichten.

Wie hat die Zusammenarbeit zwischen diesen ja doch sehr unterschiedlichen AkteurInnen funktioniert? Gab es hierbei Probleme?

C. P.: Die Zusammenarbeit lief sehr friedlich, konstruktiv und produktiv ab. Wir hatten bei unseren wöchentlichen Treffen die Struktur eines offenen Plenums. Von

Bündnis „Keinen Meter den Nazis“, Münster



MARL, 6. FEBRUAR 2010 In Marl nehmen nach Informationen von NRW rechtsaußen an einer durch die „Aktionsgruppe Ruhr-Mitte“ angemeldeten und durch die NPD unterstützten Demonstration mit dem Titel „Todesstrafe für Kinderschänder! 0% Rückfallquote“ 170 Neonazis teil. 25 GegendemonstrantInnen werden von der Polizei vorüberge-

hend festgenommen. RECKLINGHAUSEN, 22. FEBRUAR 2010 Der „Nationale Widerstand Recklinghausen“ führt eine einstündige Kundgebung „gegen Multikulti“ und „gegen die Islamisierung Recklinghausens“ statt, an der nach eigenen Angaben 35 Personen teilnehmen. Eine größere Gruppe BürgerInnen findet sich zum Gegenprotest

zusammen. BORKEN, 27. FEBRUAR 2010 Nach Polizeiangaben sprühen unbekannte TäterInnen Hakenkreuze auf Fenster und Türen der Duesberghauptschule. AHLEN, 23. FEBRUAR 2010 Unter dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes und ausgestattet mit Fackeln sowie einer Hakenkreuzfahne ziehen nach eigenen Angaben 40 Neonazis in der



unserer Seite wurde also nicht vorgegeben, dass man mit bestimmten Positionen grundsätzlich konform gehen müsse. Wenn man damit anfängt und sich solche Hürden aufbauen, wo fängt man dann an und wo hört man

auf? Es konnten sich nicht alle sofort mit dem Aufruf und dem Ziel des Aufrufes identifizieren. Dieser lautete „Um den Naziaufmarsch zu verhindern, setzen wir auf das Mittel der Blockaden, an denen jeder und jede teilnehmen kann. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen“. Daher sind einzelne Gruppen auch wieder abgesprungen. Letztlich standen am 3. März etwa 150 Organisationen unterschiedlichster Art unter dem Aufruf und begriffen sich als Teil des gemeinsamen Bündnisses. Es war außerdem deutlich zu spüren, dass der Protest auch in der Mitte der Bevölkerung angekommen ist, da sich viele BürgerInnen, die sonst vielleicht nicht auf Demonstrationen gehen, daran beteiligt haben. Und auch von der Presse wurden unsere Aktivitäten, sowohl während der Vorbereitungen, als auch noch nach dem 3. März und bis heute, sehr positiv begleitet.

Am Tag der Demonstration organisierten die Anwohnenden aus dem Rumphorst-Viertel kreative Proteste in Form von Straßenmaleisen, Transparenten, Gesängen oder lautem Topfschlagen. Das Bündnis kümmerte sich um Kundgebungen rund um die Aufmarschsstrecke, die Menschen wurden über einen Infoticker auf dem Laufenden gehalten, es gab Informationsmaterial, einen Ermittlungsausschuss und Rückzugsräume. Gibt es etwas, was ihr im Nachhinein anders machen würdet?

C. P.: Wir führten, anders als bei den Aktionen in Münster 1998 oder 2006, im Vorfeld lange Diskussionen über die Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit von Blockade-Akti-

onen. Das hat die öffentliche Diskussion im Vorfeld mitbestimmt, ihr durchaus auch geschadet und das Klima vor dem 3. März letztlich aufgeheizt. Aus unserer Sicht war es so, dass von Seiten der Polizei sehr gezielt versucht worden ist, diese Blockade-Aktionen, die eigentlich friedlich und gewaltfrei ablaufen sollten, in ein Spektrum von Gewalttätigkeit zu rücken. Es waren nicht wenige Beamte da, die ausgesprochen „übermotiviert“ waren und auch dementsprechend zur Sache gegangen sind. Am Tag selbst hat die Polizei wirklich alles aufgefahren, was zur Verfügung stand: Hunde- und Reiterstaffel, Wasserwerfer, Räumpanzer und anderes mehr, sodass kaum Sitzblockaden zustande kommen konnten. Hier wird der Unterschied zu den Protestaktionen aus dem Jahr 2006 deutlich: dort waren diese Dinge zwar auch vor Ort, allerdings standen sie eher im Hintergrund und wurden nicht genutzt, um den Nazis den Weg frei zu machen.

Auch nach dem 3. März hat das Bündnis Aktionen organisiert. Welche waren das?

C. P.: Es ging zum einen darum, in den Mittagsstunden des 7. Mai 2012 die Aktivitäten gegen die Aktion von „Pro NRW“ in Münster-Hiltrup vor der dortigen Moschee zu organisieren. Die Partei war auf einer „Freiheit-statt-Islam-Tour“ unterwegs. Auch hierfür konnten wir um die 100 Menschen mobilisieren.

Zum anderen hielt die NPD am 20. Juli 2012 eine Wahlkampf-Kundgebung am Hauptbahnhof ab, wogegen wir binnen drei Tagen Proteste organisierten und rund 850 Personen dahin mobilisieren konnten. Aus meiner Sicht ist das ein gutes Ergebnis und zeigt auch, dass die Bündnisstrukturen funktionieren. Ein Jahr später blockierten sogar 1500 Menschen eine ähnliche NPD-Versammlung auf dem Schlossplatz.

Engagement gegen Rechts kann sicherlich auch heikel sein, kam es irgendwann zu Einschüchterungsversuchen?

C. P.: Im Vorfeld der Demo vom 3. März verschickten Neonazis Drohbriefe an die Privatadressen von Nazi-GegnerInnen. Schnell kam die Frage auf, woher die Daten stammten. Ein Organisator der Neonazi-Demo geriet in Verdacht, die Adressen besorgt zu haben, da er bei der DHL arbeitete.

Nacht durch Ahlen. Ein Video dieses „Gedenkens“ wird im Internet veröffentlicht. An der heimlich organisierten Veranstaltung nehmen auch Neonazis aus Hamm und dem Kreis Unna teil. RECKLINGHAUSEN, 10. MÄRZ 2010 Die Polizei nimmt drei der Neonazi-Szene zugerechnete Männer fest, die Hakenkreuze gesprüht haben. AHLEN, 11.

MÄRZ 2010 Nach Angaben des Ahleener Tageblatts demonstrieren 13 Neonazis mit einer Mahnwache auf dem Marktplatz gegen eine gegen sie gerichtete Polizeirazzia. Es kommt zu einem kurzen Zusammenstoß mit GegendemonstrantInnen. AHLEN, 13. MÄRZ 2010 Unter dem Motto „Für Versammlungs- und Meinungsfreiheit“ halten rund 50 Neo-

nazis am Ahleener Bahnhof eine Kundgebung ab. Nach Angaben der Westfälischen Nachrichten protestieren 70 Menschen gegen die Neonazis. MÜNSTER, 13. MÄRZ 2010 Unter den zirka 100 Teilnehmenden des „1.000-Kreuz-Marsches“ fundamentalistischer Christen und radikaler AbtreibungsgegnerInnen durch Münster, der jährlich von der Organisation



2012 protestieren mehrere Tausend Menschen laut und kreativ gegen einen Neonazi-Aufmarsch



Wie seid ihr mit diesen Drohbriefen und Veröffentlichungen umgegangen?

C. P.: Natürlich haben wir uns Gedanken gemacht, ob und wie wir reagieren sollen. Letztlich haben wir uns gesagt, dass das einfach Teil dieser Auseinandersetzung ist. Jeder Person, die sich in diesem Bereich engagiert, kann das passieren. Aber für uns war eben auch klar, dass wir uns nicht einschüchtern lassen. Es hat sich auch keiner daraufhin zurückgezogen. Wichtig ist auch, die Betroffenen nicht allein zu lassen, sondern solidarisch zu unterstützen.

Hast du Ratschläge für andere Bündnisse oder engagierte Bürgerinnen und Bürger?

C. P.: Ich würde anderen Bündnissen gerne mit auf den Weg geben, dass man sich von Rückschlägen, Einschüchterungen oder Problemen nicht entmutigen lassen darf. Es war eine anstrengende Zeit, aber meiner Meinung nach ist es wichtig, immer am Ball zu bleiben, sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen und zu versuchen, den organisatorischen Zusammenhang der Bündnisstrukturen zu wahren.

Sollte es erneut zu einem Naziaufmarsch in Münster kommen, wird das „Keinen

Meter“-Bündnis dann wieder aktiv?

C. P.: Ja klar! Der organisatorische Zusammenhang besteht und hat sich bewährt und ich glaube sagen zu können, dass die Mobilisierung im Vorfeld des 3. März 2012 ausgesprochen effektiv gelaufen ist. Es haben etwa 7000 Menschen an den Protesten teilgenommen, was sehr außergewöhnlich ist. Es waren immerhin die größten Proteste gegen Nazis in der Geschichte Münsters.



Keinen Meter den Nazis

Anlässlich einer aus der Neonaziszene für März 2012 angekündigten Demonstration gründete sich das breit aufgestellte Bündnis mit dem Ziel, den Aufmarsch zu blockieren. Dahinter stellten sich etwa 150 Organisationen – bis heute engagiert sich das Bündnis, wenn Neonazis oder RechtspopulistInnen in Münster aktiv werden. Die Mobilisierung funktioniert, das haben zuletzt die Proteste gegen die Wahlkampfaufritte von Pro Deutschland und die NPD im Sommer 2013 gezeigt.

keinenmeter@riseup.net

<http://keinenmeter.noblogs.org>

„EuroProLife“ organisiert wird, ist auch eine kleine Gruppe Neonazis, darunter der damalige „Bezirksbeauftragte Westfalen“ der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“. Mehr als 200 Menschen protestieren gegen den Marsch. **HALTERN AM SEE, 18. MÄRZ 2010** 30 Neonazis stören eine öffentliche Diskussionsveranstaltung der IGB-

CE zum Thema Rechtsextremismus, wobei sie das Hitlerjugend-Lied „Ein junges Volk steht auf“ singen. **AHLEN, 19. MÄRZ 2010** Rund 300 TeilnehmerInnen aus Politik, Vereinen, Schulen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden versammeln sich zu einer Kundgebung gegen Rassismus und Neonazis an der Marienkirche. **HERTEN UND GEL-**

SENKIRCHEN, 26. MÄRZ 2010 Jeweils rund 40 SympathisantInnen von „Pro NRW“ halten im Rahmen ihrer „islamkritischen Mahnwachentour“ unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ Kundgebungen in Herten und Gelsenkirchen ab. In beiden Städten demonstrieren jeweils einige Hundert Menschen gegen die rechtspopulistischen Pa-

„Es ist unsere Aufgabe Anstöße zu geben, um Dinge zu hinterfragen und kritisch zu betrachten.“

Im Jahr 2005 gründete sich die Initiative „Aktiv gegen Rassismus“ (AGR), um sich frühzeitig gegen die im Ort aufkommende rechte Szene aufzulehnen. Sieben Jahre lang haben Jugendliche im Alter von 16-25 in Kooperation mit dem Jugendtreff Beelen dazu beigetragen, das soziale Leben in ihrem Ort zu verbessern. Nach einer Pause befindet sich die Initiative derzeit im Umbruch, Überlegungen für einen Neustart laufen. Martin Werner und Rémi Almodt sprachen über ihr Engagement für antifaschistische Arbeit im ländlichen Raum.

Gab es einen speziellen Anlass für die Entstehung der AGR?

Martin Werner: 2005 hat sich die Stimmung im Ort plötzlich verändert. EinwohnerInnen, die wir dem rechten Spektrum zuordneten, tauchten vermehrt im Dorfbild auf und waren auf Auseinandersetzungen mit den Jugendlichen hier aus. Zudem zogen fremde Menschen hinzu und bemühten sich sehr auffällig darum, Leute um sich zu scharen. In einem nicht allzu spannenden Örtchen mit kaum Industrie ist dies eher ungewöhnlich. Wir hatten es also mit klassischen Dorfnazis und, so vermuteten wir, mit Personen in gefestigten rechten Strukturen zu tun und es kam vermehrt zu Problemen und Schlägereien.

Daraufhin hat sich eine Gruppe von jungen Leuten an die Gemeinde gewandt. Ich bot an, die Gruppe zu begleiten und ihnen die Infrastrukturen des Jugendtreffs zur Verfügung zu stellen. Für mich war das Thema neu, was es sehr spannend machte. Die AGR und ich sind ganz unbedarft an die Sache gegangen und wollten als erstes die Bevölkerung aufklären. Bei Infoveranstaltungen oder Konzerten haben wir über Kleidungsmarken und -symbole und bestimmte Parolen informiert, sodass die Bewohnenden die auffälligen Personen und Veränderungen ebenfalls wahrnehmen konnten.

Hat eure Arbeit Wirkung gezeigt?

M. W.: Da bin ich ganz sicher. Natürlich gibt es nach wie vor

vereinzelt EinwohnerInnen mit einer rechten Gesinnung, jedoch keine konkreten Vorfälle mehr. Ich kann das nicht mit Bestimmtheit sagen, denke aber, dass der Gegenwind der AGR eine enorm positive und wichtige Wirkung hatte.

Rémi Almodt: Wir haben damals mit 5-15 Personen zu jeder Aktion eine Gegenaktion gestartet, jeden Aufkleber überklebt, jedes Plakat abgehängt – so mussten die Rechten immer wieder neu anfangen und sind irgendwann müde geworden. Außerdem wurde die Bevölkerung durch unsere Infoveranstaltungen aufmerksam. In einem Dorf, in dem sich alle kennen, läuft man nicht ungehemmt mit bestimmten Band-T-Shirts oder Symbolen herum, wenn man immer wieder darauf angesprochen wird, weil die Menschen es auf einmal als rechtsextremistisch identifizieren. Wir vermuten, es wurde den Nazis hier schlicht und einfach zu anstrengend.

Die AGR habt ihr auch nach diesem Erfolg weitergeführt.

M. W.: Ja, es wollten alle weiterhin an dem Thema arbeiten und haben dies auch über Jahre gemacht. Dabei wurden diverse Aktivitäten durchgeführt – Stolpersteinverlegungen, Bildungsfahrten, Konzerte, Infocafés, Koch- und Filmabende, Diskussionsrunden, Veröffentlichung eines Musik-Samplers als Spendenaktion etc., oft in Kooperationen mit anderen antifaschistischen AkteurInnen.

Im Winter 2012 ist die AGR dann leider nach der 3. Generation von Jugendlichen eingeschlafen. Viele sind für Studium oder Beruf weggegangen und es kam niemand mehr nach. Nichtsdestotrotz wurde durch Schritte der Initiative vieles für den gesamten Jugendtreff verändert.

Von welchen Veränderungen sprichst du?

M. W.: Durch die Gruppe wurde sehr viel angeregt. Beispielsweise war ein Mitglied aus der ersten Generation Veganer, weshalb wir bei einer Veranstaltung veganes Essen anbieten wollten. Dies war für die meisten Besuchen-



rolen. GELSENKIRCHEN, 27. MÄRZ 2010 Die rechtsextreme „Bürgerbewegung Pro NRW“ hält ihren Parteitag auf Schloss Horst ab. Rund 350 Demonstrierende versammeln sich zum Protest, aufgerufen haben unter anderem die VVN, das „Gelsenzentrum“, das „Bündnis gegen Rechts“ und die „Demokratische Initiative“. MÜNSTER/IBBENBÜ-

REN/RHEINE, APRIL 2010 Die NPD verschickt im Rahmen des Landtagswahlkampfes zahlreiche Schreiben an SchülerInnenvertretungen im Regierungsbezirk, in denen diese aufgefordert werden, sich an einem Wettbewerb mit dem Titel „Wir oder Scharia“ zu beteiligen. Viele Schulen nehmen die Briefe zum Anlass, sich in Projekten mit der Ideo-

logie der NPD auseinander zu setzen und sich gegen Rassismus zu positionieren. OELDE, 10. APRIL 2010 650 Menschen beteiligen sich an der Demonstration eines breit aufgestellten BürgerInnenbündnisses für Toleranz und gegen Rechtsextremismus in Oelde. Eine ursprünglich für den Tag angemeldete Neonazi-Kundgebung war von den Veranstalte-

den der erste Kontakt damit und viele konnten feststellen, dass die Alternative zu tierischen Produkten gesund und zudem total lecker ist. Für einige Gäste und vor allem für den Jugendtreff hat das viel verändert. Wir haben angefangen, umzudenken und die Ernährung umzustellen, was bezüglich Konsumverhalten und Produktwahl viel änderte. So haben sich, auch für uns als Mitarbeiter, ganz neue Horizonte eröffnet – wir haben Beelen als Fairtrade-Town initiiert, backen selbst, statt abgepackte Süßigkeiten zu verkaufen, haben keine Produkte mehr von Konzernen, deren Firmenphilosophie wir nicht unterstützen möchten und posten kritische Artikel zur WM, statt Public Viewing auszurichten. All so etwas kam durch die Zusammenarbeit zwischen AGR und Jugendtreff und hat mittlerweile festen Bestand.

Wie kommt das bei den Menschen an?

R. A.: Für viele ist es ungewohnt. Nehmen wir das Backen: ohne Backmischung und ohne tierische Produkte gemeinsam zu backen - das kennen viele Kinder aus ihren Familien nicht. Daher wollen wir es ihnen als Alternative zum Gewohnten zeigen und darüber ins Gespräch kommen. Auch wenn nicht all unsere Ideen angenommen werden – es geht um die Auseinandersetzung mit dem Gedanken.

M. W.: Und die Jugendlichen suchen das Gespräch. Sie fragen, wieso wir etwas nicht haben oder tun. Dann ist es wichtig, nicht zu missionieren, sondern Positionen und kontroverse Argumente darzulegen. Es ist unsere Aufgabe Anstöße zu geben, um Dinge zu hinterfragen und kritisch zu betrachten. Wir diskutieren gerne, denn je mehr Hintergrundinfos man hat, desto bewusster kann eine Entscheidung gefällt werden. Wie mit diesen Infos umgegangen wird und ob man etwas ändert, bleibt dann jeder Person selbst überlassen. Wir bekommen zum Teil Rückmeldungen, dass die Kinder die Themen mit nach Hause nehmen und z. B. beim Familieneinkauf sagen, sie möchten lieber ein „faires“ Produkt kaufen. Die Eltern sind dann zunächst verärgert, finden es aber sehr gut.

Auf der anderen Seite gibt es auch Situationen, in denen wir komisch beäugt und nicht verstanden werden. Doch wir machen weiter und sind uns sicher, dass diese Arbeit etwas bewirkt.

So viel Engagement in einem Ort mit rund 6000 Einwohnenden ist außergewöhnlich. Gibt es hier spezielle Vor- und Nachteile?

R. A.: Ein großer Vorteil ist die personelle, finanzielle und materielle Unterstützung, die wir durch Kontakte erfahren. Hier im Dorf kennt man sich und so bekommen wir viel Hilfe von der Bürgermeisterin, dem Dorfpolizisten, Ratsmitgliedern oder BewohnerInnen, die ihre Kenntnisse und Fähigkeiten anbieten.

Dennoch gibt es Nachteile. So ist es in einer größeren Stadt wohl leichter, Interessierte zu finden. Subkulturelle Themen brauchen ein entsprechendes Publikum und bei so wenigen EinwohnerInnen kam es vor, dass wir die Einzigen auf unserer Veranstaltung waren. Wir haben es dann als persönliche Weiterbildung gesehen und beim nächsten Mal auf mehr Gäste gehofft – oft hat dies ja auch geklappt.

Momentan befindet sich die AGR im Umbruch.

M. W.: Es hat jahrelang gut funktionierende Strukturen gegeben und es ist sehr schade, dass diese mittlerweile eingeschlafen sind. Einzelne ehemalige Mitglieder sind noch im Ort und momentan laufen Überlegungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sechs ehemalige Mitglieder hatten vor einigen Wochen ein Treffen und alle waren sich einig, dass nach wie vor Interesse an der Arbeit besteht. In welche Richtung das gehen wird ist unklar, dennoch stehen wir in Kontakt und sehen die AGR nicht als Vergangenheit an.



Aktiv gegen Rassismus Beelen

Seit 2005 organisieren Jugendliche aus dem Jugendtreff der Gemeinde im Kreis Warendorf Partys, Konzerte, öffentliche Veranstaltungen und Bildungsangebote, um in ihrem Ort über Rassismus und Neonazismus aufzuklären. Dabei zeigten sich die Schwierigkeiten für antifaschistisches Engagement im ländlichen Raum – auch vor dem Hintergrund der „Abwanderung“ gerade junger Leute.

Martin Werner (Leiter des Jugendtreffs)

jugendtreffbeelen@gmx.net

www.jugendtreff-beelen.de

rInnen wieder abgesagt worden. RECKLINGHAUSEN, 25. APRIL 2010 13 Neonazis versuchen nach Angaben von NRW Rechtsaußen eine Demonstration des antifaschistischen „Bündnis gegen Rechts“ zum 77. Todestages des Kommunisten Albert Funk zu stören. Funk war 1933 von den Nazis verhaftet und so schwer misshandelt worden, dass er starb.

Die Polizei spricht Platzverweise aus. AHLEN, 8. MAI 2010 Nur eine halbe Stunde lang dauert die Neonazi-Kundgebung unter dem Motto „8. Mai – wir feiern nicht“ am Bahnhofsvorplatz. 25 Neonazis, die zuvor eine ähnliche Versammlung in Hamm durchgeführt hatten, nehmen teil. Eigentlich soll die Kundgebung auf dem Marktplatz stattfinden,

wo sich aber bereits GegendemonstrantInnen gesammelt haben. Am Bahnhof protestieren 15 Menschen gegen die Neonazis. CASTROP-RAUXEL, 11. MAI 2010 In der Nacht wird der Eingangsbereich einer linksalternativen Kneipe mit Plakaten der „Autonomen Nationalisten“ beklebt sowie ein Eimer Kleister ausgeschüttet. Die Hauswand wird

„Egal welche Unterschiede zwischen uns herrschen, wir teilen eine Gemeinsamkeit: die Leidenschaft zur Musik.“



Das Festival-Gelände besuchten zunächst 500, zuletzt 3500 Menschen.

Seit 2005 findet in Emsdetten jährlich ein großes Open-Air-Konzert statt, das von Jugendlichen und jungen Erwachsenen organisiert wird. Beim „DettenRock“ steht nicht nur die Musik im Vordergrund – die VeranstalterInnen wollen mit ihrem Festival auch ein Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung setzen. Die „DettenRock-Bande“ gab uns Einblicke in ihren Ansatz der Antidiskriminierungsarbeit.

Wie seid ihr dazu gekommen, das Festival „DettenRock“ ins Leben zu rufen?

DettenRock: Diese Idee entstand vor einigen Jahren innerhalb zweier Gruppen zur gleichen Zeit. Anlässlich des „Internationalen Tages gegen Rassismus und Diskriminierung 2005“ der Vereinten Nationen wurden interessierte Jugendliche eingeladen. Ziel war es, eine Veranstaltung gegen Rassismus mit und für junge Bürgerinnen und Bürger zu organisieren. Im Juli 2005 trafen sich beide Gruppen und beschlossen, gemeinsam ein Festival für Emsdetten auf die Beine zu stellen. So wurde der als gemeinnützig anerkannte Verein „DettenRock e.V.“ gegründet und bereits einige Monate später fand das erste Festi-

val statt. Wir wollten lokalen Bands eine Bühne für ihre musikalische Kunst bieten. Außerdem war uns von Anfang an wichtig, mit diesem Festival ein klares Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung und für Toleranz und Menschlichkeit zu setzen. Diese Ziele haben sich bis heute nicht geändert.

Wie wird das umgesetzt? Spielen diese Themen während des Festivals inhaltlich eine Rolle?

DR: Ja, allerdings funktioniert das nur bis zu einer gewissen Uhrzeit, da dann der allgemeine „Feierpegel“ die Aufnahmefähigkeit für Inhalte übersteigt und das gemeinschaftliche Feiern und die Musik in den Mittelpunkt rücken. Wir versuchen dennoch immer, auch den inhaltlichen Aspekt zu berücksichtigen und auf dem knapp fußballfeldgroßen Gelände haben wir dazu ausreichend Platz. Um Toleranz zu fördern ist ein erster Schritt Aufklärungsarbeit. So wollen wir z. B. den Menschen mit unserer „Wall of Terror“, die Opfer rechter Gewalt der letzten Jahre zeigt, vor Augen führen, welche Folgen Rechtsextremismus haben kann. Es ist uns wich-



mit schwarzer Farbe beworfen. GREVEN, 18. MAI 2010 SchülerInnen des Gymnasiums Augustinianum überstreichen Nazi-Schmiererein auf ihrem Schulhof, berichtet die Münstersche Zeitung. BECKUM, 1. JUNI 2010 Laut einer Meldung der Polizei wird die jüdische Gedenkstätte im Westpark mit Hakenkreuzen und antisemitischen Schriftzügen

veranstaltet. AHLEN, 12. JUNI 2010 In Ahlen wird ein jüdisches Mahnmahl beschmiert, berichtet die Polizei. Auch Aufkleber der „Autonomen Nationalisten Ahlen“ seien dort hinterlassen worden. AHLEN, JUNI 2010 Eine Jugendliche aus Ahlen wird auf Flugblättern und Plakaten als angebliche „kriminelle Linksextremistin“ diffamiert. Für diese

Einschüchterungsaktion sind Mitglieder der „Autonomen Nationalisten Ahlen“ verantwortlich. AHLEN, 7. JULI 2010 Nach dem für Deutschland verloren gegangenen WM-Spiel gegen Spanien versucht eine größere Gruppe deutscher Fans ein spanisches Restaurant zu stürmen. Die Polizei kann mit einem großen Aufgebot das Restaurant abschirmen und

tig, über die Folgen des Nationalsozialismus und heutigen rechtsradikalen Gedankenguts zu sprechen. Neben eigenen Infomaterialien, die ausgelegt werden, laden wir gesellschaftliche Initiativen oder Kampagnen ein, uns bei dieser Aufklärungsarbeit zu unterstützen. Durch die Kooperation erweitern wir unser Wissen und die Vielfältigkeit unserer Informationsstände.

All dies vorzubereiten ist sicher mit viel Aufwand verbunden.

DR: Vor dem Festival ist nach dem Festival. Der Übergang des organisatorischen Abschlusses eines Festivals zu der neuen Planungsphase ist quasi fließend. Je näher das nächste Festival rückt, desto zeitintensiver wird die Vorbereitung. Die DettenRockt-Bande – so nennen wir uns als Mitglieder des Vereins – besteht aus knapp 40 Personen. Da aufgrund von Ausbildung, Studium oder Beruf viele Aktive ihren privaten Lebensmittelpunkt mittlerweile nicht mehr in Emsdetten oder der näheren Umgebung haben, hat sich ein Kernteam aus rund sieben Vereinsmit-



Niemand soll ausgeschlossen werden: Der Eintritt ist frei.

gliedern gebildet, die im Vorfeld des Festivals die Organisation stemmen. Spätestens zum Festivalaufbau werden wir dann auch von den Anderen tatkräftig unterstützt. Außerdem ist mit den Jahren eine gewisse Routine entstanden, sodass auch ab und an die Zeit bleibt, kleinere Kulturveranstaltungen wie Lesungen, Kicker- und Spraywettbewerbe oder Einzelkonzerte zu veranstalten. Auch Informationsstände über Aktivitäten der NPD und der rechten Szene oder die Teilnahme an Demonstrationen gegen Rechts sind Bestandteile unserer Arbeit.

Ihr zeigt viel Engagement gegen Rechtsextremismus. Warum ist euch persönlich diese Art der Arbeit wichtig?

DR: Es ist für uns immer wieder unverständlich, warum

heutzutage immer noch Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder aufgrund anderer Merkmale und Lebensweisen diskriminiert werden und auf Intoleranz in ihrem täglichen Leben stoßen. Darauf möchten wir aufmerksam machen. Für uns haben alle Menschen die gleichen Rechte auf ein Leben in Freiheit. Bei unserem Festival gilt: egal welche Unterschiede zwischen uns herrschen, wir teilen eine Gemeinsamkeit, die Leidenschaft zur Musik.

Wie erfolgt die Auswahl der Bands?

DR: Zum einen suchen wir aktiv nach bekannteren Bands für den Abend. Zum anderen gibt es eine Bewerbungsphase für unbekanntere Bands, um auch für diese Netzwerk-, Austausch- und Auftrittsmöglichkeiten zu ermöglichen. Nach Beendigung der Bewerbungsphase schließen wir uns in einem Keller ein, hören uns die eingesendeten CDs an und basteln das Line-up zusammen. Außerdem legen wir viel Wert darauf, immer jeweils eine Band aus den niederländischen und polnischen Partnerstädten von Emsdetten auf-

treten zu lassen. So werden Austauschmöglichkeiten mit anderen Kulturen ermöglicht.

Musikalisch liegt der Schwerpunkt zwar auf Rock, wir versuchen aber immer ein musikalisch abwechslungsreiches Programm zusammen zu stellen, sowie eine große Vielfalt an Stilen anzubieten. So kommen auch Musikrichtungen wie Classic-Rock, Independent, Punk, Ska, Reggae, Hip-Hop, Metal oder Singer-Songwriter-Formate nicht zu kurz.

Eine Besonderheit des Festivals ist der kostenlose Zugang für alle Besuchenden. Wie finanziert ihr das Projekt?

DR: Genau, wir entschieden uns in den Anfangstagen des Vereins für einen kostenfreien Zugang, damit alle Interessierten kommen können. Das mag sich zwar merkwür-

Übergriffe verhindern. MÜNSTER, 19. JULI 2010 Zum wiederholten Male verteilen die „Nationalen Sozialisten Münster“ im Stadtgebiet Flugblätter, die sich gegen britische Soldaten richteten. In Gremmendorf wird ein Transparent mit der Aufschrift „Besatzer raus“ aufgehängt. BOCHOLT, 20. JULI 2010 Unbekannte beschmierern mehrere Grabstei-

ne eines jüdischen Friedhofs in Bocholt, auf einen Stein wurde ein Hakenkreuz gesprüht. Die Schmierereien deuten „von der Ausdrucksweise her auf Jugendliche oder Kinder als Täter hin“, wird der Staatsschutz Münster in den Westfälischen Nachrichten zitiert. OLFEN, 31. JULI 2010 Auf einer Geburtstagsfeier eines Anhängers der rechten Sze-

ne werden nach Angaben der Ruhr Nachrichten rechtsextreme Parolen wie „Deutschland den Deutschen!“ gegrölt. Der Staatsschutz in Münster ermittelt wegen des Verwendens verfassungswidrige Symbole und Parolen. MARL, 23. AUGUST 2010 Die „Montagsdemo gegen Hartz IV“ in Marl wird von einer Gruppe Neonazis attackiert, die rechtsradika-



Ich bin eine Bildunterschrift aber eigentlich nur ein Platzhalter

dig anhören, aber auch geringe Eintrittsgelder im einstelligen Bereich können für viele eine Hürde darstellen. Um niemanden auszuschließen, wollen wir solche Hürden vermeiden.

Die Finanzierung kommt durch Spendengelder von lokalen Unternehmen oder Privatpersonen zustande. Hinzu kommen Sachspenden wie beispielsweise Sofas, mit denen wir das Festivalgelände und den Backstage-Bereich gemütlich gestalten können. Des Weiteren beantragen wir Drittmittel bei nationalen und internationalen Förderprojekten.

Wird euer Festival in der Stadt akzeptiert?

DR: Während wir anfangs etwas kritisch beäugt wurden, läuft die Kommunikation mit der Stadt Emsdetten heute nahezu reibungslos, wodurch wir große Unterstützung erfahren. Auch die lokale Presse berichtet positiv und ist ein gutes Medium, um Werbung für uns zu machen. Außerdem bestätigen die steigenden Besuchenden-Zahlen, dass unser Festival von Emsdettens Bevölkerung Zuspruch erfährt. So waren bei unserem ersten Festival rund 500 Menschen anwesend, mittlerweile kommen bei gutem Wetter um die 3500 Personen.

Ein Festival in dieser Größenordnung ist bestimmt auch Teilen der rechten Szene

le Parolen grölen und Feuerwerkskörper in Richtung der Demonstrierenden werfen. Ein Sprecher der Montagsdemo äußert gegenüber Der Westen den Verdacht, die Neonazis hätten die Veranstaltung attackiert, weil diese Werbung für antifaschistische Aktionen gegen einen Naziaufmarsch Anfang September in Dortmund gemacht habe.

GELSENKIRCHEN, 18. SEPTEMBER 2010 Im Rahmen der Aktion „Graffiti gegen Rechts“ von Jugendförderung und Jugendzentrum Tossehof malen 25 SprayerInnen im Nordsternpark großflächige Statements gegen Neonazis, berichtet Der Westen. MARL, 22. SEPTEMBER 2010 Zahlreiche BesucherInnen hören in der Bibliothek „Insel“

bekannt. Gab es in dieser Hinsicht je Probleme?

DR: Alle paar Jahre versuchen vereinzelte Personen vor dem Eingangsbereich des Festivalgeländes laut zu werden und Parolen zu verbreiten. Sobald unsere Securies einschreiten, haben sich diese Situationen aber schnell von selbst erledigt. Auch als vereinzelt Besuchende vom Platz verwiesen werden mussten, gab es keine Probleme. Diese bezeichnen sich selbst zwar als „unpolitisch“, pflegen aber den Umgang zu Personen der rechten Szene. Aus unserer Sicht widersprechen diese Gäste den Werten, für die wir und unser Festival stehen.



DettenRockt e.V.

Neben der Förderung der lokalen Musikszene steht die Prävention von Rassismus und Diskriminierung im Fokus des 2005 gegründeten Vereins. Seit 10 Jahren organisieren die Mitglieder eines der größten „Umsonst und Draußen“-Festival der Region in Emsdetten.

info@dettenrockt.de

www.dettenrockt.de

einen Vortrag des Sozialwissenschaftlers Christoph Butterwegge, der sich kritisch mit den Thesen Thilo Sarrazins auseinandersetzt. Auch VertreterInnen des „Nationalen Widerstands Marl“, der „Republikaner“ und von „Pro NRW“ ergreifen das Wort. MÜNSTER, 2. OKTOBER 2010 Ein 29-jähriger Schwarzer wird in der Nacht im Außenbereich

„Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass sich jede einzelne Person für die Demokratie stark machen muss.“



Kulturfeste, Demonstrationen, Plakate: Wichtig ist die Präsenz gegen Rechts.

Seit 1992 engagiert sich die „Demokratische Initiative Gelsenkirchen“ (DI) in enger kommunaler Anbindung gegen jede Form von Diskriminierung. Parteien, Wohlfahrtsverbände, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Jugendverbände, die Polizei und viele weitere AkteurInnen – alle sind gemeinsam bemüht, Gelsenkirchen stark zu machen und rechtsextremem Gedankengut keinen fruchtbaren Boden zu geben. Michael Hannrath-Hanasek und Joachim Eschenröder sprachen über die Arbeit der Initiative.

Wie kam es zur Gründung der DI? Gab es einen konkreten Anlass, in diesem Bereich aktiv zu werden?

DI: Konkrete Anlässe gab es leider zur Genüge, da der Zeitraum Anfang der 1990er Jahre durch zahlreiche Übergriffe bzw. Gewalttaten auf jüdische BürgerInnen und Menschen mit Migrationshintergrund geprägt war. So kam es beispielsweise in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen zu rassistischen Angriffen auf AusländerInnen-

wohnheime. Unterstützung erhielten die AngreiferInnen durch viele beistehende PassantInnen, die mit dem Mob grölten. 1992 kamen in Mölln bei einem Brandanschlag auf ein Haus zwei türkischen Frauen und einem türkisches Mädchen ums Leben. 1993 kam es in Solingen erneut zu einem Brandanschlag, wobei fünf Frauen und Mädchen starben. Insgesamt lässt sich festhalten, dass im Zeitraum von Januar bis November 1992 rund 1.900 Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund verübt wurden. Dabei waren insgesamt 13 Todesopfer zu beklagen. Vor diesem Hintergrund wurde auf Einladung des damaligen Gelsenkirchener Oberbürgermeisters am 4. Dezember 1992 die „Demokratische Initiative gegen Diskriminierung und Gewalt, für Menschenrechte und Demokratie - Gelsenkirchen“ als Forum der demokratischen Kräfte Gelsenkirchens gegründet. Es wurde die Vereinbarung getroffen, anlässlich der Novemberpogrome jährlich am 9. November zur Gedenk- und Mahnveranstaltung aufzurufen, um sich als gesamte Stadt gegen rassistische Ausschreitungen zu stellen.



der Halle Münsterland von drei Personen zuerst rassistisch beleidigt und dann attackiert. Ein Flaschenwurf verursacht Verletzungen, der Betroffene verliert das Bewusstsein und muss im Krankenhaus stationär behandelt werden. MÜNSTER, 19. OKTOBER 2010 Die Ausstellung „Tatort Stadion 2“ macht Station in Münster. Die „Deviant's Ultras“

aus der Fanszene des SC Preußen Münster organisieren gemeinsam mit dem FH-Asta und der Antifaschistischen Bildungsinitiative mehrere Begleitveranstaltungen, die Rassismus, Sexismus und Homophobie im Kontext des Fußballs thematisieren. RECKLINGHAUSEN, 21. OKTOBER 2010 Die Ruhr Nachrichten berichtet, dass auf den Fenster-

scheiben von fünf von MigrantInnen betriebenen Läden in Recklinghausen-Süd Aufkleber mit der Aufschrift „Türken raus“ hinterlassen wurden. AHLEN, 22. OKTOBER 2010 65 Neonazis versammeln sich nach Polizeiangaben vor dem Ahlemer Bahnhof, um dort mit einer „Vorabendkundgebung“ für einen Aufmarsch mit dem Motto „Das

Darüber hinaus erklärten sich die einzelnen Mitgliedsorganisationen bereit, ihrerseits Aktionen gegen Rechts durchzuführen.

Wie sieht die Arbeit der Initiative heute aus?

DI: Die DI ist ein Bündnis, das mittlerweile aus 23 Mitgliedsorganisationen besteht. Demokratische Parteien, Kirchen, karitative Einrichtungen, Gewerkschaften und weitere relevante Gruppen Gelsenkirchens haben sich zusammengeschlossen, um für ein demokratisches Miteinander in unserer Stadt einzutreten. In der Regel kommen wir einmal im Jahr zu einer Plenumsitzung zusammen. Ein wesentlicher Fokus liegt dabei auch heute noch auf der Planung der Gedenkveranstaltung für die Opfer der Nazis in der Pogromnacht 1938. Neben dem Gedenken an die Opfer hat es sich die DI zur Aufgabe gemacht, den Anfängen zu wehren. Wir sind persönlich dafür verantwortlich, dass solche Gräueltaten in Deutschland nie wieder geschehen. Aufgrund dessen werden bei der Plenumsitzung auch über Aktivitäten rechter Gruppen oder Parteien gesprochen und geeignete Gegenmaßnahmen geplant. Des Weiteren werden in Parteien und Verbänden Vorträge zum aktuellen Rechtsextremismus gehalten.

Ihr sagtet, die Initiative umfasst 23 verschiedene Mitgliedsorganisationen. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen diesen zum Teil sehr verschiedenen AkteurInnen?

DI: Die Mitgliedsorganisationen haben zwar durchaus unterschiedliche Wertorientierungen und entsprechen damit der Meinungsvielfalt in einem demokratischen Gemeinwesen. Allerdings vereint sie die Ablehnung jeglichen rechtsextremen Gedankengutes sowie die feste Überzeugung, dass nur im gleichberechtigten Diskurs Lösungen möglich sind. Trotz manch strittiger Diskussionen kam es bislang bei Entscheidungen stets zu einstimmigen Abstimmungsergebnissen.

Könnt ihr uns einige Aktivitäten der DI nennen?

DI: Die DI hat in der Vergangenheit auf alle Auftritte rechtsextremer Gruppierungen in Gelsenkirchen reagiert. Allein in den letzten Jahren gab es rund 15 Veranstaltungen und Demonstrationen von NPD und „Pro

NRW“. Dabei reichten unsere Aktionen anlassbezogen von bloßer sichtbarer Präsenz, über bewusst öffentlichkeitswirksame Gegenveranstaltungen, bis hin zu einem ganztägigen Kulturfest mit Bühnenprogramm und Infoständen, an dem über 3.000 Menschen teilnahmen.

Hinzu kommen der alljährliche Gedenkmarsch und die Kundgebung am 9. November sowie weitere Aktionen, die das Thema „Demokratie und Menschenrechte - Gegen rechte Gewalt“ auch anlassunabhängig in das öffentliche Bewusstsein rücken. So wurden in der Vergangenheit in den Sommermonaten an 100 exponierten Stellen im Stadtgebiet großformatige Plakate gehängt, die für Vielfalt statt Einfalt warben und eine klare Aussage gegen Rechtsextremismus beinhalteten.

Ebenfalls erwähnen möchten wir - als Daueraktion auf die NS-Zeit zurückgehend - das Projekt „Erinnerungsorte“, das sich Stätten jüdischen Lebens und Arbeitens in Gelsenkirchen, aber auch besonderer Gräueltaten, wie der Deportation, mit Erinnerungstafeln widmet.

Um das Thema auch für Schulen aufzubereiten wurde ein fünfminütiger DVD-Trailer produziert, um Lehrkräften den Einstieg in das Thema Rechtsextremismus zu erleichtern.

Darüber hinaus hat die DI vor den Wahlen der letzten Jahre in weit gestreuten Aufrufen an die BürgerInnen appelliert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und nur demokratische Parteien zu wählen.

Wie schätzt ihr den Erfolg dieser vielfältigen Aktivitäten auf die Bevölkerung und das politische Klima in Gelsenkirchen ein?

DI: Zumindest ist es uns in den vergangenen Jahren gelungen, die DI bei den demokratischen politischen AkteurInnen sowie den örtlichen Medien als die Ansprechpartnerin bei rechten Aufmärschen und ähnlichen Veranstaltungen zu etablieren. Die DI wird also im politischen Spektrum wahrgenommen.

Fakt bleibt jedoch leider, dass trotz aller Bemühungen die rechtsextreme Partei „Pro NRW“ wieder mit 4 % der Wahlstimmen in den Gelsenkirchener Rat einziehen konnte. Das sind zwar im Vergleich zur vorherigen Kommunalwahl 0,4 Prozentpunkte weniger, heißt für die DI aber auch, in den Bemühungen nicht nachzulassen.

Darüber hinaus ist mit der „Alternative für Deutschland“

System bringt uns den Volkstod! – Freie Völker statt freie Grenzen!“ am darauf folgenden Tag in Hamm zu werben. Am Gegenprotest beteiligen sich rund 330 Menschen. MÜNSTER, 9. NOVEMBER 2010 Neonazis aus Münster, Ahlen und Hamm führen ein konspirativ organisiertes „Heldengedenken“ durch. AHLEN, 23. NOVEMBER 2010 Eine

Fensterscheibe des Parteibüros der Partei Die Linke wird eingeworfen. Die „Autonomen Nationalisten Ahlen“ deuten im Internet die Sachbeschädigung als Zeichen dafür, dass „Linke“ und „Kommunisten“ in der Stadt unerwünscht seien. GRONAU, 6. JANUAR 2011 Im Gronauer Stadtpark werden zahlreiche Hakenkreuze und Neonazi-Symbole ge-

sprayt. MÜNSTER, 19. JANUAR 2011 Ein von Parteijugenden und der „Antifaschistischen Linken Münster“ getragenes Bündnis mobilisiert mit zahlreichen Aktionen gegen einen Naziaufmarsch in Dresden. 150 Menschen fahren am 19. Februar mit drei Bussen aus Münster in die sächsische Landeshauptstadt und blockieren dort mit Tausenden ei-

(AfD) eine Partei in den Gelsenkirchener Rat eingezogen (5 % der Wahlstimmen), die sich schon in der ersten Ratsitzung durch gemeinsame Abstimmungen mit „Pro NRW“ als gleichfalls dem rechten Spektrum zuzuordnende Partei demaskiert hat. Die DI wird die Aktivitäten dieser weiteren äußerst rechten Ratsfraktion sehr aufmerksam beobachten und die Bevölkerung gegebenenfalls darauf aufmerksam machen, dass sich bei dieser Partei hinter einer bürgerlichen Fassade letztendlich ausgrenzendes, intolerantes und damit rechtsextremes Gedankengut verbirgt.

Woher nehmt ihr die Kraft für diese kontinuierliche Arbeit?

DI: Weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass sich jede einzelne Person für die Demokratie stark machen muss. Anders als rechte Ideologen sind wir der Überzeugung, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrer sozialen Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen Herkunft usw. – die Möglichkeit haben müssen, in unserer Stadt gleichberechtigt leben zu können.



Demokratische Initiative Gelsenkirchen

In einem breiten überparteilichen Bündnis von 23 Organisationen, Parteien, Religionsgemeinschaften, Jugend- und Wohlfahrtsverbänden sowie der Polizei unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Frank Baranowski reagiert das Gelsenkirchener Bündnis seit 1992 schnell, wenn es zu Demonstrationen oder Provokationen durch die extreme Rechte kommt und gestaltet die Gedenkkultur der Stadt aktiv mit.

Michael Hannrath-Hanasek (Geschäftsführer)

Jugend- und Familienförderung

www.gelsenkirchen.de



nen der wichtigsten Aufmärsche der Neonazi-Szene. MARL, 2. MÄRZ 2011 Bei einer „Infoveranstaltung“ der rechtspopulistischen „Unabhängigen Bürgerpartei“ (UBP) im Ortsteil Brassert zum Thema „Islam und Moscheebauten“ spricht der Kölner Autor und Junge-Freiheit-Kolumnist Rolf Stolz vor mehreren Dutzend ZuhörerInnen. Hauptthemen sind

das angebliche „Versagen der Integration“ und die Gefahren, die vorgeblich von geplanten Moscheebauten in Marl ausgehen. GELSENKIRCHEN, 4. APRIL 2011 Die „Bürgerbewegung Pro NRW“ führt eine deutsch-israelische Konferenz im Schloss Horst durch, um ihre angebliche Abkehr vom Antisemitismus auszudrücken. Eingeladen sind einige

israelische Rechtsaußen-Politiker. Die Resonanz ist schwach. Die „Demokratische Initiative“ und andere Gruppen demonstrieren gegen die Veranstaltung. WARENDORF, 14. APRIL 2011 In der Nacht werden zahlreiche Hakenkreuze und Parolen in der Innenstadt gesprüht. Zwei 17 und 18 Jahre alte Warendorfer mit Verbindungen zur rechten

„Vielleicht ist es uns möglich, das Verhalten im Stadion zu ändern – wenn auch leider nicht die ganze Welt.“



Der „Fan-Laden“ der Initiative auf der „Schalker Meile“.

Die „Schalker Fan-Initiative e.V.“ wurde 1992 gegründet und ist heute mit rund 400 Mitgliedern deutschlandweit die größte antirassistische Fanorganisation. Nachdem es Anfang der 1990er vermehrt zu rassistischen Äußerungen und Angriffen kam, wollten die Gründungsmitglieder die Aufmerksamkeit und Sensibilität für diese Thematik fördern. Mit Susanne Franke, ehemals 1. Vorsitzende der Initiative, sprachen wir über antirassistische Arbeit im Fußball.

Der Anlass eurer Gründung war die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in Deutschland, der Region und insbesondere im Stadion. Kannst du das konkretisieren?

Susanne Franke: Rassistische, faschistische und gewaltbereite Ausprägungen gab es damals in ganz Deutschland und so natürlich auch im Stadion in Gelsenkirchen. Es wurden beispielsweise vermehrt Gesänge gegen Schwarze und Affengeräusche gebrüllt, wogegen wir et-

was tun wollten. Das sollen unser Spiel und unser Fußball sein. Wir wollen diesen Ort, um über Tore zu fluchen oder uns zu freuen – nicht für soziale Unverträglichkeit. Vielleicht können wir es schaffen, das Verhalten im Stadion zu ändern, wenn auch leider nicht die ganze Welt.

Wie sahen die Anfänge der Initiative aus?

S. E.: Das erste öffentliche Auftreten der rund zehnköpfigen Gründungsgruppe war am 9. November 1992 anlässlich einer Gedenkveranstaltung zu den Novemberpogromen. Wir haben unser Transparent präsentiert, Flugblätter verteilt und uns ganz selbstverständlich als Teil eines antifaschistischen Verständnisses der Stadt gezeigt. Aufgrund des schlechten gesellschaftlichen Klimas und der vielen diskriminierenden Vorkommnisse im Sport war das Thema sehr brisant, weshalb wir schnell Unterstützung von Spielern des Vereins erhalten haben. So haben wir anfangs gemeinsam mit Andreas Müller und Jens Lehmann unsere Flyer verteilt, was zu einer



Szene können von der Polizei der Taten überführt werden. WARENDORF, 19. APRIL 2011 SchülerInnen der 7a des Gymnasiums Laurentianum entfernen in der Innenstadt zahlreiche Neonazi-Aufkleber und NPD-Parolen, berichtet die Allgemeine Zeitung. Sie wollen damit zeigen, wie viele Neonazi-Aufkleber es in der Stadt gibt und anderen Mut

machen, diese ebenfalls zu entfernen. AHLEN, 7. MAI 2011 Die „Demokratisierung“ Deutschlands beklagen rund 30 Neonazis, die anlässlich des 8. Mai eine Kundgebung am Bahnhof abhalten. Zuvor hatten sie eine ähnliche Veranstaltung in Hamm durchgeführt. AHLEN, 8. MAI 2011 „Gegen den Heldenkult der Neonazis – Für eine Zukunft ohne

Rassismus“ lautet das Motto einer Veranstaltung der weiterführenden Schulen auf dem Marktplatz. Damit wird, nachdem in den Jahren zuvor Neonazis den Platz und das Mahnmal für ein „Helldengendenken“ nutzten, mit kreativer Auseinandersetzung ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. RECKLINGHAUSEN,



Integrative Jugendarbeit gehört zum Grundverständnis des Vereins.

großen Aufmerksamkeit der Menschen führte.

Bei der Gründung lautete der Name des Fanclubs „Schalker gegen Rassismus“. Wie kam es zu der Umbenennung?

S. F.: Die Inhalte haben sich erweitert. Es sollte nicht nur um Rassismus, sondern um verschiedene Formen der Diskriminierung gehen. Es handelt sich um integrative Jugendarbeit und Antidiskriminierungsarbeit, seit 2007 beispielsweise auch im Kontext Antihomophobie. Außerdem begreifen wir uns als normaler Teil der aktiven Fanszene, wozu die Zusammenarbeit mit anderen Schalcker Fanclubs zählt, selbst gemeinsam Fußball zu spielen oder sich für Stehplätze und faire Ticketpreise einzusetzen.

Neben diesen zahlreichen Arbeitsbereichen, was sind weitere Pfeiler eures Engagements?

S. F.: Zum einen gibt es das größte Fan-Magazin Deutschlands „Schalke Unser“, welches von uns herausgegeben

wird. Darin werden Fußballthemen kritisch reflektiert und unsere Arbeit und Themen vorgestellt. Zum anderen gibt es unseren Fanladen als Projektbüro und Begegnungsstätte. Hier trifft sich das Kernteam der Initiative für Planungen, es können aber auch alle Interessierten zum Kaffeetrinken vorbei kommen, sich über unsere Arbeit informieren oder Bücher zum Thema Fußball und Diskriminierung kaufen. Wir versuchen also auch hier, ins Gespräch zu kommen und Inhalte zu vermitteln.

Gab es besondere Höhepunkte eurer Arbeit?

Eine große Freude ist mir ein Thema, welches wir seit Jahren kontinuierlich weiterentwickelt haben: die Zusammenarbeit mit Osteuropa. Schon in der Gründungszeit wurde ein deutsch-polnisches Jugendprojekt ins Leben gerufen, durch welches es immer wieder zu Austauschprojekten und Turnieren unter Fans kommen konnte. Auch in die Ukraine bestehen gute Kontakte. Wir hatten 2009 eine zauberhafte erste Fahrt nach Lviv (Lemberg) und haben dort Freundschaften geschlossen, weshalb

14. MAI 2011 Nur 36 Neonazis beteiligen sich an einem Aufmarsch unter dem Motto „Opferschutz statt Täterschutz“, der sich gegen Sexualstraftäter richtet. Organisiert wird die Aktion von einer vorgeblichen „Bürgerinitiative gegen Kindesmissbrauch“, hinter der sich eine NPD-Aktivistin verbirgt. HERTEN, 15. MAI 2011 Wie schon im März

in Marl, versucht die UBP auch in Herten mit einer „Infoveranstaltung“ mit dem „Islamexperten“ Rolf Stolz gegen einen geplanten Moscheebau zu agitieren. CASTROP-RAUXEL, 1. JUNI 2011 Die Polizei durchsucht die Wohnung einer 29-jährigen Castrop-Rauxelerin, die beschuldigt wurde, zu den BetreiberInnen des Internetradios „Irminsul“ zu zäh-

len. Dieses habe durch das Abspielen von Neonazi-Musik und Äußerungen der ModeratorInnen immer wieder gegen Straftatbestände wie Volksverhetzung verstoßen. HERTEN, 1. JUNI 2011 Mitglieder der UBP gründen eine BürgerInneninitiative zur Verhinderung eines Moscheebaus in Langenbochum, bei der Gründungsveran-

wir im nächsten Jahr nach Kiev fahren. 2011 wollten wir, auch auf Wunsch der befreundeten ukrainischen Fans, mit der Fotoausstellung „Innenansichten von außen. Ukrainische Fußballkultur im Vorfeld der EM 2012“ unter anderem auf das Problem rechter Gewalt im Stadion aufmerksam machen. Sowohl hier in Deutschland als auch in der Ukraine ist Faschismus im Fußball ein aktuelles Thema und so wird ein Austausch darüber möglich. Fußballkultur in der Ukraine und anderen osteuropäischen Ländern, in denen im Vergleich zu Deutschland kein Vereinsrecht gegeben ist, steht vor ganz anderen Herausforderungen. Die Gefahr, körperlich angegangen und Opfer rechter Gewalt zu werden, ist dort gravierend höher als in Deutschland. Unser Ziel ist es, darauf aufmerksam zu machen, den Fans Unterstützung anzubieten und Fan-aufbauarbeit zu leisten. Dabei sollen natürlich der Spaß und das eigene Fußballspielen nie zu kurz kommen.

Solche Themen und Kontakte entwickeln sich erst über Jahre, weshalb sie mir besonders am Herzen liegen. Es geht nicht nur darum, ein Banner zu schwenken und darum ein großes Spektakel zu veranstalten, sondern nachhaltig zu arbeiten.

Trotz all der Mühe gibt es auch heute noch diskriminierende Äußerungen oder Verhaltensweisen im Stadion. Wie geht ihr damit um?

S. F.: Die Sensibilisierung ist je nach Thema unterschiedlich hoch. Neonazis stehen nicht lange in der Nordkurve sondern werden direkt aufgefordert, sich zu entfernen. Die Themen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit sind auf Schalke eindeutig geklärt, weshalb schnell kommuniziert werden kann, wenn sich solch interessante Figuren bei uns rumtreiben. Schwieriger wird es bei Homophobie. Es ist nicht durch Banner, eindeutige Symbole und Gesten oder Gewalttätigkeiten identifizierbar. Damit ist es für die meisten Fans schlicht kein Problem, da gängige Ausrufe wie ‚Schwule Sau‘ nicht als verdammenswert gelten.

Gab es in der Vergangenheit Einschüchterungsversuche oder Übergriffe auf Mitglieder der Initiative?

S. F.: All paar Jahre gibt es Schmierereien am Fanladen, was ich aber nicht überdramatisieren möchte. Mitglieder

sind nie gezielt bedroht oder angegriffen worden, da die Rückendeckung für die Initiative sehr hoch ist und hier auch der eher unpolitischere Teil der Fanszene reagieren würde. Mit unserem Symbol an der Kleidung, einem zertretenem Hakenkreuz, kann es im Fußballkontext immer zu Sprüchen oder Pöbeleien kommen, dies dann aber eher von Fans anderer Vereine. Da uns nie etwas Schlimmes passiert ist und solange weiterhin nichts passiert, halte ich Angst für eine schlechte Idee.

Was würdest du anderen Sportvereinen raten, die etwas gegen Diskriminierungen unternehmen wollen?

S. F.: Das einfachste der Welt: die gesellschaftliche Breite suchen. Ich verstehe jede Person, die Angst vor dem Umgang mit solchen Themen hat, daher sollte man sich potentielle MitstreiterInnen suchen. Es sollte geschaut werden, welche Möglichkeiten die eigene Stadt bietet. BürgerInneninitiativen, Stadtverwaltung, Jugendzentren mit sportlicher Jugendarbeit und andere Aktive sind gesellschaftliche Kräfte, die mobilisiert werden können. Außerdem ist eine gute Kommunikation zwischen dem Verein und den Fans sehr wichtig. Des Weiteren kann geschaut werden, was die eigene Vereinsatzung sagt, ob es darin einen Antirassismusparagrafen gibt oder dieser bzw. ein entsprechendes Leitbild entwickelt werden kann. Solche demokratische Prozesse erscheinen mir sehr sinnvoll und es wundert mich aufrichtig, warum diese nicht öfter genutzt werden.



Schalcker Fan-Initiative e.V.

Die 1992 gegründete „Ini“ ist mit über 400 Mitgliedern der größte antirassistische Fanclub eines deutschen Sportvereins. Sie engagiert sich in der Bildungsarbeit sowie gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball, ist in den Gremien des Vereins FC Schalke 04 aktiv und deutschland- bzw. europaweit vernetzt. Zudem gibt sie seit 1996 das breit wahrgenommene Fanzine „Schalke Unser“ heraus.

post@fan-ini.de

www.fan-ini.de

staltung sind auch Mitglieder des „Nationalen Widerstands Marl“ zugegen. „Pro NRW“ kündigt ebenfalls eine Kampagne gegen den Moscheebau an. WARENDORF, 7. JUNI 2011 An einer Informationsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus im Martin-Luther-Haus nimmt eine Gruppe von rund 20 Neonazis aus Warendorf, Ahlen,

Münster und Hamm teil. Sie versuchen, die BesucherInnen einzuschüchtern. AHLEN, 13. JUNI 2011 Zwei unbekannte TäterInnen schlagen mit Pflastersteinen die Scheiben des Büros der Partei Die Linke ein, teilt die Polizei mit. MÜNSTER, 26. JUNI 2011 Unbekannte dringen in das Büro des AStA der Uni Münster ein und verwüsten selbiges.

Die dort hinterlassenen Aufkleber mit Aufdrucken wie „Antifaschisten enteignen“ und „AStA weggeben“ lassen auf Täter aus burschenschaftlichen Kreisen schließen. BORKEN, 15. JULI 2011 Die „1. Borkener Rock & Krach Nacht“ wird von den VeranstalterInnen abgesagt, weil nach Recherchen von Antifa-Gruppen klar wird, dass unter anderem

„Wir sind Linke, die nicht nur gegen die extreme Rechte vorgehen, sondern diese Gesellschaft verändern wollen“

Wenn irgendwo die NPD oder „Freie Kameradschaften“ aufmarschieren, dann beteiligen sich Antifa-Gruppen für gewöhnlich in großer Zahl an den Gegenprotesten, oftmals sind sie auch in der Organisation von zivilgesellschaftlichen Gegenaktivitäten eingebunden. Antifa-Gruppen sind mobilierungsstark und verfügen vielfach über gute Kenntnisse über die lokale extrem rechte Szene. Wir sprachen mit Merle Linkowski, der Pressesprecherin der „Antifaschistischen Linken Münster“, über den Ansatz ihrer Antifa-Gruppe.

Wenn man sich antifaschistische Demonstrationen ansieht, dann ist es auffällig, dass sich daran sehr viele junge Menschen beteiligen. Ist die Antifa eine Jugendbewegung?

Merle Linkowski: Auf den ersten Blick kann dieser Eindruck vielleicht entstehen. Natürlich beteiligen sich immer viele Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende an Antifa-Aktionen. Das junge Alter ist ja auch die Phase, in denen sich junge Menschen politisieren und auch noch ausreichend Zeit für Engagement haben. Enge Bezüge zu unterschiedlichen Jugendkulturen zeichnete die Antifa stets aus, schließlich ist eine alternative, antifaschistisch geprägte Jugendszene ein bedeutender Widerpart gegen die Neonazis. Besonders in Kleinstädten. Wo alternative Jugendszenen stark sind, haben die Rechten Probleme ungestört ihre Aktionen durchzuführen oder Jugendliche zu rekrutieren. Konzerte oder Veranstaltungen sollen eine antifaschistische Jugendkultur vor Ort fördern. Trotzdem greift das Verständnis von Antifa als Jugendbewegung viel zu kurz, weil sich natürlich auch Ältere engagieren. Unsere Gruppe besteht auch nicht ausschließlich aus Studierenden.

Mir ist wichtig zu betonen, dass es „die“ Antifa eigentlich gar nicht gibt. Nicht nur, dass es keinen gemeinsamen „Dachverband“ von Antifa-Gruppen gibt, auch sind diejenigen Initiativen, die sich als Teil der Antifa begreifen, sehr

unterschiedlich. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer politischen Ausrichtung und ihrer Vernetzung mit anderen, aber auch in ihren Arbeitsschwerpunkten. Es gibt Jugendantifa-Gruppen, autonome Gruppen, Freundeskreise, Recherche-Zusammenhänge, Bildungsinitiativen oder Zeitschriftenprojekte, die sich alle als Antifa verstehen.

Ihr habt euch als Antifa-Gruppe im Jahr 2008 in Münster gegründet. Wie kam es dazu?

M. L.: Wir haben uns unter dem Namen „Antifaschistische Linke Münster“ im Januar 2008 zusammen gefunden. In Münster gab es seit den 1990er Jahren verschiedene Antifa-Initiativen. Wir entstanden aus einer Vorläufergruppe namens „Antifaschistische Aktion Münster“, die sich recht schnell wieder auflöste. Andere Mitglieder dieser Gruppe bildeten die „Emanzipatorische Antifa Münster“, mit der wir sehr gut zusammen arbeiten. Uns war damals wichtig, dass wir eine ansprechbare und öffentlich wahrnehmbare Antifa-Gruppe für Münster schaffen, die sich in die Geschehnisse in der Stadt einmischt und die offen für Bündnisse ist. Wir legen jedoch Wert darauf, unabhängig von Parteien zu bleiben.

Was sind eure Themen und Aufgabenbereiche? Wann werdet ihr aktiv?

M. L.: Der Schwerpunkt ist sicherlich die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Auf der praktischen Ebene versuchen wir, eine Organisation von Neonazis und anderen RassistInnen zu verhindern. Wir wollen die Handlungsräume für extrem rechte Politik im Münsterland möglichst eng machen. Wir versuchen also einen breiten antifaschistischen Widerstand gegen NPD-Veranstaltungen, Neonazi-Aufmärsche oder ähnliches zu organisieren. Grundlage dafür ist eine eigene Recherche-Arbeit. Wir wollen wissen, wie sich die extreme Rechte aufstellt und wer ihre maßgeblichen AkteurInnen sind. Wir nehmen dabei auch rechte Burschenschaften oder rechtsin-



die Rechtsrock-Band „Angry Boot Boys“ unter falschem Namen angekündigt wurde. Auch bei der ebenfalls angekündigten Band „The Crashed“ spielt ein Mitglied der neonazistischen Skinheadband. MÜNSTER, 26. JULI 2011 Der GDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz wird im Internet von Rechtsextremen bedroht. Sein Name taucht auf der

Internetseite „Nürnberg 2.0“ auf, die droht, die „Verantwortlichen“ für die „Islamisierung Deutschlands“ „zur Verantwortung zu ziehen“ und sich in der Namenswahl an die Prozesse gegen NS-Kriegsverbrecher in Nürnberg 1945-1949 anlehnt. RHEINE, 17. AUGUST 2011 Bei der ehemaligen NPD-Aktivistin Iris Niemeyer findet eine

Hausdurchsuchung statt. Niemeyer betreibt eine Initiative namens „Jeanne D.“, auf deren Internetseite u.a. der Holocaust geleugnet wurde. HERTEN, 17. SEPTEMBER 2011 Rund 90 AnhängerInnen der „Bürgerbewegung Pro NRW“ demonstrieren in Langenbochum gegen den Bau einer Moschee. Die Mehrzahl der Demonstrierenden reist von Aus-

tellektuelle Netzwerke in den Blick. Dieses Wissen geben wir gerne weiter. Wir schreiben Artikel und Flugblätter oder halten Vorträge. Uns ist klar, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit, Rassismus und Nationalismus nicht auf den rechten Rand beschränkt sondern ebenso ein Problem der Mitte der Gesellschaft sind. Das kann man aktuell vor allem im Zusammenhang mit der „neuen Asyldebatte“ sehen. Wir setzen uns für eine Solidarisierung mit Geflüchteten und anderen Ausgegrenzten ein. Antifa verstehen wir also als gesellschaftskritisch. Wichtig ist uns zudem die Bildungsarbeit. Mit Workshops und Vorträgen wollen wir politischen Austausch und theoretische Auseinandersetzung fördern.

Eben hast du Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche angesprochen, denen ihr offenbar eine große Bedeutung beimisst. 2011 seid ihr sogar bis ins ferne Dresden gefahren, um dort auf die Straße zu gehen...

M. L.: 2011 sind drei Busse aus Münster nach Dresden zu fahren, um dort Europas größten Naziaufmarsch zu blockieren. Wir haben mit den Jugendorganisationen von SPD, Grünen und Linkspartei ein Bündnis namens „Münster Nazifrei“ gegründet. Letztlich haben die Mobilisierungen gezeigt, dass es mit vereinten Kräften und großem Einsatz möglich ist, solche Neonazi-Events zu verhindern. Der Aufmarsch in Dresden findet seitdem nicht mehr in der alten Form statt, er hat an Attraktivität eingebüßt.

Aufmärsche sind für die militante Neonazi-Szene Ereignisse der Selbstvergewisserung nach innen und der Machtdemonstration nach außen. Dort wird für die Teilnehmenden so etwas wie „Bewegung“ überhaupt erst erlebbar. Deswegen – und weil wir den Angegriffenen der Neonazi-Ideologie unsere Solidarität zeigen wollen – gehen wir immer wieder auf die Straße. Nicht nur in Dresden, sondern häufig auch in Dortmund oder Hamm, wo das Neonazi-Problem größer ist als in Münster.

Inwiefern waren denn die Aktionen gegen den Neonazi-Aufmarsch am 3. März in Münster von den Erfahrungen in Dresden beeinflusst?

M. L.: In Dresden haben wir die Erfahrung gemacht, dass Blockaden, die von einem breiten Bündnis getragen wer-

den, erfolgreich sein können. Menschenblockaden sind für uns legitime Mittel des Zivilen Ungehorsams und keine Straftaten. Erste Erfahrungen damit machten wir 2008 bei den Protesten gegen den so genannten Anti-Islam-Kongress von „Pro NRW“ in Köln. Als wir vom Aufmarsch am 3. März 2012 erfuhren, haben wir mit anderen Gruppen das Bündnis „Keinen Meter den Nazis“ gegründet. Letztlich scheiterten die Blockaden in Münster am Polizeieinsatz. Es sind aber viele tausend Menschen auf die Straße gegangen. Das ist auch ein Erfolg, der eine nachhaltige Wirkung hat: die Kundgebungen der NPD 2013 in Münster wurden dank der Gegenproteste zu einem Desaster für die Neonazis. Der ehemalige NPD-Chef Holger Apfel ließ im Nachgang verlauten, er wäre nun „seit 24 Jahren dabei“ und Kummer gewohnt, „aber das heute Erlebte stellt Vieles in den Schatten.“

Worin unterscheidet sich eure Arbeit von den Aktivitäten eines Bündnisses gegen Rechts?

M. L.: Wir sind eine eigenständige Gruppe, die kontinuierlich zu unseren Themen arbeitet. Wir beteiligen uns gerne an Bündnissen, die aber meist nur für den Zeitraum eines Anlasses bestehen und die, eben weil sie Zusammenschlüsse unterschiedlichster Gruppen sind, politisch heterogen sind. Auch in der „Antifaschistischen Linken Münster“ gibt es unterschiedliche Auffassungen, ganz klar, aber wir verstehen uns alle als Linke, die nicht nur gegen die extreme Rechte vorgehen, sondern diese Gesellschaft verändern wollen – hin zu mehr Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Daraus folgt für uns, dass wir den Kapitalismus ablehnen und ihn überwinden wollen.



Antifaschistische Linke Münster

Die Gruppe versteht sich als ansprechbarer Zusammenschluss von Linken, die in Münster wahrnehmbare antifaschistische Arbeit machen wollen – durch Recherche und Aufklärung über die extreme Rechte mit Flugblättern, Artikeln, Veranstaltungen und Bildungsarbeit, aber auch mit aktivem Widerstand durch Demonstrationen und die Mitarbeit in Bündnissen. Sie ist Mitgründerin des „Keinen Meter“-Bündnis Münster.

antifa-linke-muenster@riseup.net

antifalinkemuenster.blogspot.de

wärts mit einem Bus an. Das „Hertener Bündnis für Demokratie“ bringt nach Angaben der WAZ 150 GegendemonstrantInnen auf die Straße. MÜNSTER, 25. JULI 2011 Ein Mitglied des Ordnerdienstes des SC Preußen Münster, der der rechten Szene angehören soll, provoziert Fans im Stadion. Es kommt zu einer Schlägerei. Der Mann wird fortan

nicht mehr beim Fußballclub eingesetzt. CASTROP-RAUXEL, 3. AUGUST 2011 Ein misslungener Brandanschlag auf die Sparkassen-Filiale an der Wilhelmstraße soll eigentlich das SPD-Büro treffen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt drei Jugendliche zwischen 14 und 15 Jahren als TäterInnen. Ihr Motiv soll unter anderem „politische Unzufrieden-

heit“ gewesen sein. GELSENKIRCHEN, 9. AUGUST 2011 Ein 21-jähriger Gelsenkirchener lockt zwei Polizisten in einen Hinterhalt und sticht mit einem Messer auf sie ein. Die Polizisten werden verletzt, ebenso der Täter, der durch eine Polizeiwaffe angeschossen wird. Nach Angaben von Der Westen soll der Täter einen rechtsradikalen Hintergrund ha-

„Wir möchten uns mit unserer Roma-Kultur nicht abgrenzen, sondern partizipieren und ein Teil dieser Gesellschaft sein.“



Aufmerksamkeit, Vernetzung und Ermutigung: Dafür steht Romane Romnja.

Die Initiative Romane Romnja arbeitet seit 2010 im Bereich Selbstbestimmung für Roma Frauen. Mittlerweile gibt es Ortsgruppen in Berlin, Hamburg, Köln, Wuppertal, Bielefeld und weiteren Städten. Gordana Herold, Initiatorin der Initiative, und Elvira Ajvazi, zuständig für die Ortsgruppe Münster, sprachen über Chancen und Schwierigkeiten der Arbeit.

Könnt ihr mir etwas über die Gründung der Initiative erzählen?

Gordana Herold: Ich wurde im Januar 2010 zur internationalen Frauenkonferenz für Roma Frauen in Athen eingeladen. Bis zu diesem Zeitpunkt und auch bis heute gibt es in Deutschland keine institutionalisierten Aktivitäten bezüglich Roma Frauen und Gender. Aufgrund dessen wurde ich von VertreterInnen des europäischen Rats gebeten, in diesem Bereich aktiv zu werden.

Der internationale Frauentag am 8. März 2010 sollte dann der Auftakt werden, die Initiative ins Leben zu rufen und tatsächlich konnte ich innerhalb dieser wenigen Monate einige Frauen mobilisieren. Wir hatten eine wunderbare Tages- und Abendveranstaltung und seitdem werden immer wieder Veranstaltungen durchgeführt, wie beispiels-

weise der Holocaust-Gedenktag am 27. Januar jeden Jahres.

Am 8. März 2012 hatten wir eine Romane Romnja Award-Ehrung und eine Empfängerin war Elvira, die schon seit Jahren in Feldern wie Flüchtlings- oder Frauenarbeit politisch aktiv war. Von da an begannen der engere Kontakt und die Zusammenarbeit und ich bat sie, sich den Aktivitäten von Romane Romnja anzuschließen.

Gibt es Pläne für die Stadt Münster?

Elvira Ajvazi: Wir werden in Kooperation mit der AWO in Münster-Coerde eine Mädchengruppe einrichten. Gedacht ist diese Gruppe anfangs nur für Roma-Mädchen aller Altersstufen, da ich diese zunächst in ihren Fähigkeiten stärken möchte. Sie sollen sich öffnen können und betrachten, welche Vorurteile es von anderen Menschen uns Romas gegenüber gibt und welche Vorurteile man selbst hat. Es soll darüber gesprochen werden, wie trotz einem Leben mit zwei verschiedenen Kulturen eine Identität aufgebaut werden kann, was sich sehr häufig als schwierige Aufgabe gestaltet. Später soll die Gruppe geöffnet werden und für alle Mädchen, auch außerhalb der Kultur der Roma, zugänglich sein. Leider ist dieses Projekt zunächst



ben. Auf seinem Gymnasium habe er damit geprahlt, NPD-Mitglied zu sein. MÜNSTER, 5. OKTOBER 2011 In der Fußgängerzone bauen Mitglieder der „PI Gruppe Münster“ einen Infostand auf und verteilen Flugblätter. Die Gruppe gehört zu den UnterstützerInnen des rassistischen Blogs „Politically Incorrect“ (PI). Im November wird ein weite-

rer Infostand durchgeführt. GELSENKIRCHEN, 17. OKTOBER 2011 Unbekannte TäterInnen beschmierem das Haus des SPD-nahen Jugendverbandes „Die Falken“ und 13 in der Nähe geparkte Autos mit Hakenkreuzen und rechten Parolen. Eine Sprecherin der Falken berichtet, dass am Wochenende Falkenhäuser in Herne und Dortmund eben-

falls beschmiert worden seien. BOTTROP, 8. NOVEMBER 2011 Zirka 20 SympathisantInnen der NPD führen eine Mahnwache unter dem Motto „Islamisierung stoppen - Kein Moscheeneubau in Bottrop“ durch. MÜNSTER, 13. NOVEMBER 2011 Nach eigenen Angaben führen 30 Neonazis an einem Kriegerdenkmal am Waldfriedhof Lauheide ein

nur auf ein Jahr angelegt, anschließend muss geschaut werden, ob weitere Fördergelder zur Verfügung stehen oder wie wir anderweitig die Finanzierung möglich machen können.

Die Finanzierung eurer Aktivitäten gestaltet sich also recht schwer.

G. H.: Ja, da wir noch kein eingetragener Verein sind bekommen wir selbst keine Projektgelder. Wir sind allerdings bundesweit vernetzt, haben in mehreren Städten Ortsgruppen und arbeiten vermehrt in Kooperation mit schon bestehenden Initiativen, von welchen Romane Romnja dann mit ins Boot genommen wird. Da es schwer ist Fuß zu fassen, sind wir dankbar über andere Initiativen, die eine Art MentorInnen-Aufgabe für uns übernehmen, uns finanziell unterstützen und uns helfen, unsere Initiative zu etablieren.

Was sind Ziele eurer Arbeit?

G. H.: Zum einen möchten wir Aufmerksamkeit für die Thematik der Roma-Frau und der Sinti-Frau bekommen, zum anderen ist uns die eben genannte Vernetzung sehr wichtig.

Wir möchten uns mit unserer Roma-Kultur nicht abgrenzen und eine Parallelgemeinschaft bilden, sondern auf lokaler, regionaler und Bundesebene partizipieren und ein Teil dieser Gesellschaft sein. Aufgrund dessen pflegen wir die Zusammenarbeit mit Organisationen, welche nicht speziell Roma-Themen behandeln und haben es uns als Ziel gesetzt, dies noch zu erweitern.

Hinzu kommt Empowerment-Arbeit. Wir wollen Frauen, die bestimmte Ressourcen und Fähigkeiten haben, Möglichkeiten und ausreichend Raum bieten, diese Ressourcen zu nutzen und in politischen Bereichen aktiv zu werden. Zeitgleich kann dadurch anderen jungen Frauen, die solche Ressourcen eventuell noch nicht entwickelt haben, ein Vorbild geboten werden. Sie anzuleiten und zu stärken, damit der Weg von Emanzipation und Bildung gegangen werden kann, ist ein bedeutsamer Teil unserer Arbeit.

Wie schätzt ihr die Akzeptanz der Bevölkerung in Bezug auf diese Arbeit ein?

E. A.: Allgemein lässt sich festhalten, dass unsere Arbeit

vor allem von nicht-Roma-Frauen aus der Mehrheitsgesellschaft als sehr positiv angesehen wird und wir in diesem Bereich viele Mitstreiterinnen haben. Auch bei schon bestehenden Initiativen, die das Thema Gender behandeln, haben wir eine positive Stellung, da dort in der Regel jede Unterstützung dankend angenommen wird. Auf der anderen Seite trifft man in Initiativen oder öffentlichen Stellen oft auch auf Menschen, die keinerlei Verständnis für uns haben und wir merken sehr häufig, wie in den Köpfen der Menschen immer noch Vorurteile und ein gewisses Bild der Roma-Frau vorherrschend sind. Ein anderer Punkt ist das allgemeine Problem von emanzipierten Aktivistinnen und deren Kampf um Akzeptanz, ganz unabhängig des kulturellen Rahmens. So wurde ich neulich bei einer Ratssitzung – innerhalb welcher die Mehrheit der Personen fast immer Männer sind – gefragt, ob man in unserer Initiative auch Frauen kennen lernen könne. Ich wurde behandelt, als wäre die Initiative ein Dating-Portal oder eine Vermittlungsagentur, was zeigt, dass die Arbeit oft nicht ernst genommen wird und noch viel Handlungsbedarf von Nöten ist.

G. H.: Auch von Romas kommt es immer mal wieder zu Anfeindungen. Wenn wir versuchen, Frauen zu mobilisieren, kommt uns eine große allgemeine Skepsis entgegen. Wir haben beispielsweise mit politischen Roma-Aktivistinnen gesprochen, um uns zu erkunden, ob sich ihre Ehefrauen unserer Initiative anschließen möchten und sind dort auf große Ablehnung und Ausreden von Seiten der Männer gestoßen. Bei diesen politischen Aktivistinnen, die für Demokratie, Partizipation und Toleranz stehen, hatten wir gehofft, mehr Unterstützung zu erfahren. Fragen wie „Muss das denn jetzt sein? Was wollen diese Frauen? Kehren die unsere Frauen um?“, begegnen uns oft. Dabei ist das keineswegs unser Ziel. Wir wollen auf keinen Fall aus jeder Frau eine Akademikerin machen und sie aus ihrem Leben reißen. Es ist eine persönliche Entscheidung, welcher Lebensweg gewählt wird und wir sind als Ansprechpartnerinnen lediglich dazu da, uns auszutauschen und – bei Bedarf – zu helfen, neue Wege einzuschlagen. In einem solchen Fall vermitteln wir und sind Brückenbauerinnen zu Institutionen, innerhalb derer ihnen Unterstützung angeboten wird.

Alle Frauen sollen so leben, wie sie es möchten. Dies soll schon in unserem Logo dargestellt werden, welches

„Heldengedenken“ durch. Unter den Teilnehmenden sind auch Neonazis aus Hamm, die die „Standarte“ der „Nationalen und Sozialistischen Kameradschaft Hamm“ mit sich führen. RAESFELD, 16. NOVEMBER 2011 Eine Jugendgruppe des Evangelischen Lukaszentrums Raesfeld, die immer wieder mit Aktionen zur Zivilcourage aufruft und für

rechtsextremes Gedankengut sensibilisieren will, hat eine Gedenkinstallation für die Opfer des NSU aufgebaut. Vor dem Lukaszentrum stellen die Jugendlichen zehn Kreuze mit den Namen und Todesdaten der Opfer auf. MÜNSTERLAND, 26. NOVEMBER 2011 Auf einer dem „Nationalsozialisten Untergund“ (NSU) zugeordneten Adressliste sind

zahlreiche Adressen aus dem Regierungsbezirk Münster, unter anderem von Moscheevereinen und PolitikerInnen, verzeichnet. AHLEN, 29. NOVEMBER 2011 Im Umfeld einer Lesung mit dem Autor Thilo Sarrazin verteilen zahlreiche Neonazis aus Ahlen und Hamm Flugblätter mit der Überschrift „Sarrazin hat Recht! Aber... wir bieten eine ganz-

verschiedene Rollenbilder der Frau zeigt. Wir sind offen allen Modellen gegenüber, wir vertreten und akzeptieren sie und jede Frau soll selbstbestimmt entscheiden können, welches Rollenbild sie leben möchte.

Elvira, neben diesen Tätigkeiten beschäftigst du dich intensiv mit Flüchtlingsarbeit.

E. A.: Genau, neben der Frauenarbeit ist dies mein Schwerpunkt und da ich selbst als Flüchtling gekommen bin und auch heute noch rechtlich so gesehen werde, ist die Arbeit ein wichtiger Teil meiner Identität. Meine Familie und ich kamen 1988 als Flüchtlinge nach Deutschland und aus meiner Erfahrung ist es mit diesem Status noch schwerer, von der Bevölkerung angenommen zu werden. Zwar war ich damals erst ein Jahr alt, habe aber durch meine Eltern und mein heutiges politisches Engagement sehr viel mitbekommen. Daher möchte ich mich einsetzen und deutlich machen, dass wir alle Menschen sind und dies viel zu oft vergessen wird. Menschen in Asylheimen leben unter extrem schweren Bedingungen und ich sehe immer wieder, wie Rechtsextremismus von BürgerInnen initiiert wird. Auch in Münster gibt es BürgerInneninitiativen, die versuchen gegen Asylheime und Flüchtlinge zu hetzen. Ich versuche dort vor allem den Frauen ein Vorbild zu sein. Ich bin Flüchtling und ich bin Frau und dennoch habe ich meine Meinung und setze mich politisch ein, was ich auch anderen vorleben und weitergeben möchte. Und auch wenn dieses Engagement keine direkte Romane Romnja Tätigkeit ist, trage ich das Logo immer bei mir, da diese Arbeit und das Logo als Frau und als Roma einfach mittlerweile zu mir gehören.

Auch das Aufenthaltsrecht an sich ist aus vielen Gründen diskriminierend. Wenn beispielsweise eine deutsche Frau bei ihrem Kind zuhause bleiben möchte, ist das kein Problem. Eine Frau, die dem Aufenthaltsrechts unterliegt, darf dies nicht. Egal ob sie ein oder vier Kinder hat, sie muss Vollzeit arbeiten, um die Voraussetzung der Aufenthaltserlaubnis zu erfüllen und sie wird mit der Organisation des Alltags allein gelassen. Dieses Diskriminierungs-Beispiel einer Differenzierung vom Staat ist eine Unverschämtheit und macht mich persönlich sehr wütend. Und wenn der Staat so anfängt, was haben wir dann von der Mehrheitsgesellschaft zu erwarten?

Gibt es Momente, in denen die Frustration solcher Tatsachen oder der zuvor genannten negativen Erlebnisse überwiegt?

E. A.: Ja, definitiv. Es gibt überall Höhen und Tiefen und ganz besonders gibt es diese Tiefen, wenn man Ungerechtigkeiten wie in den bereits genannten Beispielen zu spüren bekommt oder beobachtet und weiß, man kann nichts dagegen tun. Ob man es möchte oder nicht, manchmal ist man einer höheren Macht, wie dem Staat oder der Mehrheitsgesellschaft, einfach unterworfen.

Dennoch habt ihr die Kraft, immer weiter zu machen.

E. A.: Wir raufen uns wieder auf, weil diese Gemeinschaft Romane Romnja vorhanden ist. Menschen zu haben, die ganz ähnliche Dinge durchmachen, sich darüber auszutauschen und Aufmunterung zu erfahren, sind sehr wichtige Aspekte. Höre ich von einem Misserfolg einer Frau, die dann dennoch weiter macht, gibt es mir neuen Ansporn. Noch schöner ist es natürlich Erfolgserlebnisse zu teilen, die Hoffnung geben.

Ich denke, dies ist auch ein Hintergedanke unserer Initiative. Eine feste Gemeinschaft zu haben, in der man sich auch anlehnen kann. Diese Ebenen und einen Raum zu finden, sich zu öffnen, eigene Ängste, Erfahrungen und Meinungen los zu werden und zu wissen, da sind Menschen, die mich verstehen.

G. H.: Die Initiative Romane Romnja bemüht sich daher mit ihren Aktivitäten um die institutionelle Einbettung der Thematik von Roma Frauen, ihre Entwicklung und das Vorantreiben.



Romane Romnja, Ortsgruppe Münster

Der Verein versteht sich als Initiative von Roma-Frauen für Roma-Frauen. Vordringlichstes Ziel ist es, sich gegen die Diskriminierung von Frauen und Mädchen hinsichtlich ihres Geschlechts und ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu engagieren. Seit 2010 gibt es den Zusammenschluss, in Münster bietet die Ortsgruppe unter anderem stadtteilorientierte Mädchenarbeit an.

romane.romnja@yahoo.de

www.facebook.com/AgoraNetzwerk

heitliche Alternative, mit zukunftsweisenden Lösungen". Rund 250 Personen demonstrieren vor der Stadthalle gegen den Auftritt Sarrazins. Sie werfen ihm rassistische Thesen vor. RHEINE, 12. DEZEMBER 2011 Der Rat der Stadt Rheine verabschiedet einstimmig die Antidiskriminierungsagenda des Projektes „Setz dich ein! Rheine ohne Rassis-

mus - Rheine mit Courage". Dort heißt es: „Niemand darf aufgrund der ethnischen Herkunft, der Religion, der Beeinträchtigung, des gesellschaftlichen Status, des Geschlechts, der sexuellen Individualisierung oder sonstiger Art benachteiligt werden.“ HALTERN, 27. DEZEMBER 2011 Die St. Andreas Kirche in Hullern wird mit Hakenkreuzen

beschmiert. TELGTE, 5. JANUAR 2012 Mitglieder des SPD-Ortsverbands entfernen im Rahmen einer Putzaktion Neonazi-Aufkleber aus der Innenstadt. HERTEN, 6. JANUAR 2012 Die Blaue Moschee am Paschenberg wird von Unbekannten mit einem Hakenkreuz und einer SS-Rune besprüht. Die Hertener Allgemeine berichtet, der Staatsschutz habe die

„Gemeinsam auf Dinge hinzuweisen und aktiv zu werden, ist eine unserer größten Stärken.“



SchülerInnen führen durch eine Ausstellung über die Opfer der NSU.

Der „Runde Tisch gegen Rassismus Herten“ gründete sich, um gemeinsam gegen das Erstarken von rechtsextremen/-populistischen Parteien und Diskriminierungen im Alltag anzugehen. Neben anderen Aktivitäten liegt eine Hauptaufgabe in der Planung von Aktionen für die „Interkulturellen Wochen“. Zühtü Baritoglu, Sabine Weißenberg, Annelie Rutecki und Karina Soni sprachen über ihre Arbeit.

Wie ist der „Runder Tisch“ entstanden?

Sabine Weißenberg: Verschiedene aktive Personen und Institutionen der Stadt Herten, wie das Haus der Kulturen, das Kulturbüro oder diverse Schulen, waren schon lange punktuell in diesem Bereich aktiv und wollten diese Arbeit auf breitere Füße stellen, um nicht mehr parallel, sondern gemeinsam zu arbeiten und so die Kräfte zu bündeln. Zudem war es eine Art Neustart, um mit neuer

Motivation an diese langjährige Arbeit anzuknüpfen.

Zühtü Baritoglu: Die Initialzündung war letztlich Ende 2012, als von „Pro NRW“ gegen einen Moscheebau in Herten demonstriert wurde. Wir als BürgerInnen der Stadt wollten ein Zeichen setzen, das wir dieser Ablehnung nicht zustimmen, was dazu führte, viele Institutionen und BürgerInnen an einen Tisch zu bringen.

S. W.: Unsere Arbeit hat im Prinzip zwei Schwerpunkte – die Planung unserer Aktivitäten und der Austausch über die Situation in unserer Stadt, sowohl hinsichtlich Rechtsextremismus und Diskriminierung, als auch über Handlungen, die dem entgegen zielen.

Wie bei vielen Engagierten ist auch euch die Vernetzung sehr wichtig.

Z. B.: Auf jeden Fall und ich denke, hier ist uns diese sehr



Ermittlungen übernommen. MÜNSTER, 4. FEBRUAR 2012 Da die „Nationalen Sozialisten Münster“ für den 3. März einen Aufmarsch angekündigt haben, bildet sich das breit aufgestellte Bündnis „Keinen Meter den Nazis“. Auf einer Aktionskonferenz im Paul-Gerhardt-Haus diskutieren über 100 Aktive Strategien gegen den Aufmarsch und machen ein

Blockadetraining. RHEINE, 18. FEBRUAR 2012 Im Stadtgebiet werden Neonazi-Graffitis gesprüht, die auch für einen Aufmarsch in Münster werben. METELEN, 1. MÄRZ 2012 325 Menschen nehmen an einer Mahnwache gegen Rechtsextremismus teil, die sich von der Pfarrkirche bis zum jüdischen Friedhof erstreckt. Die Aktion war von der „Katho-

lischen Arbeitnehmerbewegung“ organisiert worden. MÜNSTER, 2. MÄRZ 2012 Die Thomas-Morus-Kirche öffnet ihre Türen zum politischen Nachtgebet. Menschen, die am nächsten Morgen gegen Neonazis demonstrieren wollen, finden dort einen Schlafplatz. MÜNSTER, 3. MÄRZ 2012 Circa 310 Neonazis ziehen durch den von der Polizei her-



gut gelungen. Es gibt Orte, in denen keine solche gute Kommunikation untereinander besteht, welchen ich raten würde, diese zunächst zu verbessern und hier Aufbauarbeit zu leisten. Gemeinsam auf Dinge hinzuweisen und aktiv zu werden ist aus meiner Sicht eine unserer größten Stärken.

Annelie Rutecki: Es gibt allen Engagierten Halt und Unterstützung und zeitgleich wird ein klares Zeichen nach Außen gesetzt: zusammen sind wir stark, für die Demokratie und für Offenheit und Toleranz.

Welche Ansätze verfolgt ihr in eurer Arbeit?

A. R.: Da wir aus unterschiedlichen Bereichen kommen, arbeiten wir auch auf verschiedenen Wegen und ich denke, das ist auch das Spannende und letztlich das Bunte, das unsere Arbeit ausmacht. In jedem Fall ist es sehr wichtig, präventiv zu arbeiten und früh mit der Sensibilisierung anzufangen. Wir wollen schon in Kitas und Grundschulen thematisieren, was es bedeutet, in gewissen Punkten anders als die Mehrheit zu sein und zu vermitteln, dass Vielfalt etwas Positives ist. Aufgrund dessen führen wir dort „Trainings“ dazu durch.

K. S.: Ja, der Runde Tisch bemüht sich, früh anzufangen und junge Leute – wie auch mich als Schülerin – zu sensi-

bilisieren, was mir persönlich viel gebracht hat. Ich habe mit anderen SchülerInnen für eine Ausstellung eine Art Ausbildung bekommen, um „SchülerInnen-Scouts“ zu sein und eigenständig die Besuchenden durch die Ausstellung zu führen. Dabei befasst man sich automatisch mehr mit dem Thema und muss auf anderen Ebenen lernen, um es für andere begreifbar zu machen. Das ist viel hilfreicher, als nur selbst zuzuhören.

Also steht die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Vordergrund?

S. W.: Auch wenn uns das wichtig ist, dürfen die Erwachsenen nicht vergessen werden – auch hier muss ein besseres Klima geschaffen werden.

K. S.: Ich glaube aber leider, dass es schwerer ist, Erwachsene zu erreichen. Jugendliche in der Schule sind automatisch dabei, wenn dort etwas durchgeführt wird, die Erwachsenen müssen freiwillig kommen.

A. R.: Das stimmt – in den Schulen bewegt sich ganz viel und bei SchülerInnen ist eine hohe Form der Sensibilisierung zu erreichen, wohingegen es bei Erwachsenen wirklich schwerer ist. Dabei denke ich, hier müsste in vielen Bereichen mehr passieren.

metisch abgeriegelten Stadtteil Rumpthorst. Neben zwei Neonazis aus Münster und Emsdetten sprechen Szeneaktivisten aus dem ganzen Bundesgebiet. Der Aufmarsch der Neonazis wird nicht durch Blockaden gestoppt, da nicht genügend BlockiererInnen in das Viertel gelangen. Mit bis zu 7.000 TeilnehmerInnen zeigt sich aber ein beeindruckenden

der Protest. Die Polizei gerät nach dem Aufmarsch aufgrund ihres Einsatzes massiv in die Kritik. AnwohnerInnen berichten von Schikanen, Protestierende werfen der Polizei Gewalttätigkeiten und Behinderung von Protesten vor. **TELGTE, 3. MÄRZ 2012** Bis zu 300 BürgerInnen beteiligen sich an einer Demonstration unter dem Motto „Telgte ist

bunt, entschieden gegen braunes Gedankengut“. Im Anschluss fahren sie mit mehreren Bussen zu den Protesten nach Münster. **GREVEN, 4. MÄRZ 2012** Die NPD hatte vor einer Woche zu einem „politischen Schulungsnachmittag“ in Greven eingeladen. Wo das Treffen stattfindet, ist nicht bekannt. Nach Angaben der Münsterschen Zeitung halten

Könnt ihr hierfür Beispiele nennen?

S. W.: Bei dem WM-Spiel Deutschland gegen Ghana vor einiger Zeit bezeichnet ein Mann Schwarze Spieler mit dem rassistischen „N-Wort“ und als ich mich dazu äußerte, wurde ich von ihm den restlichen Abend damit provoziert. Außer mir hat niemand etwas gesagt und ich habe keine Unterstützung erhalten. Dies löst in mir eine große Wut aus.

A. R.: Wenn in einem solchen Fall alle schweigen, ist dies auch eine Art Zustimmung und nichts wird sich ändern. Dabei halte ich den Sprachgebrauch für wichtig. Worte transportieren Einstellungen und Werte und wenn in Zeitungen Bezeichnungen wie „Getürk“ oder „südlisch aussehende Jugendliche bei einem Einbruch“ stehen, vermittelt das etwas an die Bevölkerung. An diesem Punkt müsste intensiver gearbeitet werden, um auf boshafte, aber auch schlicht unreflektierte Äußerungen, zu achten. Leider fehlen hierfür meist finanzielle und personelle Mittel.

Würdet ihr dies als Hindernis benennen?

Z. B.: Ja, zeitliche und finanzielle Aspekte auf jeden Fall. Die zur Verfügung stehenden Mittel im sozialen und kulturellen Bereich werden gekürzt. Zudem stehen wir alle in einem Beruf, der nicht ausschließlich dieses Thema umfasst, weshalb auch die eigenen Ressourcen oft nicht reichen.

S. W.: Was mich daran stört ist der Zufall, ob eine Stadt ein Haus der Kulturen hat, ob eine engagierte Person im Kulturbüro sitzt, ob PolitikerInnen dieses Thema für wichtig befinden – alles Zufall. Die Arbeit wird daher nur von Individuen erledigt, denen sie am Herzen liegt und so lastet sie auf den Schultern von Einzelnen. Außerdem ist sie so nicht nachhaltig gesichert. Sollten wir irgendwann weg sein und sich niemand neues finden, hört die Arbeit eventuell auf und das kann und darf nicht sein!

Was würdet ihr euch in Anbetracht dieser Probleme für die Zukunft wünschen?

S. W.: Es müsste institutionalisiert werden und eine Person geben, die beruflich nur für diese Arbeit zuständig ist. Eine beständige Stelle, die es in die Hand nimmt und koordiniert.

Z. B.: Eine solche Verankerung in der Verwaltung würde dem Thema auch eine bestimmte Wertigkeit geben, die es bislang leider oft nicht findet.

A. R.: Solange keine Dauerfinanzierung, sondern lediglich Projektförderung vorhanden ist, herrscht Planungsunsicherheit und die Dinge können sich in vielen Fällen nicht ausreichend entwickeln.

Es ist super, dass ihr die Arbeit dennoch seit Jahren leistet.

Z. B.: Ja, wir bemühen uns weiterhin, etwas zu verändern und das Thema in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Ob uns dies gelingt, ist schwer zu beurteilen, dennoch werden wir weiter machen!

S. W.: Ich bin schon immer ein politischer Mensch gewesen, aus meiner Familie und deren Tradition heraus. Von daher habe ich das automatisch mit in meine Arbeit getragen. Als Demokratin ist es für mich wichtig, ein Klima zu schaffen, innerhalb dessen eine gegenseitige Akzeptanz stattfindet.

A. R.: Bei mir ist es ähnlich – es ist einfach ein wichtiges Thema und ich kann mich nicht erinnern, dass es je kein Thema war. Es begleitet mich durchweg und ich bin davon überzeugt, dass diese Arbeit weitergetragen werden muss. Auch wenn ich es wohl nicht erleben werde, hoffe ich, dass der Kampf für Demokratie und Offenheit irgendwann in der Zukunft endet. Es wäre wunderbar, an diesem Punkt zu sein, an dem unsere Arbeit getan ist und wir gemeinsam in Gleichberechtigung miteinander leben können.

Runder Tisch gegen Rassismus Herten

Unterschiedliche Institutionen aus dem kulturellen und Bildungsbereich, Schulen und Einzelpersonen, die sich teils seit Jahren im Themenfeld engagieren, haben sich 2012 in Vorbereitung der Proteste gegen eine Kundgebung von Pro NRW zum Runden Tisch zusammengetan. Seitdem versuchen sie, besonders Kinder und Jugendliche stark zu machen sowie für Demokratie und Offenheit zu werben, aber auch die Vernetzung in Herten zu stärken. Zentrale Aufgabe ist zudem die Organisation der „Interkulturellen Wochen“ in der Stadt.

Ansprechpartner: Zühtü Baritoglu

z.baritoglu@haus-der-kulturen.de

www.haus-der-kulturen.de

100 Menschen eine Mahnwache auf dem Grevener Marktplatz ab, um gegen die Neonazis zu protestieren. Die Westfälischen Nachrichten zählen 250 TeilnehmerInnen. Die Protestaktion war von der „Jungen Union“ initiiert worden. WESTERKAPPELN, 7. MÄRZ 2012 An die Wand einer Grundschule werden Nazi-Symbole geschmiert. Der po-

lizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen der „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“. RECKLINGHAUSEN, 8. MÄRZ 2012 Auf dem Friedhof erschlägt ein 18-jähriger Recklinghäuser seinen drei Jahre älteren Bekannten mit einer Grablampe. Täter wie Opfer, zur Tatzeit beide erheblich alkoholisiert, hatten nach Poli-

zeiangaben Kontakt zur rechten Szene, seien aber eher „Mitläufer“ gewesen. CASTROP-BAUXEL, 21. MÄRZ 2012 Zum wiederholten Mal wird eine linksalternative Kulturkneipe mit Neonazi-Plakaten verunstaltet. Außerdem wird eine Scheibe eingeworfen, berichten die Ruhr Nachrichten. MÜNSTER, 8. APRIL 2012 Nach dem Ende des Spiels zwi-

„Wir reflektieren uns selbst – eines der wichtigsten Dinge, die uns die AG lehrt.“

Das seit 2001 bestehende Kinder- und Jugendparlament Recklinghausen (KiJuPa) bildet sich aus 59 engagierten Mitgliedern zwischen zehn und 17 Jahren. Die gewählten SchülerInnen vertreten die Interessen der Kinder und Jugendlichen der Stadt. Zudem sind die durch das KiJuPa gebildeten Arbeitsgruppen für alle engagierten Personen geöffnet. Mitglieder der AG Alltagsrassismus und ihre Ansprechpartnerin Eveline Wypich erzählten von ihren Aktivitäten in der politischen Aufklärungsarbeit.

Wie kam das Interesse für die AG auf?

KiJuPa: Am Anfang jeder Legislaturperiode wird ein Kennenlern-Wochenende veranstaltet. Alle alten und neuen Mitglieder des KiJupas gehen gemeinsam auf Tuchfühlung und bilden verschiedene Arbeitsgruppen. 2012 lag ein großes Interesse im Bereich Alltagsrassismus – wir wollten darüber lernen und etwas dagegen unternehmen.

Wir haben im Jahr 2009 gemeinsam mit dem Kreisgremium eine sogenannte „Meile gegen Rechts“ erstellt und waren somit bereits in Kontakt mit einem solchen Thema gekommen. Infostände für Aufklärungsarbeit, Quiz-Spiele, Stolpersteinverlegungen und andere kleine Aktionen sollten damals für Zivilcourage werben. Wir bekamen eine sehr positive Rückmeldung für unsere Veranstaltung, was deutliche machte, dass Interesse an dieser Arbeit bestand. Daher wollten wir den Gedanken eines so wichtigen Projekts weiterführen – Rassismus ist nach wie vor relevant und wird es leider auch bleiben, weshalb immer weiter dagegen vorgegangen werden muss.

Wie kann man sich eure Arbeitsgruppe vorstellen?

KiJuPa: Wir sind rund zehn Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren, die zum Teil ins Kinder- und Jugendparlament gewählt wurden, zum Teil aber auch als FreundInnen der gewählten Mitglieder hinzugekommen sind. Betreut werden wir durch die KiJuPa-Koordinatorin Eveline Wypich. Einmal die Woche treffen wir uns im Rathaus in

Recklinghausen, um anstehende Veranstaltungen zu planen und vergangene zu reflektieren.

Was sind das für Veranstaltungen?

KiJuPa: Bereits seit einigen Jahren versucht das KiJuPa – damals noch ohne diese spezielle AG Alltagsrassismus – bei Demonstrationen von Neonazis aktiv zu werden und Gegenaktionen auf die Beine zu stellen. 2005 war ein Jahr, in dem es in Recklinghausen zu vielen solcher Aufmärsche kam. Als Gegenprogramm haben wir zum Beispiel, gemeinsam mit Gewerkschaften und der Stadt, das Musikfestival „Rock die Nazis weg“ veranstaltet. Auch andere Konzerte, mit zum Teil bis zu 5000 Besuchenden, wurden in Kooperationen veranstaltet und waren jedes Mal ein voller Erfolg.

Eine andere Aktion haben wir gemeinsam mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Münster durchgeführt – ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Doofe und unreflektierte Parolen sind überall zu hören und wir haben trainiert, was diese bedeuten, wie wir damit umgehen und welche Gegenargumente es gibt. Grade im Freundes- und Familienkreis ist es schwer dagegen anzugehen, da man ja auch keinen Streit provozieren möchte. Da wir es aber dennoch für wichtig halten, in solchen Situationen etwas zu sagen, hat uns dieses Training sehr geholfen. Oft entstehen Parolen schlicht und einfach aus Unwissenheit, die zu falschen Vorstellungen führt und durch Aufklärungsarbeit eventuell behoben werden kann.

2013 seid ihr in die Gedenkstätte Bergen-Belsen gefahren.

KiJuPa: Richtig, im Herbst 2013 haben wir eigenständig eine Bildungsfahrt ins ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen mit ca. 50 Jugendlichen verschiedener Schulen durchgeführt. Es ist uns wichtig, Präventions- und Aufklärungsarbeit zu leisten und außerdem ein Bewusstsein für die eigene Geschichte zu schaffen. Daher wurde auch als Vorbereitung eine historische Stadtfüh-



schen dem SC Preussen Münster und Rot-Weiß Erfurt wird eine 45-jährige Türkin in Berg Fidel von Erfurt-Fans rassistisch beleidigt und aufgefordert, ihr Kopftuch abzunehmen. Ein 55-jähriger Mann, der sich schützend vor die Frau stellte, wird mit Flaschen beworfen und zusammengeschlagen. Die Polizei kann die Täter in ihrem Kleinbus auf der

Autobahn festnehmen. HOPSTEN, 13. APRIL 2012 Sechs Jugendliche werfen einen selbstgebauten Brandsatz auf ein von albanischen Familien bewohntes Haus, der auf einem Balkon landet. Durch einen glücklichen Zufall fällt er auf eine Matratze und zerplatzt nicht. Das Feuer kann von den BewohnerInnen schnell gelöscht werden, niemand

wird verletzt. Die Ibbenbürener Volkszeitung berichtet, dass gegenüber der Polizei ein Angeklagter geäußert habe, in einem Dorf wie Hopsten hätten „Ausländer“ nichts zu suchen. CASTROP-RAUXEL, 14. APRIL 2013 400 BürgerInnen kommen nach Zählung von Der Westen zu einer parteiübergreifenden „Demonstration gegen Fremdenfeindlich-

rung zur NS-Zeit in Recklinghausen durchgeführt. Die Nachbereitung, die erneut durch mobim unterstützt wurde, sollte einen aktuelleren Bezug haben und so wurde über die damaligen Bundestagswahlen und die zur Wahl stehenden Parteien gesprochen. Natürlich darf bei einer Nachbereitung auch die Reflexion des Erlebten nicht vergessen werden, also Fragen wie „Was habt ihr gesehen? Wie habt ihr euch gefühlt? Könnt ihr daraus etwas lernen?“.

Bei anderen öffentlichen Veranstaltungen haben wir dann erneut Bezüge zu Bergen-Belsen hergestellt. So waren wir beispielsweise im Anne Frank Haus in Amsterdam, welche in Bergen-Belsen gestorben ist und haben eine Lesung aus ihrem Tagebuch mit anschließender Diskussion veranstaltet.

Haben diese Aktionen und eure Arbeit dabei geholfen, eigene Einstellungen zu reflektieren?

KiJuPa: Ein klares ja! Seit es die AG gibt, achten wir deutlich mehr auf Vorurteile oder auch die Wortwahl von Menschen. Zuvor war uns gar nicht klar, dass auch viele Freundinnen und Freunde von uns manchmal unangebrachte und unwahre Phrasen ins Gespräch einwerfen. Und auch bei uns selbst bemerken wir manchmal noch, dass wir etwas denken oder sagen, worüber wir vielleicht doch nochmal nachdenken sollten. Wir reflektieren uns also selbst und wir denken, das ist auch eines der wichtigsten Dinge, die uns die AG lehrt. Auch der Austausch darüber ist hilfreich. Auf Landes- oder Kreisebene darüber zu reden ist ganz, ganz wichtig. So lernen wir viel und merken, dass es eben nicht „normal“ ist, z. B. Parolen zu verwenden, auch wenn dies viele Menschen tun.

Eveline Wypich: Aus meiner Sicht lehrt allein die gemeinsame Arbeit der Jugendlichen in den Arbeitsgruppen sie, toleranter zu sein. Meist sind sie sich zuvor unbekannt und müssen dann direkt in Teams zusammenarbeiten. SchülerInnen aller Altersgruppen, verschiedenen Geschlechts, aus zum Teil miteinander konkurrierenden Schulen, mit unterschiedlichen familiären Hintergründen, Nationalitäten und Religionen treffen aufeinander und ergänzen sich hier für ihre gemeinsame Arbeit. So wird, selbst wenn ab und an nicht an inhaltvollen Themen wie Rassismus oder Integration gearbeitet wird,

durch die Zusammenarbeit gelernt und gefördert – Toleranz, Teamfähigkeit, Offenheit und soziale Kompetenzen.

Ihr habt nun Einblicke in ein solches Themenfeld gewonnen. Könntet ihr euch vorstellen, später beruflich diese Arbeit zu leisten?

KiJuPa: Eigentlich finden wir die Arbeit sehr spannend, andererseits kann sie auch frustrierend sein. Wir haben durch die AG viel dazu gelernt, sind sensibel für bestimmte Themen und merken daher in Unterhaltungen oft, wie viel in der Gesellschaft noch zu tun ist. Klischees und passende Argumente können hartnäckig vertreten werden und hier immer zu diskutieren und auf Erkenntnis zu hoffen ist manchmal demotivierend. Dennoch ist die Arbeit sehr, sehr wichtig und wir werden bestimmt immer wieder einen Zugang dazu finden.

Wie wird es mit der AG in der neuen Legislaturperiode weitergehen?

E. W.: Da je nach Interesse der neu gewählten Mitglieder entschieden wird, lässt sich das leider nicht genau sagen. Allerdings wurde ja bereits vor Bestehen dieser speziellen Arbeitsgruppe punktuell etwas gegen Rassismus getan, weshalb ich denke, dass Ansätze der Arbeit auch weiterhin fortgeführt werden. Ich vermute, dass sich auch nach der nächsten Wahl genug SchülerInnen in diesem Bereich zusammenfinden werden.



Kinder- und Jugendparlament Recklinghausen

Das KiJuPa Recklinghausen gibt es seit 2001. Die Mitglieder arbeiten in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, unter anderem auch in einer „AG Alltagsrassismus“. In Kooperation mit den anderen Jugendgremien im Kreis Recklinghausen ist so etwa eine „Meile gegen Rechts“ entstanden, im Jahr 2013 wurde eine Gedenkstättenfahrt nach Bergen-Belsen organisiert. In der neuen Legislaturperiode ab 2014 wurde eine „AG All Together“ gegründet, die sich mit dem Thema Integration befassen will.

Eveline Wypich (Kordinatorin)
eveline.wypich@recklinghausen.de
www.kijupare.de

keit“ zusammen. Viele tragen einen Anstecker mit dem Slogan „Castrop-Rauxel ist meine Heimat“. Die Demonstrierenden solidarisieren sich mit einer deutsch-türkischen Familie aus der Stadt, die von einem Nachbarn diffamiert wird. Dieser hatte ein großes Schild aufgehängt, auf dem zu lesen stand „Auf – Auf. Ab in eure Heimat. Sie warten schon auf

euch, Bestimmt. Gut Flug“. **BOTTROP, 30. APRIL 2012** Die „Bürgerbewegung Pro NRW“ tourt unter dem Motto „Freiheit statt Islam“ im Vorfeld der Landtagswahl durch NRW. Bottrop ist eine der ersten Städte, die von der Partei angefahren werden. **Weit über 1.000 Menschen stellen sich schützend vor eine Moschee und pfeifen die 13 Rechtspopulis-**

tInnen aus. Nirgendwo protestieren mehr Menschen gegen eine Kundgebung der Tour. **HERTEN, 2. MAI 2012** Neun AktivistInnen von „Pro NRW“ halten eine Kundgebung vor der Blauen Moschee ab. Es protestieren nach Polizeiangaben 60 HertenInnen gegen die rechte Hetze. **GREVEN, 3. MAI 2012** Die NPD hält einen Infostand auf dem Re-

„Dort waren zu kleine Fußabdrücke!“

Alltagsrassismus

und Menschenfeindlichkeit



Rassistische Propaganda gegen Flüchtlingsunterkünfte

Rassismus. Ein großes Wort, das schnell zur Hand ist, aber oft nur unzulänglich mit Inhalt gefüllt. Auch die Mobile Beratung setzt sich nicht nur gegen die extreme Rechte ein, sondern versucht zudem, rassistische Haltungen und Handlungen in den Blick zu nehmen, die bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“ alltäglich sind. Was aber meinen wir genau, wenn wir über „Alltagsrassismus“ im Regierungsbezirk Münster? Die folgenden Beispiele kommen aus unterschiedlichen Regionen und sozialen Kontexten – aber sie werfen Schlaglichter auf das Themenfeld „Alltagsrassismus“ im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet:

„Wir“ und „die Anderen“?!

In ganz Deutschland wird im Herbst 2014 über die Un-

terbringung von und dem Umgang mit Geflüchteten diskutiert. Oft entzündet sich Streit dort, wo Menschen kurz- oder langfristig untergebracht und neue Lösungen gefunden werden müssen. In Münster beschwerten sich AnwohnerInnen einer aus Containern improvisierten Unterbringung aus einer BürgerInnenversammlung, sie seien „Kinderlärm“ und „mitunter Musik“ bis spätabends ausgesetzt. Zudem sei das Trampolin einer Familie in der kleinen Neubausiedlung von „fremden Kindern“ benutzt worden: „Dort waren zu kleine Fußabdrücke!“ Dass es rund um die Container weder Sandkiste noch Aufenthalts- oder gar Spielmöglichkeiten für Kinder gibt, bleibt eine Randnotiz.

In Datteln leben in einer AsylbewerberInnenunterkunft 90 Menschen aus 26 Ländern auf engstem Raum zusammen. Immer wieder gibt es Streit, zuletzt kam es zu einer Prügelei mit lebensgefährlichen Verletzungen. Darüber gibt es natürlich Diskussionen in der Stadt. Einige Männer gelten als „nicht wohnfähig“. In Leserbriefen wird den BewohnerInnen unterstellt, sie dächten sich ihre Verfolgungsgeschichte nur aus, um Asyl zu beantragen. Die Dattelner Morgenpost schreibt: „Mit der Enge nehmen die Konflikte zu. Und das Platzproblem verschärft sich. An der Markfelder Straße sind mehrere Räume wegen Baumängeln bereits gesperrt. Lange sind die Container nicht mehr bewohnbar. Das geplante neue Flüchtlingsquartier werde dringend gebraucht, sagt Elke Henke. Helfen könnten auch Sozialarbeiter. Aber die Einsatzstunden eines Caritas-Sozialarbeiters in Sachen Asylbewerber-Betreuung sind gerade erst zusammengestrichen worden. Spardruck.“

Ein Landesligaspieler vom Gelsenkirchener Fußballverein YEG Hassel sagt, er werde immer wieder rassistisch beleidigt. Anfeindungen, Beleidigungen und Affenlaute seien auf den Sportplätzen der Region an der Tagesord-

ckenfelder Wochenmarkt ab und verteilt Flugblätter gegen einen angeblichen „Moscheeneubau“. Tatsächlich plant die türkisch-islamische Gemeinde, das seit 20 Jahren als Gebets- und Begegnungsort dienende Haus zu sanieren. MÜNSTER, 7. MAI 2012 Die „Bürgerbewegung Pro NRW“ hält mit nur einer Handvoll MitstreiterInnen eine Kundgebung

vor einer Hiltruper Moschee ab. Obwohl die Kundgebung in den Mittagsstunden stattfindet, versammeln sich nach einem Aufruf des „Keinen Meter“-Bündnis rund 150 Protestierende in Hiltrup und pfeifen die RechtspopulistInnen aus. AHLEN, 8. MAI 2012 Aus Anlass des Jahrestages des Kriegsendes feiern SchülerInnen aller weiterfüh-

renden Schulen auf dem Marktplatz unter dem Motto „Open your Eyes – empört euch“ ein Fest gegen Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen. Ein Bürgerbündnis ruft im Anschluss zu einer Mahnwache auf, um den Marktplatz rund um das Mahnmal nicht den Neonazis zu überlassen. In den Jahren zuvor hatten Neonazis den Platz immer

nung, er überlege, seine Fußballschuhe an den Nagel zu hängen: „Vor ein paar Wochen wurde mir noch von einem Zuschauer in Haltern gesagt, dass ich froh sein muss, als Neger überhaupt in Deutschland leben zu dürfen. Meine Ehefrau kommt schon gar nicht mehr zu den Spielen, weil sie das nicht ertragen kann.“ Im Fokus stehen aber oft seine Reaktionen, wenn er wütend wird und ihm der Kragen platzt. Ein gegnerischer Trainer beschwert sich: „Er hat mich und meine Spieler während des ganzen Spiels beleidigt. Emotionen gehören dazu. Aber so etwas geht eindeutig zu weit.“

Im Kreis Coesfeld sollen osteuropäische Arbeiter, die im nahegelegenen Schlachthof arbeiten, von einer Leiharbeiterfirma in einem leerstehenden Gasthof im Ortskern untergebracht werden. Es formiert sich Widerstand, 300 BürgerInnen demonstrieren. Der örtliche Pfarrer befürchtet „eine gefährliche Eigendynamik“ und sieht das Zusammenleben vom Einzug der Arbeiter bedroht, die stellvertretende Bürgermeisterin will, dass „Frauen und Kinder keine Angst haben müssen, hier künftig alleine her zu gehen.“ Alle TeilnehmerInnen bemühen sich deutlich zu machen, dass Kern ihrer Sorge aber die befürchtete „menschenunwürdige Unterbringung“ der Arbeiter sei.

Auf dem Weg zu einer Tagung wird eine Kopftuch tragende Muslima am Münsteraner Bahnhof aufgefordert, „den Lappen“ abzunehmen, sie sei hier in Deutschland. In Castrop-Rauxel ruft ein älterer Herr seine deutsch-türkischen Nachbarn per Plakat auf, zu „verschwinden“ – er müsse sich doch wehren, sagt er auf Nachfrage der Lokalzeitung.

Rassismus: alltäglich und kein Privileg der extremen Rechten

Ist das alles „schon“ Rassismus? Oder „nur“ berechtigte Kritik an den Zuständen, ein Verweis auf tatsächlich vorhandene Probleme? Und wären die „Probleme“ als so gravierend wahrgenommen worden, wenn es um andere Gruppen gehen würde? Aus unserer Sicht zeigen diese beliebig zusammengestellten und vielfältig zu ergänzenden Beispiele, dass rassistische Haltungen und Handlungen nicht ein „Privileg“ der extremen Rechten sind, sondern alltäglich und für Betroffene stets präsent. Na-

türlich soll es nicht darum gehen, Probleme und Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens klein zu reden oder zu ignorieren, sondern vielmehr eine Sensibilität in der Diskussion, eine Reflexion der eigenen Standpunkte und der Konsequenzen ausgrenzender Einstellungen und Handlungen zu erreichen.

Auch hier in der Region strukturieren rassistische Äußerungen, Einstellungen und Handlungen sowie die ihnen zu Grunde liegenden „Wissensbestände“ die Gesellschaft und den Alltag. Grundlegend ist dabei immer eine Unterscheidung der als Normalität begriffenen Mehrheitsgesellschaft – also „uns“ – und „den Anderen“. So werden Gruppen konstruiert und aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes oder ihrer angenommenen kulturellen, religiösen oder nationalen Herkunft und den damit einhergehend behaupteten Charakter- und Persönlichkeitseigenschaften als „fremd“, „anders“ und „nicht zugehörig“ definiert – so etwa der Fußballspieler aus Gelsenkirchen oder die Familie aus der Castrop-Rauxeler Nachbarschaft in den Eingangsbeispielen. Damit einhergehen die Aufwertung der eigenen und die Abwertung der anderen Gruppe.

Wenn Rassismus die Gesellschaft strukturiert, weil Gruppen konstruiert, bewertet und ausgegrenzt werden, ist es aber natürlich nicht ausreichend, dieses Problem nur auf individueller Ebene zu betrachten. Vielmehr gilt es, auch auf institutioneller beziehungsweise struktureller Ebene rassistische Logiken aufzudecken und zu bearbeiten. Diese wirken etwa im Arbeits- und Wohnungsmarkt (entsprechende Studien zeigen, dass oft schon ein „fremder“ Nachname ausreicht, um bei der Arbeits- oder Wohnungssuche benachteiligt zu werdenⁱ), in der Gesetzgebung (so gelten etwa einige Gesetze nur für bestimmte Gruppen oder stellen diese sogar schlechter gegenüber der Mehrheitsgesellschaftⁱⁱ), vor allem aber im Bildungswesen, wo nach wie vor die Chancen für bestimmte „gemachte“ Gruppen maßgeblich niedriger sind als für Angehörige der Mehrheitsgesellschaftⁱⁱⁱ.

Wenn Vorurteile zu Fakten werden

In der Auseinandersetzung mit „Reizthemen“, die in der Lokalzeitung, im Stadtrat oder bei der Vereinssitzung emotional und manchmal wenig sachlich diskutiert

ⁱ Zum Beispiel: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2012): Benachteiligungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Ost-West-Vergleich, Berlin; Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012): 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin, S. 208ff.

ⁱⁱ Zum Beispiel: Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus?, in: Melter, Claus/Mecheril, Paul: Rassismuskritik. Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach/Ts.

ⁱⁱⁱ Zum Beispiel: Hormel, Ulrike (2010): Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem, in: Hormel, Ulrike/Scherr, Albert: Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse, Wiesbaden.

wieder zum „Heldengedenken“ genutzt. BOCHOLT, 10. MAI 2012 Im Zuge des Verbots der Kölner „Kameradschaft Walter Spangenberg“ durchsucht die Polizei auch die Wohnung eines Mitglieds in Bocholt. RECKLINGHAUSEN, 16. JUNI 2012 Die islamfeindliche „Bürgerbewegung Pax Europa“ verbreitet mit Unterstützung der rechtspopulistischen

„Unabhängigen Bürgerpartei“ mit einem Infostand in der Fußgängerzone ihre Botschaften. EMSDETTEN, 2. JULI 2012 Die „Junge Union Emsdetten“ zeigt im Kino den Film „Blut muss fließen – Undercover unter Neonazis“, der über die Rechtsrock-Szene aufklärt. Vier Neonazis aus den Reihen der „Nationalen Sozialisten Münster“ versuchen

andere TeilnehmerInnen zu provozieren und an der Diskussion teilzunehmen. MÜNSTER, 20. JULI 2012 Die NPD will mit einer Kundgebung am Bremer Platz für die Bundestagswahl werben. Die Partei ist mit einem LKW auf „Deutschlandfahrt“. Über 850 Menschen stellen sich den 14 NPD-Anhängern entgegen, die ausgepiffen und mit Eiern

werden, kommen dann drängende Probleme oder gesellschaftliche Herausforderungen mit dem vorhandenen „Wissen über die Anderen“ zusammen. Diese Stereotype (wie beispielsweise die oben erwähnte, von den BürgerInnen erwartete Bedrohung von Frauen und Kindern durch osteuropäische Arbeiter, die noch gar nicht vor Ort sind) gelten plötzlich als Fakten, die in der Konsequenz den Ausschluss von bestimmten, oft nur gedachten, Gruppen aus dem Zusammenleben rechtfertigen – etwa „den Flüchtlingen“, „den Muslimen“, „den Türken“. Rassismus hat also auch immer etwas mit der (Deutungs-) Macht zu tun, mit der die Mehrheitsgesellschaft über von ihr gemachte Gruppen Wertungen anstellt, ihre „Andersartigkeit“ beschreibt und sie in der Folge von Aspekten des Zusammenlebens ausschließt.

Im Kleinen, für die Mitglieder solcher Gruppen, zeigen sich diese Wissensbestände in Fragen, die von vielen Menschen in Deutschland als ausgrenzend empfunden werden, weil sie den Betroffenen das Gefühl geben, nicht „dazu zu gehören“. Wer in dritter Generation in Deutschland lebt, sich aber immer noch loben lassen muss, er spreche „aber gut Deutsch“ oder immer wieder gefragt wird, wo er den herkomme (und die Antwort „aus Bocholt“ dann nicht ausreicht), kann sich verbal ausgebürgert fühlen.

Gegen was und wofür?

Gegen Demonstrationen von Neonazis einzutreten oder die platte Instrumentalisierung von Reizthemen durch RechtspopulistInnen zu ächten, fällt nicht schwer. Hierüber lässt sich leicht ein Konsens herstellen, viele Menschen stehen zusammen und verteidigen „die Demokratie“ oder „Vielfalt und Toleranz“. Die Thematisierung von Rassismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist ungleich schwieriger, gerade weil die Auseinandersetzung immer auch mit Selbstreflexion zu tun hat. Alltäglicher Rassismus und die damit verbundenen Wissensbestände lassen sich nicht einfach auf identifizierbare Vertreter der extremen Rechten verschieben, die Trennung zwischen „den Guten“ und „den Bösen“ ist nicht klar zu ziehen. Vielmehr geht es darum, sensibel auf die unser Zusammenleben strukturierenden Stereotype zu reagieren, immer auch die eigene Position in Frage zu stellen sowie den Kontext mit einzubeziehen und nicht zuletzt

die Perspektiven der Betroffenen wahrzunehmen und diese in ihrer Auseinandersetzung mit den institutionalisierten beziehungsweise den alltäglichen Formen des Rassismus zu unterstützen.

Unausgesprochene Rassismen und diskriminierende Unterscheidungen im gesellschaftlichen Zusammenleben bieten Anknüpfungspunkte für offen rassistische oder sozialdarwinistische Standpunkte. So stellen gesellschaftlich geteilte Ressentiments gegenüber MigrantInnen eine Legitimationsgrundlage der extremen Rechten dar, indem sie auf einen ähnlichen Begriff von Zugehörigkeit verweisen, wie er in rechten Ideologien verankert ist. Die in den weiteren Artikeln dieser Broschüre beschriebenen Spektren der extremen Rechten auch hier im Regierungsbezirk Münster können sich so etwa bei ihren Kampagnen gegen Moscheebauten oder der Propaganda gegen Flüchtlingswohnheime als „Vollstrecker des Volkswillens“ inszenieren. In deren eigener Perspektive und nicht selten in den Augen ihrer oftmals gar nicht so heimlicher SympathisantInnen in der „Mitte der Gesellschaft“ sind sie diejenigen, die etwas tun, wo andere hinter vorgehaltener Hand, nur reden. Alltagsrassismus wirkt dementsprechend nicht nur im Verborgenen. Er führt auch dazu, dass ausgrenzende Praktiken als Normalität anerkannt und diejenigen, deren Ziel die Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen ist, salonfähig werden.

Rassismus-Definition nach IDA-NRW

Rassismus ist der *Prozess*, in dem Menschen aufgrund tatsächlicher oder vermeintlicher körperlicher oder „kultureller“ Merkmale (z.B. Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion) als homogene Gruppen *konstruiert, negativ bewertet und ausgegrenzt* werden.

Der klassische Rassismus behauptet eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschengruppen auf Grundlage *angeblicher biologischer Unterschiede*.

Im Kulturrassismus wird die Ungleichheit und Ungleichwertigkeit mit *angeblichen Unterschieden zwischen den „Kulturen“* zu begründen versucht.

Rassismus ist die *Summe* aller Verhaltensweisen, Gesetze, Bestimmungen und Anschauungen, die den *Prozess der Hierarchisierung und Ausgrenzung* unterstützen und beruht auf *ungleichen Machtverhältnissen*.

beworfen werden. MÜNSTER, 23. AUGUST 2012 Das NRW-Innenministerium verbietet drei Neonazi-Kameradschaften aus Hamm, Dortmund und Aachen. Die Polizei führt zahlreiche Hausdurchsuchungen durch. Eine Zelle in der JVA Münster sowie jeweils zwei Wohnungen in Münster und Ahlen werden durchsucht. Zwei Münsteraner und

zwei Ahleener Neonazis werden als Mitglieder der „Kameradschaft Hamm“ zugerechnet. LENGERICH, 25. SEPTEMBER 2012 Das Gebäude der neuen Landesgeschäftsstelle der NPD in Essen-Kray wurde von einem Verein namens „Bürgerbewegung Pro Münster e.V.“ mit Sitz in Lengerich gekauft. Der Verein wird von den NPD-AktivistInnen Matthias

und Markus Pohl geführt und hat mit der Partei „Pro NRW“ nichts zu tun. EMSDETTEN, 13. OKTOBER 2012 Über 500 TeilnehmerInnen folgen einem Demonstrationsaufruf des „Offenen Antirassistischen Treffens“. In den Wochen zuvor hatten Neonazis vermehrt Parolen gesprüht und Plakate verklebt. Zehn Neonazis aus Rheine, Emsdetten und

„Eskalation und Etablierung“ Rechtspopulistische Parteien und Gruppen

Als „Ekelhafte Schmierkomödie“ bezeichnete der Vorsitzende der *Unabhängigen Bürgerpartei* (UBP) im Kreis Recklinghausen, Tobias Köller, im September 2011 die Kritik von *Pro NRW* an seiner Partei im Zusammenhang mit der Gründung einer „Bürgerinitiative zur Verhinderung eines Moscheebaus in Hertener-Langenbochum“. Bei der maßgeblich von Köller initiierten Gründungsveranstaltung waren offenbar auch militante Neonazis des „*Nationalen Widerstands Marl*“ anwesend, die zwar inhaltlich mitdiskutierten, den *UBP*-VertreterInnen aber nicht weiter aufgefallen sein sollen. Den Kreisvorsitzenden von *Pro NRW*, Werner Peters, beschimpfte Köller sogar als „peinlichen Krawallmacher“. Diese Ausfälle ließen die regionalen *Pro NRW*-VertreterInnen natürlich nicht auf sich sitzen und reagierten prompt: Die *UBP* sei nichts anderes als eine „obskure lokale Politsekte“, die mit „braunen Kameraden“ zusammen arbeite.

„Anti-Parteien-Parteien“ ziehen in die Räte ein

Diese Posse darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die beiden Parteien im nördlichen Ruhrgebiet eine ernstzunehmende Rolle in der Lokalpolitik spielen.

Die 2006 unter anderem vom langjährigen Hertener CDU-Ratsmitglied Köller gegründete *UBP* setzt – wie auch *Pro NRW* – auf die Inszenierung als „Anti-Parteien-Partei“. Sie grenzt sich gegen die „etablierten Parteien“ ab und verspricht, keinen „Deckmantel über heikle Themen“ zu legen. In ihrem Programm stellt sie sich als Kraft der politischen Mitte dar, die gegen „alle Arten von politischen und religiösen Extremismen“ sei und verweist auf „vernunftorientierte Lösungsansätze“. Die Themensetzung des Kommunalwahlkampfes 2014 zeigt hingegen: die *UBP* setzt auf rechtspopulistische „Klassiker“. In der Hochphase des Wahlkampfes führen ParteivertreterInnen mit Großplakaten durch den Landkreis und forderten Bürgerentscheide nach Schweizer Vorbild gegen „Einwanderung in

unsere Sozialsysteme“. Weitere Plakatslogans lauteten „Einschulung nur mit Deutschkenntnissen“, „Kriminalität bekämpfen – Sicherheit schaffen“, „Ergebnisse statt Parteipolitik“ oder schlicht „Klartext“. Kurz vor dem Wahltermin am 25. Mai 2014 verkündete die *UBP* per Plakat „Wir vermissen unser Land! Es hatte folgende Eigenschaften: Sicherheit; Ordnung und Anstand; Stärke, Recht und Freiheit; Respekt und Meinungsfreiheit. Helfen Sie uns dabei, diese Eigenschaften wieder zurückzugewinnen! Wir kümmern uns!“.

Der Verweis auf eine gedachte Zeit, in der es angeblich „sicherer“ war, „respektvoller“ zugeht und „echte“ Meinungsfreiheit herrschte, geht in rechtspopulistischen Argumentationsmustern einher mit der Konstruktion einer diffusen Bedrohung durch eine angeblich immer weiter steigende Kriminalität sowie das Schüren von Ängsten vor einer vermeintlichen „Islamisierung“ Europas.

Schon 2011 versuchten Mitglieder der *UBP* sich in die Debatte um Moscheebauten in der Region einzubringen, mit Claudia Ludwig sitzt eine Mitgründerin des Landesverbands NRW der islamfeindlichen *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) für die Partei im Kreistag Recklinghausen. Ludwig war bis zu ihrem Übertritt zur *UBP* 2009 Mitglied der *Wählerinitiative Wir in Recklinghausen* (WiR), die maßgeblich durch ihre Arbeit islamfeindliche Inhalte in den Mittelpunkt gestellt hatte. Bis heute sitzt mit Jutta Becker eine *WiR*-Vertreterin im Rat der Stadt Hertener, die regelmäßig in Stellungnahmen, Anfragen und Leserbriefen gegen „den“ Islam giftet, Hertener im „Sumpf der Ausländerkriminalität“ versinken sieht, „Ausländern“ pauschal „Respektlosigkeit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft“ unterstellt und selbst vor geschichtsrevisionistischen Thesen nicht zurückschreckt.

Die *UBP* ist seit der Kommunalwahl 2014 in allen Kommunen des Kreises Recklinghausen mit mindestens einem Sitz vertreten, in Marl, Oer-Erkenschwick, Castrop-Rauxel

Ostfriesland versammelten sich zu einer „Gegenkundgebung“. MÜNSTER, 27. OKTOBER 2012 Die Neonazi-Partei „Die Rechte“ gründet einen „Bezirksverband Münsterland“, in dem sich Mitglieder der aufgelösten „Nationalen Sozialisten Münster“ sammeln. HALTERN AM SEE, 2. NOVEMBER 2012 An einem vom „Bündnis gegen Gewalt und Rechts-

extremismus“ veranstalteten Sternmarsch beteiligten sich 150 BürgerInnen. Fünf Neonazis entrollen am Rande ein Transparent und fotografieren die TeilnehmerInnen. IBBENEÜREN, 17. NOVEMBER 2012 Antifa-Gruppen organisieren auf dem Marktplatz eine Kundgebung. Auf Transparenten steht „Brandanschlag in Hopsten: Tatmotiv Rassis-

mus?!“ und „Molotowcocktails sind keine „Dumme-Jungen-Streiche“ 30 Menschen beteiligen sich an der Aktion. Zwei Tage später werden die geständigen Täter vor dem Jugendschöffengericht Ibbeneüren zu Sozialstunden und Bewährungsstrafen verurteilt. Die Tatmotivation der Jugendlichen wird nicht aufgeklärt, ihre Aussagen dazu sind wi-

und Hertzen sogar mit zwei VertreterInnen. Im Kreistag und Stadtrat Recklinghausen gelang es der Partei drei Mandate zu erreichen und erzielte mit knapp sieben Prozent ihr bestes Wahlergebnis. Damit konnte sie die Anzahl ihrer Mandate im Kreis im Vergleich zur Wahl 2009 mehr als verdoppeln. Im Kreis Recklinghausen war *Pro NRW* trotz vorheriger Ankündigungen nicht zur Kommunalwahl angetreten, obwohl der wortgewaltige Kreisvorsitzende Werner Peters seine Partei als „Original des demokratischen Islam-Widerstandes“ versteht. Offenbar war neben der eigenen (Mitglieder-)Schwäche im Kreis die regionale Verankerung der *UBP*, die sich auch aufgrund der breiten gesellschaftlichen Ächtung von *Pro NRW* als deren seriösere Alternative darstellen konnte, ein Argument für den Nicht-Antritt.

In Gelsenkirchen allerdings reichte der *UBP* ein Ergebnis von 0,5 Prozent nicht zum Einzug in den Rat. Hier konnte die *Pro NRW*-Fraktion um den Vorsitzenden Kevin-Gareth Hauer ihr StammwählerInnenpotential von gut 4 Prozent gegen die *UBP*, aber auch die neu angetretene *Alternative für Deutschland* (AfD), die bei ihrem ersten Eintritt fünf Prozent erreichte, behaupten.

Seit der Kommunalwahl 2009 war *Pro NRW* in Fraktionsstärke mit drei Mandaten im Gelsenkirchener Stadtrat vertreten (Mitte 2013 verlor die Partei den Fraktionsstatus nach dem Austritt eines Mitglieds), seit Mai 2014 bildet *Pro NRW* wieder eine Fraktion mit drei Personen. Gelsenkirchen ist die einzige Stadt im Regierungsbezirk mit einer kommunalpolitischen Präsenz der Partei.

Die Arbeit im Rat beschränkt sich in der Regel auf Anträge zu Themen, die BürgerInnennähe symbolisieren sollen („Kastrationsgebot für freilaufende Katzen“), zum rechtspopulistischen Themenkanon gehören („Resolution für ein Minarettverbot“) oder die Partei selbst betreffen. Im Stadtrat werden die Anträge von *Pro NRW* von den anderen Parteien konsequent abgelehnt. Schwierig wird dies, wo Hauer und seine Fraktion geschickt versuchen, in der Bevölkerung oder den anderen Fraktionen breit diskutierte Themen zu besetzen. Um der Partei keine Aufmerksamkeit zuzugestehen und sie politisch zu isolieren, entwickeln die anderen Fraktionen unter Umständen mehrheitsfähige Anträge zu ähnlichen Fragen.

Eskalationsversuche und Wahlkampftouren

Schwerpunkt der politischen Arbeit von *Pro NRW* bleibt der Versuch, mit Infoständen und Kundgebungen die eigenen Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. Durch Skandalisierungen, Zuspitzungen und inszenierte Tabubrüche versucht die Partei vor allem im Wahlkampf lokale Diskussionen um Einwanderung, Integration sowie Moscheebauvorhaben zu instrumentalisieren.

Um die eigene Reichweite mit möglichst geringem Mitteleinsatz zu erhöhen, führt *Pro NRW* besonders im Vorfeld von Wahlen so genannten Kundgebungstouren durch, bei denen ein kleines Wahlkampfteam Station in mehreren Städten macht. Vor den Landtagswahlkämpfen 2012 und 2010 versuchte *Pro NRW* durch Auftritte vor Moscheen in Hertzen, Bottrop, Gelsenkirchen und Münster zu provozieren. Trotz großen zivilgesellschaftlichen Protestes erreicht *Pro NRW* eine mediale Aufmerksamkeit auch in Städten, in denen sie über keinerlei arbeitsfähige Parteistrukturen verfügt – was für das gesamte Münsterland gilt. Im Mai 2014 machte *Pro NRW*, diesmal im Rahmen einer zynischerweise als „Lichterketten gegen Asylmissbrauch und Überfremdung“ angekündigten Tour, Halt in Gelsenkirchen-Buer. Der Versuch, fehlende lokale Verankerung durch Aktionismus wettzumachen, sorgt in den betroffenen Städten für Unsicherheit und bei den Betroffenen unter Umständen für ein Gefühl der Bedrohung. Zuletzt mussten sich die BottroperInnen im Spätsommer 2014 mit einer „öffentlichkeitswirksamen Kampagne“ gegen den „Bau einer orientalischen Großmoschee“ auseinandersetzen. Obwohl *Pro NRW* auch in Bottrop die Strukturen für einen Kommunalwahlantritt fehlten, versuchte die Partei mit dieser Ankündigung gegen erste Pläne eines Moscheebaus zu polemisieren. Zum Zeitpunkt der geplanten Unterschriftensammlung von *Pro NRW* lagen weder konkrete Planungen noch Vorstellungen, wie das Gebäude aussehen soll, vor. Der *Pro NRW*-Parteivorsitzende Markus Beisicht spricht – typisch für das Vorgehen rechtspopulistischer Gruppierungen – in einer Pressemitteilung aber von einer „Mega-Moschee“, von „islamistischen Parallelwelten“ und davon, dass die „Mehrheit der Bürger“ gegen den geplanten Bau sei. Woher dieses Wissen stammt, führt er nicht näher aus.

dersprüchlich. Der Richter weist rassistische Motive aber deutlich zurück. ProzessbeobachterInnen werfen dem Gericht deshalb eine Entpolitisierung der Tat vor. SENDE, 18. NOVEMBER 2012 Die Westfälischen Nachrichten berichten von großflächigen Nazi-Symbolen, die an einer Kanalbrücke aufgetragen wurden. ALTENBERGE, 12. JANUAR

2013 Unbekannte sprühen nach Angaben der Allgemeinen Zeitung auf Gebäude und ein Auto im Umfeld der Borndal-Grundschule mehrere Hakenkreuze. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt. RECKLINGHAUSEN, 19. JANUAR 2013 Der Kreisläufer des HSC Eintracht Recklinghausen wird beim Handballderby gegen den SV Westerholt

durch Fans rassistisch beleidigt. Der Westen berichtet, dass der Hallensprecher ohne Erfolg die ZuschauerInnen auffordert, die Beleidigungen zu unterlassen. GELSENKIRCHEN, 12. MÄRZ 2013 Die „Bürgerbewegung Pro NRW“ veranstaltet vor einer Flüchtlingsunterkunft eine Kundgebung „gegen Asylmissbrauch“. Vor dem Haus demonstrie-

Wo kampagnenfähige Themen fehlen, konnte *Pro NRW* im Regierungsbezirk bisher keine tragfähigen Strukturen aufbauen. Im gesamten Münsterland liegen die Parteistrukturen brach, seit einigen Jahren fungiert der Recklinghäuser Vorsitzende Werner Peters als „Bezirksbeauftragter für das Münsterland“, jedoch ohne hier wahrnehmbare Aktivitäten zu entfalten. Seit 2008 hatten sich bereits drei Vorgänger vergeblich um den Aufbau der Partei in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf sowie in Münster selbst versucht, darunter der Dülmener Marco Hasse.

Unsachliche „Islamkritik“

Hasse fungierte seit der Gründung des Landesverbands NRW der islamfeindlichen *Bürgerbewegung Pax Europa* 2009 als „Landesgeschäftsführer“. Gemeinsam mit der oben genannten Claudia Ludwig war Hasse Gründungsmitglied des NRW-Ablegers im Recklinghäuser Fritz-Husmann-Haus im Juni 2009. Die *BPE* stellt sich selbst als „Menschenrechtsorganisation“ dar, deren „Islamkritik [...] sachlich Ideologie und Praxis des Islam“ untersuche. In den auf der Homepage des Vereins angebotenen Veröffentlichungen

wird dann aber der Islam pauschal als „Gewaltideologie“ und „totalitäre Gesellschaftsordnung“ verunglimpft. Der Koran stehe darüber hinaus der „Widerwärtigkeit“ von Hitlers „Mein Kampf“ in nichts nach, er übertriffe dieses sogar vielfach. Auf dem von Mitgliedern des Vereins geführten Blog der selbster-

nannten Bürgerbewegung sind zudem „Handreichungen für Moscheebau-Verhinderer“ einzusehen. Diese gipfeln in der verschwörungstheoretischen Aussage „Wir befinden uns mitten in einem KULTURKAMPE, bei dem es um die Erringung der Meinungsfreiheit für die Mehrheit geht

– eine Mehrheit, die sich ihr Grundrecht auf Andersdenken – gegen die weitere Islamisierung ihrer Umwelt – zu rückerobern muss“. Die *BPE* ist auch weiterhin in der Region aktiv. Im Juni 2014 wählte der Verein René Stadtkewitz, den ehemaligen Vorsitzenden der rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit*, zum Bundesvorsitzenden – wiederum in Recklinghausen, wo auch der bereits erwähnte Marco Hasse in den Bundesvorstand berufen wurde. Bereits im Juni 2012 begleiteten AktivistInnen der *BPE* einen Infostand der *UBP* in Recklinghausen, um „Aufklärung über den Islam“ zu betreiben.

Online-Netzwerk der IslamhasserInnen

Diese Aktion wurde ausgiebig mit einem Beitrag in einem Internetportal gewürdigt, das als wichtigstes publizistisches Organ des Netzwerks der IslamhasserInnen in Deutschland gilt. Gegründet 2004 von einem nordrhein-westfälischen Lehrer als Unterstützung der Politik von George W. Bush, gehört der Blog *Politically Incorrect* (kurz: *PI-News*) mittlerweile zu den 20 deutschen Blogs mit den meisten Besuchen und der größten Resonanz. *PI-News* begleitet die Aktivitäten aus dem rechtspopulistischen

Milieu mit Wohlwollen, weist auf Veranstaltungen und Kampagnen hin und verbreitet in eigenen redaktionellen Beiträgen nicht nur islamfeindliche, sondern ebenso gegen Asylsuchende oder Roma gerichtete, rassistische Positionen in teils zynischem, oft vulgärem Ton. Immer wieder werden Menschen, die sich in der



Rechtspopulismus eint das „Feindbild Islam“.

Öffentlichkeit positiv zum Islam äußern, an den Pranger gestellt, so etwa der Münsteraner Ruprecht Polenz, der bis 2013 für die CDU im Bundestag saß. Zudem gehören Linke und FeministInnen zu den erklärten Feindbildern.

In über 50 Orten gibt es nach Auskunft des Blogs „Orts-

ren nach Angaben von Der Westen rund 100 MitstreiterInnen des „Bündnisses gegen Rechts“. Die „Falken“ organisierten zeitgleich einen Spiel- und Basteltag für die Flüchtlingskinder. MÜNSTER, 23. MÄRZ 2013 Zwei in der JVA Münster einsitzende Neonazis halten ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für alle politischen und nationalen Gefan-

genen“ aus dem Fenster. Ein Foto von der Aktion erscheint auf Szene-Internetseiten. HALTERN AM SEE/GLADBECK, 7. APRIL 2013 Sieben Neonazis führen nach Angaben der Zeitschrift Lotta in der Fußgängerzone eine Spontandemonstration durch. Sie führen ein Transparent „Eure Verbote halten uns nicht auf“ mit sich, dass sie im Anschluss auch

in der Innenstadt von Gladbeck vom Dach eines Parkhauses zeigen. MÜNSTER, 17. APRIL Felix Menzel, Chefredakteur des neurechten „Kulturmagazins Blaue Narzisse“, referiert an unbekanntem Ort in Münster über seine Vorstellungen eines „Europa der Regionen“. Lengerich, 9. MAI 2013 Unbekannte werfen mehrere Fenster einer Moschee

gruppen“, die in der Regel Stammtische veranstalten. Für die Region sind die Ortsgruppen Warendorf und Münster sowie „Ruhrgebiet“ aufgeführt. Zumindest *PI-Münster* ist immer wieder in Erscheinung getreten, etwa mit Infoständen in der Fußgängerzone im Jahr 2011 – gemeinsam mit der *BPE*. Immer wieder sind tagesaktuelle Themen aus dem Münsterland oder dem nördlichen Ruhrgebiet Anlass für hetzende oder verleumderische Artikel, AutorInnen aus der Region schreiben für den Blog und sind mit den einschlägigen Parteien, Initiativen und Vereinen vernetzt. Zuletzt tauchten im Frühjahr 2013 in der Fachhochschule Münster und in einigen Döner-Imbissen Graffiti auf, die Werbung für den Hetzblog machten.

Zusammenarbeit und Etablierung

Der flächendeckende Einzug der *UBP* in die Ratssäle des Kreises Recklinghausen zeigt, dass die Strategie einer personell und inhaltlich lokal verankerten und sich als seriöse Alternative zu den „Alt-Parteien“ inszenierende rechtspopulistische Kraft erfolgreich sein kann. Zuletzt hatten Absprachen der Partei im Recklinghäuser Kreistag mit der CDU große Proteste der Opposition und kontroverse öffentliche Diskussionen über den Umgang mit der *UBP* hervorgerufen. Unter anderem führte die mit den Stimmen der Union verabschiedete Entsendung eines Vertreters der *UBP* in die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr (ein gesetzlicher Zweckverband der Kreis und kreisfreien Städte des Ruhrgebiets, der unter anderem für Umweltförderung und staatliche Regionalplanung zuständig ist) nahezu zur Verdopplung der Mitglieder durch Ausgleichsmandate von 71 auf 138. In die Diskussion darum hat sich selbst NRW-Innenminister Ralf Jäger eingeschaltet.

Auch im Münsterland gibt es Themen, Anlässe und Gruppen von AktivistInnen. Selbst wenn sie nicht zu Wahlen antreten, können RechtspopulistInnen die öffentliche Diskussion etwa über Leserbriefe, Kommentarspalten oder Emails beeinflussen. Ein Teil dieses Spektrums hat sich zudem der *Alternative für Deutschland* und deren Jugendorganisation zugewandt. Auf der Liste der Münsteraner *AfD* für die Kommunalwahl 2014 kandidierten unter anderem ein ehemaliges Mitglieder der *Republikaner* sowie ein Aktivist des oben genannten Blogs *PI-News*. Die zumindest in Teilen rechtspopulistisch agierende Partei

ist in Bottrop (1 Sitz), Gelsenkirchen (3 Sitze), Münster (2 Sitze) im Stadtrat sowie in Borken (1 Sitz) und Warendorf (2 Sitze) im Kreistag vertreten. Der nordrhein-westfälische Landesverband der *Jungen Alternativen* war zuletzt durch die Einladung des britischen EU-Gegners Nigel Farage, Vorsitzender der nationalkonservativen *UKIP*, aufgefallen und hatte sich damit gegen den Kurs des Bundesvorsitzenden Bernd Lucke gestellt. Rückendeckung erhielt die *AfD*-Jugendorganisation durch Marcus Pretzell, den aktuellen Landesvorsitzenden der *AfD* NRW und Mitglied des Europaparlaments. Mit seiner Wahl hat auch in NRW der rechte Parteiflügel an Einfluss gewonnen.

„Alles Nazis?“ – Besonderheiten des Rechtspopulismus

Parteien wie die *UBP* und *Pro NRW* oder selbsternannte Bürgerbewegungen wie *Pax Europa* einfach als „Nazis“ zu bezeichnen und sie in einem Atemzug beispielsweise mit der *NPD* zu nennen, ist zu einfach. Gerade rechtspopulistische Parteien und Gruppen bemühen sich darum, seriös aufzutreten und sich von Neonazis zu distanzieren. Rechtspopulismus kann aber nicht daran gemessen werden, ob eine Partei „verfassungsfeindlich“ ist oder nicht. Die Themen, die von RechtspopulistInnen besetzt werden, machen Menschen, Gruppen und Religionen zu Feinden. Durch die gleichzeitige Abgrenzung gegenüber „Extremisten“ können so rassistische, muslimfeindliche und Freiheitsrechte einschränkende Einstellungen und Forderungen gesellschaftsfäh gemacht werden. Hier liegt die Gefahr des Rechtspopulismus, der sich dabei bestimmter Muster bedient:

1. Parteien, AktivistInnen und Gruppen vertreten einen anti-elitären Kurs. Sie berufen sich dabei stets auf „das Volk“ als Gegenpol zu den angeblich korrupten, „etablierten“ EntscheidungsträgerInnen. Was das „Volk“ ausmacht, bleibt unklar und wird unterschiedlich gefüllt. Es wird aber grundsätzlich als homogene Einheit verstanden.
2. Die Argumentation von RechtspopulistInnen bezieht sich auf den „gesunden Menschenverstand“, ist aus Sicht seiner VertreterInnen „vernünftig“ und knüpft an Alltagswissen und -erfahrungen der Menschen an. Dabei werden vorhandene Ressentiments und kultiviert und Feindbilder konstruiert.
3. Die Strategie der politischen Kommunikation beruht auf einer groben Vereinfachung komplizierter Sachverhalte und dem damit verbundenen Einfordern radikaler Lösungen. Dies geht einher mit der Emotionalisierung politischer Auseinandersetzungen und der Inszenierung von Tabubrüchen nach der Formel „...darüber wird man ja noch reden dürfen“.
4. Schlussendlich verstehen sich die VertreterInnen aufgrund ihrer Haltung gegenüber „denen da oben“ eher als „Bewegung“ oder „Alternative“ in Abgrenzung zu etablierten Parteien – selbst, wenn sie sich immer stärker selbst in der Kommunalpolitik einrichten. Hinter der Forderung nach mehr BürgerInnenbeteiligung steht die generelle Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen.

(Vgl. hierzu die Definition von Oliver Geden in: *Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien*, Berlin 2007, S. 7-11.)

mit Steinen ein, die Polizei ermittelt laut einer Pressemitteilung der betroffenen Gemeinde „in alle Richtungen“. AHLEN, 18. MAI 2013 Die Neonazi-Partei „Die Rechte“ stellt eine Liste zur Europawahl auf. Auf Platz 3 kandidiert eine vormalige, in Ahlen wohnende Aktivistin der „Autonomen Nationalisten Ahlen“ und der „Kameradschaft Hamm“.

MÜNSTER, JUNI 2013 Bekannte Kader der ehemaligen „Nationalen Sozialisten Münster“, die mittlerweile im Umfeld der Partei „Die Rechte“ aktiv sind, wollen in einem Kampfsportverein Mitglied werden. Der Verein versteht sich ausdrücklich als „multikulturell“ und nimmt die Neonazis nicht auf. MÜNSTER, 3. JUNI 2013 Laut einem Bericht des

AStA der Universität Münster haben SympathisantInnen der „Identitären Bewegung“ mit Pappschildern den Schlossplatz wieder in „Hindenburgplatz“ umbenannt. EMSDETTEN, 13. JULI 2013 Nach Angaben der „Autonomen Antifa Emsdetten“ eskalierte eine verbale Konfrontation zwischen Neonazis und einer anderen Personengruppe. Die Neonazis

„Kontinuierlicher Niedergang“

Die NPD

Matthias Pohl bemühte sich gar nicht erst, seinen Frust zu verbergen. Zu verheerend war das Ergebnis der NPD im Münsterland bei den Kommunal- und Europawahlen am 25. Mai 2014 ausgefallen. Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Steinfurt bezeichnete am folgenden Tag „das Abschneiden unserer Partei im Münsterland [...] als desolat“. Gegenüber der Bundestagswahl im Vorjahr habe die NPD über die Hälfte der Stimmen verloren. Angesichts dessen sei es angebracht, „zeitnah eine selbstkritische Analyse“ durchzuführen. Zumal die Voraussetzungen für die „Nationaldemokraten“ eigentlich günstig gewesen seien, da das Bundesverfassungsgericht bereits im Februar 2014 die Dreiprozenthürde bei der Wahl zum Europaparlament gekippt habe. In zahlreichen EU-Staaten erzielten extrem rechte Parteien teilweise zweistellige Ergebnisse.

Von solchen Resultaten konnte die NPD bundesweit, vor allem aber im Münsterland nur träumen. Dort schnitt die Partei im Kreis Warendorf mit mageren 0,7 Prozent am „besten“ ab, womit sie deutlich unter dem Gesamtergebnis von 1 Prozent blieb. Noch ernüchternder fiel die Zustimmung mit jeweils 0,4 Prozent in den Kreisen Borken und Steinfurt aus. Im Kreis Coesfeld votierten nur 0,3 Prozent für die NPD und in Münster war der Stimmanteil für die „Nationaldemokraten“ mit 0,2 Prozent noch niedriger. Auch im nördlichen Ruhrgebiet erzielte die NPD mit 0,7 Prozent im Kreis Recklinghausen und 0,6 Prozent in Bottrop keine besseren Ergebnisse. Einzig in Gelsenkirchen fiel das NPD-Ergebnis mit 1,1 Prozent etwas höher aus.

Indes: Völlig überrascht von dem Wahldesaster dürfte Mathias Pohl kaum gewesen sein. Mit Wahlkampfaktionen war seine Partei in der Region abgesehen von einigen verstreut aufgehängten Plakaten im Kreis Warendorf und einer kurzen Kundgebung in Gelsenkirchen jedenfalls nicht in Erscheinung getreten. Ebenso wenig hatte es die NPD vermocht, die Kommunalwahl für sich zu nutzen. Eine NPD-Kandidatur gab es lediglich in Gelsenkirchen, wo die Partei aber nur zur Wahl einer einzigen

Bezirksvertretung antrat. Hier konnte sie 1 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, die für einen Sitz in der Bezirksvertretung Gelsenkirchen-Mitte nicht ausreichten.

Chronisch erfolglos mit Ausreißern nach unten

Für die NPD stellte das bevölkerungsreichste Bundesland seit jeher kein einfaches Pflaster dar – ihr bestes Wahlergebnis bei einer Landtagswahl gelang ihr mit 1,1 Prozent im Jahr 1970. Im Kreis Recklinghausen und Bottrop verfügt sie über keine handlungsfähigen Strukturen, in Gelsenkirchen existiert lediglich ein Stadtverband und der Kreisverband Wesel/Borken wird von der NPD Krefeld not-verwaltet. Das Münsterland scheint für die Partei zudem eine besonders schwierige Region darzustellen. Dies zu ändern war eigentlich das Ziel von Mathias Pohl gewesen, als er Mitte der 2000er Jahre den Vorsitz des Kreisverbandes Steinfurt übernommen hatte. Gemeinsam mit seinem Zwillingbruder Markus Pohl, der im Vorstand der Münsteraner NPD aktiv ist, verfolgte er das ambitionierte Projekt, bei der Kommunalwahl 2009 mit seiner Partei in den Kreistag von Steinfurt einzuziehen. Letztlich scheiterte das Unterfangen kläglich im November 2008, als die NPD bekannt gab, dass sie nicht zur Wahl antreten werde. In den Monaten und Jahren zuvor hatte vor allem der Steinfurter Kreisverband Aktivitäten entfaltet. In Rheine nahmen im März 2007 rund 120 bis 150 NPD-AnhängerInnen an einer Saalveranstaltung mit dem NPD-Bundesvorsitzenden teil, wenig später wurde sogar ein eigener Ortsverband gegründet. Unterstützung erhielt die NPD im Münsterland dabei von ParteifreundInnen aus dem angrenzenden Niedersachsen, die im südlich von Osnabrück gelegenen Georgsmarienhütte zeitweise über ein eigenes Anwesen verfügten, und den Kameraden des *Nationalen Widerstand Osnabrücker Land* (NWOSL), dem auch die Gebrüder Pohl angehört hatten.

Rassismus in weißen Hemden

Inhaltlich reduzierte sich die Propaganda des Kreisver-

verletzten mehrere Betroffene. GELSENKIRCHEN, 24. JULI 2013 Wegen eines angeblichen sexuellen Übergriffs auf zwei Minderjährige belagert ein aufgebracht Mob aus bis zu 150 AnwohnerInnen, organisierten Neonazis und rechtsoffenen Jugendlichen über mehrere Tage das Wohnhaus zweier Männer im Ortsteil Hassel, eine Scheibe wird einge-

worfen, die Fassade beschmiert. Die regionale Neonaziszene befeuert die emotionale Stimmung vor Ort und über die sozialen Netzwerke. Die ursprünglichen Vorwürfe gegen die Männer sind aus der Luft gegriffen und beruhen auf einem Missverständnis, die Polizei muss ihre Wohnung schützen. MÜNSTER, 15. AUGUST 2013 Wie bereits im Vor-

jahr will die NPD eine Werbekundgebung abhalten. Der Platz vor dem Stadthaus 1 ist aber bereits von vielen Hundert Menschen besetzt. Die NPD wird auf den Schlossplatz umgeleitet, wo sie von über 1.300 GegendemonstrantInnen umzingelt wird. Eier fliegen, die zwölf angereisten Neonazis werden ausgebuht. Schließlich verzögert eine Sitzblockade

bandes auf unverhohlenen Rassismus, der stereotyp jeden beklagten Missstand auf die behauptete „Überfremdung“ der Bundesrepublik zurückführt. Dementsprechend beteiligte sich die Steinfurter *NPD* intensiv an der vom Landesverband der Partei im September 2008 gestarteten Kampagne „Ausländer Stopp NRW. Deutsche wehrt euch – gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität.“ Schon seit Anfang des Jahres hatte die *NPD*, die freilich selten mehr als eine Handvoll AnhängerInnen mobilisieren konnte, ihre Aktivitäten weiter gesteigert. In Rheine, Greven, Ibbenbüren, Lengerich und Neuenkirchen trat die Partei mit Infoständen, Mahnwachen und Flugblattaktionen in Erscheinung.

Obleich die Pohl-Brüder augenscheinlich um ein „seriöses“ Auftreten bemüht waren – in einigen auf youtube veröffentlichten Selbstdarstellungsfilmchen präsentiert sich Matthias Pohl meist mit weißem Hemd – gebärdete sich die *NPD* durchaus auch aggressiv. Am 1. Mai 2008 versuchte eine kleine Gruppe von *NPD*-AktivistInnen mit lautstarken Parolen und einem mitgeführten Transparent mit dem Slogan „Sozial geht nur national“ eine Saalveranstaltung des DGB in Rheine zu stören, wurden allerdings rasch des Saales verwiesen. Im Oktober 2008 tauchten mehrere AnhängerInnen der Partei offenkundig mit ähnlichen Absichten bei einer Informationsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus in der Grevener Stadtbibliothek auf. Einige Wochen später folgte dann die überraschende Entscheidung des *NPD*-Kreisvorstandes, nicht zur Kommunalwahl anzutreten.

Zerfallerscheinungen und zivilgesellschaftlicher Widerstand

Über die Gründe lässt sich nur spekulieren, sehr wahrscheinlich ist jedoch, dass die Finanzaffäre um den damaligen in Ladbergen ansässigen Schatzmeister des *NPD*-Bundesverbandes, Erwin Kemna, den Niedergang der regionalen Parteiaktivitäten maßgeblich beschleunigte. Dieser hatte über 700.000 Euro von Parteikonten in sein marodes Küchenstudio umgeleitet und es auch sonst mit der Erstellung korrekter Rechenschaftsberichte nicht allzu genau genommen, was der *NPD* Strafzahlungen in Millionenhöhe einbrachte und die finanziell notorisch klamme Partei erheblich belastete.

Entscheidender für den Rückzug der *NPD* im Kreis Steinfurt dürfte jedoch der breite zivilgesellschaftliche Widerstand gewesen sein, mit dem sich die ProtagonistInnen der Partei in der Region konfrontiert sahen. In Rheine formierte sich Anfang 2008 die Initiative „Rheine stellt sich quer“, die sich zum Ziel setzte, über rechtsextreme Tendenzen in der Stadt aufzuklären und „*NPD*-Aktionen mit friedlichem Protest zu begleiten.“ Zudem organisierte das Bündnis Gedenkveranstaltungen oder öffentlichkeitswirksame Putzaktionen, in deren Rahmen rechtsextreme Graffitis und Aufkleber aus dem Straßenschild entfernt wurden. Auch an anderen Orten im Kreis Steinfurt, etwa in Emsdetten, Greven und Ibbenbüren taten sich zahlreiche Engagierte aus kirchlichen Gruppen, den Jugendverbänden der Parteien und antifaschistischen Netzwerken zusammen, um gegen die *NPD* aktiv zu werden. Der Aktionsradius der Partei wurde dadurch erkennbar eingeschränkt. Allein die Ankündigung von Gegenprotesten verfehlte ihre Wirkung nicht.

Wahlkämpfe im Ankündigungsmodus

Doch trotz dieser kleineren und größeren Rückschläge verschwand die *NPD* im Kreis Steinfurt nicht vollständig von der Bildfläche. Wahrnehmbare Aktivitäten entwickelte sie etwa im Vorfeld der Landtagswahl 2010. So tourte für einige Tage das so genannte „*NPD*-Flaggschiff“ – ein zu einem „Wahlkampfmobile“ umfunktionaler Campingbus – durch die Region. Eigene Kundgebungen führte die Partei jedoch nicht durch. Vielmehr beschränkte sie sich auf einige Lautsprecherwagenfahrten. In Münster fanden in einigen Stadtteilen AnwohnerInnen *NPD*-Flugblätter in ihren Briefkästen, um deren Verteilung sich die *Nationalen Sozialisten Münster*, eine „parteilose“ Neonazigruppe gekümmert hatten – dies behaupteten jedenfalls deren AktivistInnen auf ihrer Internetseite. Zu einer engeren Zusammenarbeit kam es jedoch nicht. Insgesamt machte der Wahlkampf die beschränkte Kampagnenfähigkeit der *NPD* im Münsterland deutlich.

Dementsprechend desaströs war auch das Wahlergebnis. Durchgängig blieben die „Nationaldemokraten“ im Regierungsbezirk Münster unter 1 Prozent. In den Münsterlandkreisen stagnierte sie bei 0,4 bis 0,6 Prozent, in Recklinghausen, Böttrop und Gelsenkirchen bei 0,8 be-

ihre Abfahrt um zweieinhalb Stunden. GELSENKIRCHEN, 17. AUGUST 2013 Das „Flaggschiff“ der *NPD* hält eine Wahlwerbe-Kundgebung ab, an der auch drei lokale Neonazis teilnehmen. Rund 30 Menschen versammeln sich zu spontanem Protest. GELSENKIRCHEN, 23. AUGUST 2013 „Pro NRW“ verliert den Fraktionsstatus im Gelsenkirchener

Rat, da Ratsfrau Stefanie Wohlfarth nach internen Querelen aus der Fraktion austritt. Der Bruch beendet eine längere Diskussion um hohe Summen an Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen für die rechtspopulistische Partei. RECKLINGHAUSEN, 25. AUGUST 2013 Die vor allem mit ihrer Internetseite „Freies Netz Recklinghausen“ präsen-

ten „Nationalen Sozialisten aus dem Kreis Recklinghausen“ veröffentlichen Namen und Wohnadressen von KandidatInnen der Parteien „Die Linke“ und „MLPD“, die zur Bundestagswahl antreten. MÜNSTER, 27. AUGUST 2013 Auch die Splitterpartei „Pro Deutschland“ fährt mit sechs WahlkämpferInnen Münster für zwei Kundgebungen

ziehungsweise 0,9 Prozent. Eigene Wahlkreiskandidaten hatte die Partei ohnehin nicht aufgestellt. Ähnlich katastrophal verliefen die Landtagswahlen 2012 und die Wahlen zum Deutschen Bundestag 2013. Aktivitäten der NPD

gen, fanden im Rahmen der vom NPD-Bundesvorstand organisierten „Deutschlandfahrten“ eines mit einschlägigen Parolen beklebten LKW statt, der wochenlang durch die Bundesrepublik tourte. Ans Mikrofon tra-



Das „Flaggschiff“ der NPD: Einkesselt von DemonstrantInnen aus dem Schlossplatz in Münster im April 2013.

in der Region waren, abgesehen von einer Flugblattaktion im Mai 2012 auf dem Wochenmarkt in Greven-Reckenfeld, die der eigenen Selbstdarstellung zufolge den Auftakt zu einer – letztendlich nicht durchgeführten – Kampagne „Islamisierung stoppen – Kein Moscheebau in Greven“ darstellen sollte nicht zu erkennen.

Auch an anderen Aktionen beteiligte sich die Partei im Münsterland nicht. Als am 3. März 2012 über 300 Neonazis aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ und Autonomen Nationalisten begleitet von massiven Protesten durch das Rumphorstviertel in Münster zogen, hielt sich die NPD fern. Die NPD-Kundgebungen mit jeweils nicht mehr als einem Dutzend TeilnehmerInnen, die im Juli 2012 am Bremer Platz und im August 2013 auf dem Schlossplatz in Münster in den Pfeifkonzerten der GegendemonstrantInnen untergingen

zu diesen Anlässen Vertreter der Parteiprominenz wie etwa der damalige NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel oder der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Claus Cremer, nicht aber VertreterInnen aus dem Münsterland.

Die Ursachen für die kontinuierliche Erfolglosigkeit der Partei in Nordrhein-Westfalen und im Kreis Steinfurt wollte Matthias Pohl zunächst in der aus seiner Sicht mangelnden Unterstützung durch den NPD-Bundesvorstand erkannt haben. Dieser habe, lamentierte Pohl in einer Erklärung nach dem desaströsen Landtagswahlergebnis vom Mai 2010, schon seit Jahren den NRW-Landesverband finanziell „im Regen“ stehen lassen. Zudem erging sich der Steinfurter Kreisvorsitzende an gleicher Stelle in massiver Wählerschelte: „Die Bürger haben sich mal wieder von den Wahlversprechen der etablierten

vor einer Moschee am Meßkamp und vor einem linken Infoladen am Nieberding an. Am Vormittag protestieren bereits 250 GegendemonstrantInnen am Meßkamp, drei Stunden später am Nieberding pfeifen 300 Menschen die RechtspopulistInnen aus. MÜNSTER, 13. OKTOBER 2013 Das Schalker Fanprojekt zeigt den Dokumentarfilm „Blut muss

fließen“ vor 250 BesucherInnen. MÜNSTER, 2. NOVEMBER 2013 Unbekannte verteilen hetzerische Flugblätter, die unter den AnwohnerInnen Stimmung gegen die Obdachlosenzeitung „Draußen“ machen sollen. Die Zeitung hat in der Siedlung ein Ladenlokal als Redaktionssitz angemietet. GLADBECK, 11. NOVEMBER 2013 Die rassistische

„Identitäre Bewegung Gladbeck“ hängt ein Transparent mit nationalistischen Slogans an einer Straßenbrücke auf. HERTEN, 27. NOVEMBER 2013 Der Rat der Stadt Herten hat eine Resolution verabschiedet, die sich mit der Situation in der sächsischen Partnerstadt Schneeberg beschäftigt. Dort beteiligten sich bis zu 2.000 Menschen an einem

Politiker blenden lassen. Spätestens in den nächsten Monaten werden sie die Quittung in Form weiterer Steuererhöhungen erhalten!"

Vorstandsrarbeit und Verfahren

Den Niederungen des für die NPD in der Region so unerschwerlichen Alltags versuchten die Pohl-Brüder in den vergangenen Jahren durch ihr Engagement im Landesvorstand der NPD zu entfliehen. Matthias Pohl übernahm hier zeitweise den Posten eines „Schulungsleiters“. Markus Pohl amtierte als stellvertretender Landesvorsitzender und als „Referent für Öffentlichkeit und Presse“. In dieser Funktion war er nicht zuletzt für den Internetauftritt der Partei zuständig, weshalb er sich im Jahr 2010 mit einer Anklage vor dem Amtsgericht Bochum wegen „Volksverhetzung“ aufgrund eines von ihm verlinkten offen rassistischen Beitrags auf der Homepage der schon erwähnten NPD-Kampagne „Ausländerstopp NRW“ konfrontiert sah. Das Verfahren endete mit einer Verurteilung zu vier Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe – im Übrigen nicht das einzige Mal, dass Markus Pohl mit dem Gesetz in Konflikt geriet. Sein Strafrechtregister umfasst Verurteilungen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung. Für die „gröbliche Störung“ der DGB-Veranstaltung in Rheine am 1. Mai 2008 verhängte das Amtsgericht Rheine gegen ihn und seinen Bruder Bußgelder von jeweils 200 Euro.

Dadurch ließen sich die Pohl-Brüder in ihrem Engagement für die „nationale Sache“ jedoch nicht beirren. Als der Landesverband im September 2012 seine Geschäftsstelle von Bochum-Wattenscheid nach Essen-Kray verlegen musste, wurde schon bald bekannt, dass die dortigen Räumlichkeiten von dem Verein *Bürgerbewegung pro Münster e.V.* erworben worden waren, hinter dem wiederum mit Dennis Dormuth, Markus und Matthias Pohl die maßgeblichen Kader der NPD im Münsterland standen. Die Landesgeschäftsstelle besteht fort, der Verein befindet sich nach dem erfolgreichen Kauf mittlerweile im Auflösungsprozess.

Nachdem im September 2014 ein neuer NPD-Landesvorstand gewählt wurde, sind die Pohl-Brüder nicht mehr

im Vorstand vertreten. Ob dieser Rückzug auf parteiinterne Differenzen zurückzuführen ist oder auf die eingangs zitierten offenkundig tiefgreifenden Frustrationen unter den „Nationaldemokraten“ im Münsterland, ist schwer einzuschätzen.

Schon wieder vor dem Ende?

So einfach ist es nicht...

Gleichwohl wäre es voreilig, den hier skizzierten Niedergang der NPD als lang ersehnten Nachruf auf eine rassistische und demokratiefeindliche Partei zu lesen, die sowohl an ihrem eigenen Dilettantismus als auch am zivilgesellschaftlichen Widerstand in der Region gescheitert ist. Im November 2014 feierte die NPD ihr 50-jähriges Bestehen. Sie ist somit die älteste rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik. Immer wieder wurde im Laufe der Jahrzehnte ihr vermeintliches Ende prophezeit, immer wieder ist es ihr jedoch gelungen ihre Strukturen zu konsolidieren und wie etwa im Münsterland allen parteiinternen Krisen zum Trotz gleichsam zu „überwintern“. Und ein weiterer Aspekt sollte nicht aus dem Blick geraten: Das Auftreten der NPD, zumal im Regierungsbezirk Münster, mag vielfach skurril, bisweilen sogar unfreiwillig komisch erscheinen. Für diejenigen, die in der völkischen Weltanschauung der Partei jedoch zu „Feindbildern“ erklärt werden, stellen deren Parolen eine permanente Verunsicherung und Bedrohung dar – auch hier in der Region.

NPD-Fackelmarsch gegen ein AsylbewerberInnenheim. Die Hertener Politiker wollen ein Zeichen „gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“ setzen. DÜLMEN, 29. DEZEMBER 2013 In einer Kneipe in Dülmen versammeln sich 40 Neonazis und rechtsgerichtete Jugendliche, auf der Straße grölen sie rechte Parolen. Die Polizei

schreitet ein und spricht Platzverweise aus. Zwei Personen werden in Gewahrsam genommen. STEINFURT-BORGHORST, 7. JANUAR 2014 Zum dritten Mal innerhalb von vier Wochen wird eine erst Mitte Dezember 2013 von der „Initiative Stolpersteine“ aufgestellte Tafel, die an die Deportation jüdischer BürgerInnen ins Ghetto von Riga erin-

net, beschmiert, berichtet die Münstersche Zeitung. GLADBECK, 14. JANUAR 2014 Die rassistische Gruppe „Identitäre Bewegung Gladbeck“ klebt in der Nacht großformatige Plakate mit nationalistischen Slogans an die Scheiben leerstehender Geschäfte in der Innenstadt. MÜNSTER, 15. JANUAR 2014 In Räumen der Fachhochschule

„Von den ‚Autonomen Nationalisten‘ zur Partei ‚Die Rechte‘“

Die Kameradschaftsszene



Selbstbild und Realität: Neonazis ins Emsdetten.

Der dynamischste Teil des Neonazismus sind die auch unter Bezeichnungen wie „Freie Kräfte“ oder „Autonome Nationalisten“ auftretenden „Freien Kameradschaften“; kleinere, meist lokal oder regional tätige Gruppen von Neonazis, die zum Teil Aktivitäten im beachtlichen Umfang organisieren und dabei immer wieder durch Gewalttaten in Erscheinung treten. Sie üben insbesondere auf rechte Jugendliche und junge Erwachsene eine große Anziehungskraft aus. Im Regierungsbezirk Münster treten solche Neonazi-Kameradschaften schwerpunktmäßig in den Kreisen Recklinghausen und Warendorf auf, wo eine räumliche Nähe zu Dortmund und Hamm, zwei „Hochburgen“ der Szene, gegeben ist. Waren die „Freien Kameradschaften“ Mitte der 1990er Jahre als Reaktion auf staatliche Verbote von neonazistischen Vereinen und Gruppen wie der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP) gegründet worden, befindet sich die Szene seit den Verboten von vier wichtigen nordrhein-westfälischen Kameradschaften im Jahr 2012 erneut im Umbruch.

Entstehungsgeschichte der Kameradschaften

Anfang der 1990er Jahre eskalierte die rassistische Gewalt im wiedervereinigten Deutschland in zahlreichen Übergriffen und Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Wohnungen von MigrantInnen. Über Tage entlud sich die Gewalt im September 1991 in Hoyerswerda und im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen in pogromartigen Ausschreitungen, auch in NRW kam es zu heute (fast) ver-

gessenen Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, etwa in Münster, Hagen oder Essen. In den Folgejahren bis 1995 wurden einige der damals einflussreichsten Neonazi-Organisationen verboten. Die Führungskader der Szene propagierten fortan einen Strategiewechsel: statt neue Vereine zu gründen oder sich in parteiähnlichen Gruppen zu sammeln, sollten lose strukturierte, voneinander unabhängig organisierte Gruppen gebildet werden, um staatliche Repressionsmaßnahmen zu erschweren. Als Vorbilder dienten Organisationsformen der autonomen Linken oder der Bürgerinitiativen-Bewegung. Die ersten „Kameradschaften“ waren bereits in den 1980er Jahren gegründet worden, nach den Organisationsverboten nahm deren Zahl aber stark zu. In Recklinghausen beispielsweise trat der vormalige Kreisverband der verbotenen *FAP* fortan als *Kameradschaft Recklinghausen* auf. Zu einem zentralen Aktionsfeld der Kameradschaften nicht nur in Nordrhein-Westfalen entwickelten sich Demonstrationen und Kundgebungen, die seit dem Ende der 1990er Jahre nahezu an jedem Wochenende irgendwo im Bundesgebiet organisiert werden. Ab 2004 koordinierte das von „Führungsaktivisten aus Dortmund, Köln, Hamm und Wuppertal“ geschaffene *Aktionsbüro Westdeutschland* (AB-West) diese Aufmärsche. Die Neonazi-Szene professionalisierte die Bewerbung und Durchführung ihrer Aktionen und schuf 2005 mit dem „Nationalen Antikriegstag“ in Dortmund eine Kampagne mit jährlichen Großdemonstrationen und zahlreichen kleineren Aktionen. Ähnliche Kampagnen in anderen Städten sollten folgen. Zu den Mitgliedern des AB-West zählte auch die 2003 gegründete *Kameradschaft Hamm*, die ab 2005 letztlich erfolglos versuchte, ihren Einflussbereich in das angrenzende Münsterland auszuweiten. So schlossen sich dem zeitweise existierenden *Kameradschaftlichen Bündnis Hamm* der *Nationale Widerstand Warendorf* und die *Kameradschaft Oelde* an. Ein Aufmarschversuch im Februar 2006 in Münster misslang, da hunderte AntifaschistInnen die Marschrouten durch das

und Universität Münster sowie in einigen Döner-Imbissen tauchen Graffitis auf, die für den Internetblog „Politically Incorrect“ Werbung machen. GELSENKIRCHEN, 15. FEBRUAR 2014 Nachdem am 8. Februar eine Gruppe Schläger eine erst wenige Tage zuvor zugezogene rumänische Familie auf dem Schalaker Markt bedroht hatte und

der Vater geschlagen worden war, kommen 70 Menschen zu einer vom „Gelsenzentrum“ initiierten antirassistischen Kundgebung zusammen. Auch die IG Metall und die Schalaker Fan-Initiative beteiligen sich. GELSENKIRCHEN, 5. MAI 2014 Die NPD hält mit ihrem „Flaggschiff“, einem mit Wahlwerbung beklebten LKW, zu einer kurzen

Kundgebung in Gelsenkirchen, bei der mehrere Redebeiträge gehalten werden. Die Kundgebung war von der NPD nicht öffentlich beworben worden. GELSENKIRCHEN, 10. MAI 2014 18 „Pro NRW“-WahlkämpferInnen führen eine Kundgebung unter dem zynischen Titel „Lichterketten gegen Armutszuwanderung, Asylmissbrauch und Über-

Hansaviertel blockierten. Wenige Monate später wurde ein zweiter Neonazi-Aufmarsch durch Münster-Hiltrup durchgeführt, weitergehende Ambitionen entwickelte die Neonazi-Szene in Münster aber nicht mehr. Erst Ende 2009 trat mit den *Nationalen Sozialisten Münster* wieder eine eigenständige Neonazi-Kameradschaft in der Stadt auf.

„Autonome Nationalisten“

Ab dem Jahr 2003 verbreitete sich ein neues Phänomen in der Neonazi-Szene, zuerst nur in einzelnen Städten, dann flächendeckend: die selbst ernannten „Autonomen Nationalisten“ (AN). Ihr politischer Stil, vor allem aber ihre Kleidung waren für viele Neonazis eine Provokation, bedienten sich die AN doch im Repertoire verschiedenster Jugendkulturen und eigneten sich zudem die Symbolik des politischen Gegners an. Die AN bildeten bei Demonstrationen „schwarze Blöcke“, nutzten exzessiv englische Slogans, entwendeten das Antifa-Logo und machten es, versehen mit einer neuen Parole, zu ihrem Erkennungszeichen. Neonazistische KritikerInnen empfanden dies als Abkehr von den Überzeugungen des Nationalsozialismus. Den neuen, weniger restriktiven Kleidungsstil mit seinen Anleihen an die Hiphop- und Hardcore-Szene, die Fußballultras und Antifa-Gruppen werteten sie als „Anpassung an den Zeitgeist“. Trotz dieser Kritik wurden die „Autonomen Nationalisten“ stilprägend auch für die zuvor eher „traditionell“, das heißt vielfach im Stile der Skinheads, auftretenden Kameradschaften. Sie predigten einen „Do-it-yourself“-Aktivismus und forderten: „Werde aktiv in deiner Stadt“. In der Folge entstanden vielerorts neue, teilweise nur kurze Zeit bestehende Neonazi-Gruppen, die nicht nur unter dem Label „Autonome Nationalisten“, sondern auch als „Nationaler Widerstand“ oder „Aktionsgruppe“ firmierten. Eine dieser Gruppen existierte von 2006 bis 2012 in Ahlen. Die *Autonomen Nationalisten Ahlen* werden für zahlreiche Propagandadelikte, Sachbeschädigungen, Gewalttätigkeiten und Drohungen verantwortlich gemacht. Sie erhoben den Kampf um die Vorherrschaft auf der Straße zu ihrem primären Ziel, in Kooperation mit der *Kameradschaft Hamm* wurden aber auch Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Als ihre beiden Anführer sich 2009 wegen zahlreicher Delikte, unter anderem schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch und Verstoßes gegen das Waffengesetz, vor Gericht

verantworten müssen, zogen 60 Neonazis in einer Spontandemo durch die Stadt. Bei dieser und anderen Aktionen konnten die *Autonomen Nationalisten Ahlen* auf die Unterstützung aus der Region zählen, denn ebenso wie die anderen Neonazi-Gruppen agierten sie nicht isoliert, sondern waren gut vernetzt.

Die Modernisierung des Erscheinungsbildes durch die „Autonomen Nationalisten“ bedeutet nicht, dass sich die Inhalte der Neonazis grundlegend verändert hätten. Die Verherrlichung des Nationalsozialismus bleibt ebenso zentral wie der offene Rassismus und Antisemitismus. Zwei Beispiele aus Ahlen verdeutlichen dies: Im Mai 2009 gedachten die Autonomen Nationalisten unter dem Motto „8. Mai – Wir feiern nicht“ vor dem Kriegerdenkmal auf dem Marktplatz den „gefallenen deutschen Helden“. Im Februar 2010 zogen dann rund 30 verummte Neonazis, ausgestattet mit Fackeln und einer Hakenkreuzfahne, am Ahlemer Stadtrand entlang. Auf einem Videomitschnitt sieht man, wie sie „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen. SA marschiert...“ singen, die bekannte Hymne der *NSDAP*. Mit der Aktion habe man dem SA-Mann Horst Wessel gedenken wollen, hieß es im Anschluss von den Neonazis.

„Gerade in einer Zeit, wo Aktionsformen und optisches Erscheinungsbild innerhalb der Bewegung im ständigen, meist positiven Wandel sind, ist es umso wichtiger, zu verdeutlichen, dass unsere Weltanschauung die Gleiche bleibt, die einst in Büchern und Programmen niedergeschrieben wurde und als Grundlage des Nationalen Sozialismus gilt. Unsere Positionen sind keine Auslegungssache“, hieß es Ende 2008 in einer Stellungnahme. Die AutorInnen wandten sich gegen diejenigen Szeneangehörigen, die das „Spiel“ mit den entwendeten popkulturellen Symbolen in ihren Augen zu weit trieben und deren Verhalten nicht mit dem Bild des „politischen Soldaten“ zu vereinbaren war.

Verfasst hatten das Papier Neonazis aus den Reihen der *Aktionsgruppe Ruhr-Mitte* (AGRM), eines Zusammenschlusses von Gruppen der „Autonomen Nationalisten“ aus Marl, Recklinghausen, Gladbeck, Haltern, Bochum, Gelsenkirchen und Essen. Er wurde 2007 zu einem Zeitpunkt gegründet, als das *AB West* keine Aktivitäten mehr entfaltet und somit eine Koordinierungsinstanz fehlte.

fremdung“ in Sichtweise des Buerer Rathauses durch und machen Werbung zur Kommunalwahl. Nach Angaben von Der Westen halten 80 Protestierende mit Musik und Sprechchören dagegen. MÜNSTER, 10. MAI 2014 Eine Gruppe AntifaschistInnen protestiert gegen einen Infostand der „Alternative für Deutschland“. Sie wird nach eige-

nen Angaben von Ordnern angegangen und bedroht. Einige der Ordner sind mit einem Neonazi aus den Reihen der „Nationalen Sozialisten Münster“ bekannt, der per Handschlag begrüßt wird. GELSENKIRCHEN, 12. MAI 2014 Der Westen meldet, dass der örtliche „Pro NRW“-Vorsitzende Kevin Gareth Hauer „von seiner Vergangenheit ein-

geholt“ wird: in den sozialen Netzwerken kursieren Fotos, die ihn mit einem Hitlerbild und beim Zeigen des Hitlergrüßes zeigen. DORSTEN, 15. MAI 2014 Zwei türkeistämmige Dorstener wollen sich in einem neugegründeten Fitnessstudio anmelden, werden aber mit der Begründung abgewiesen, dass „intensives Hanteltraining in Grup-

Ein deutlicher Anstieg der Neonazi-Aktivitäten vor allem in Gelsenkirchen und im Kreis Recklinghausen war die Folge. Neben Demonstrationen, der Verbreitung von Propaganda, Sachbeschädigungen und Gewalttaten initiierte die *AGRM* kleinere „Kampagnen“, die sich gegen das Kommunalwahlrecht von AusländerInnen sowie – unter dem Namen „Antikommunismus“-Kampagne – gegen linke Parteien richteten. Mehrfach thematisierten die Neonazis sexuellen Missbrauch an Kindern und bedrohten mutmaßliche SexualstraftäterInnen in ihrem Wohnumfeld. Die größte Demonstration der *AGRM* fand 2009 in Recklinghausen statt, als rund 500 Neonazis unter dem Motto „Für ein Recht auf Zukunft – Arbeit, Freiheit, Brot durch nationalen Sozialismus“ durch die Straßen zogen. Im folgenden Jahr löste sich die Aktionsgruppe auf. Neonazis aus Marl, Recklinghausen, Gladbeck und Haltern betätigen sich aber weiterhin. Einige von ihnen gründeten den *Kameradschaftsdienst*, eine Sanitätsgruppe, die bis heute bei Aufmärschen und Festivals der Szene tätig ist. Im Dunstkreis der *AGRM* traten ab 2010 die *Nationalen Sozialisten Olfen* und der *Nationale Widerstand Nordkirchen Südkirchen Capelle* auf. Sie haben ihre Aktivitäten mittlerweile eingestellt. Das *Freie Netz Recklinghausen* beschränkt sich zurzeit vor allem auf den Betrieb einer Internetseite.

Mit Unterstützung der *Kameradschaft Hamm* gründeten sich 2009 die *Nationalen Sozialisten Münster*, deren Mitglieder auch aus dem Kreis Steinfurt und dem Kreis Warendorf stammten. Mit der Unterstützung der Hammer Neonazis organisierten sie einen kampagnenartig aufgezogenen Aufmarsch am 3. März 2012, an dem sich über 300 Neonazis beteiligten. Obwohl die Neonazis durch den Stadtteil Rumphorst laufen konnten, entwickelte die Aktion keine Schubkraft für die regionale Szene. Vielmehr setzte im Anschluss der Niedergang der Gruppe ein, die sich zuerst in *Netzwerk Münsterland* umbenannte und sich nach den Verboten des *Nationalen Widerstands Dortmund*, der *Kameradschaft Hamm* und der *Kameradschaft Aachener Land* im August 2012, im Zuge dessen die Polizei auch Wohnungen von vier Mitgliedern in Münster und Ahlen durchsuchte, offiziell auflöste. Ein Teil der AktivistInnen ist weiterhin in der Szene aktiv, vor allem im Umfeld der Partei *Die Rechte*. Ein ehemaliger Aktivist betreibt in Warendorf ein kleines Tattoo-Studio, ein an-

derer bietet Grafik-Dienstleistungen für neonazistische Musiklabels und Kleidungsmarken an. In Emsdetten und Rheine trat 2012 und 2013 eine Neonazi-Kameradschaft in Erscheinung, die sich um ein ehemaliges Mitglied der *Nationalen Sozialisten Münster* gruppierte. Auch dort haben die Aktivitäten aber wieder nachgelassen.

Die Rechte: Sammelbecken verbotener Kameradschaften

Wenige Wochen nach dem Verbot der *Kameradschaft Hamm* und des *Nationalen Widerstands Dortmund* gründete sich im September 2012 der NRW-Landesverband der Partei *Die Rechte*, der sich zum Sammelbecken für die Mitglieder der wenige Wochen zuvor verbotenen Kameradschaften entwickelte. Die ehemaligen Anführer der Kameradschaften dominieren den Landesvorstand und bestimmen über die politische Linie der Partei. *Die Rechte* bietet den Neonazis durch den vorläufig geltenden Parteienstatus eine geschützte Organisationsform, die ihnen die Fortführung ihrer Aktivitäten und die Aufrechterhaltung ihres organisatorischen Zusammenhalts erlaubt. Die Beteiligung am parlamentarischen Geschehen ist dagegen nachrangig, gleichwohl sitzen seit den Kommunalwahlen je ein Vertreter von *Die Rechte* in den Stadträten von Dortmund und Hamm. Die Neustrukturierung der Szenen in Hamm und Dortmund blieb nicht ohne Wirkung auf die Kameradschaften im Regierungsbezirk Münster. Die *Autonomen Nationalisten Ahlen* lösten sich zugunsten von *Die Rechte* auf, zwei ehemalige AktivistInnen sitzen nun als Beisitzer im Vorstand des Kreisverbandes Hamm. Ein im Oktober 2012 gegründeter „Bezirksverband Münsterland“ von *Die Rechte* konnte sich nicht konsolidieren und existiert nicht mehr. Dafür wurde ausgerechnet am 9. November 2014 – dem Jahrestag der Reichspogromnacht – die Gründung eines Kreisverbandes Recklinghausen bekannt gegeben.

Zwar konnten die Organisationsverbote durch die Gründung von *Die Rechte* unterlaufen werden, trotzdem sind in den letzten Jahren die Neonazi-Aktivitäten und die Anzahl an Kameradschaften sowie deren Organisationsgrad im Regierungsbezirk Münster zurückgegangen. Mit Neugründungen von Neonazi-Kameradschaften ist aber jederzeit wieder zu rechnen.

pen“ nicht zum Konzept des Studios passe. Die Dorstener Zeitung macht den Fall publik, auf den Vorwurf des Rassismus von den Betroffenen und weiteren migrantischen SportlerInnen reagiert das Unternehmen trotz wiederholter Nachfragen nicht. GELSENKIRCHEN, 15. MAI 2014 Unbekannte besprühen die Synagoge an der Georgstra-

ße in der Altstadt mit Hakenkreuzen, teilt die Polizei mit. KREIS RECKLINGHAUSEN, 25. MAI 2014 „Pro NEW“ zieht mit drei VertreterInnen in Fraktionsstärke in den Gelsenkirchener Stadtrat ein. Die rechtspopulistische „Unabhängige Bürgerpartei“ (UBP) zieht in alle Stadträte des Kreises sowie den Kreistag mit bis zu drei VertreterInnen

ein. Im Nachgang der Wahl entwickelt sich ein Streit um vermeintliche Absprachen um Stimmen zwischen Kreis-CDU und der UBP, die zu einer Verdopplung der Sitze im Ruhrparlament führen. RHEDE, 25. MAI 2014 Der Rohbau des Rheder Asylbewerberheims ist nach Angaben der Amadeu Antonio Stiftung mit Hakenkreuzen und SS-Runen

Dynamische Szenen

Neonazis, Jugendkulturen und die „Mitte der Gesellschaft“



Rechte Schmierereien: Alltag in der Region.

„Das Nachbardorf, das war doch schon immer so ein braunes Nest!“ – „Eine Szene gibt’s hier nicht. An der Bushaltestelle, da treffen sich immer so ein paar Jungs, die sind wohl rechts, aber die machen nichts weiter...“ – „Nazis sind ja jetzt auch im Internet, da nutzen die Facebook um Jugendliche zu ködern!“

MitarbeiterInnen der Mobilen Beratungsteams hören solche Aussagen häufig in Beratungsgesprächen oder bei In-foveranstaltungen. Sie sind Ausdruck einer Unsicherheit gegenüber extrem rechten oder rassistischen Äußerungen, Haltungen und Handlungen, die nur diffus zu Tage treten – und deren ProtagonistInnen nicht zur Neonaziszene gehören oder nicht als solche vermutet werden. Die folgenden Beobachtungen und Darstellungen beruhen auf den Erfahrungen der letzten sechs Jahre Mobile Beratung im Regierungsbezirk und dem, was uns aus der Region von BürgerInnen und KooperationspartnerInnen berichtet wird. Die Beispiele bleiben nicht zuletzt aus Datenschutzgründen häufig unbestimmt, basieren aber auf belegbaren Fakten und Vorfällen.

Fließende Übergänge nach rechtsaußen

Innerhalb unterschiedlichster (Jugend-)Subkulturen gibt es anschlussfähige Formen der Selbstdarstellung oder Anlässe für extrem rechte Themen. So sind auch in der Region Jugendliche und junge Erwachsene mit „rechtem“ Gedankengut in Subkulturen aktiv, die sich eigentlich als

„unpolitisch“ verstehen, so etwa innerhalb der Gabber/Hardstyle-Szene (besonders schnelle Formen elektronischer Musik), unter Mittelalterfans und RollenspielerInnen oder bei Fußballfans und Hooligans. Sie vertreten auch in der rechten Szene übliche Positionen, etwa zum Umgang mit Sexualstraftätern und Flüchtlingen, verlinken in ihren Profilen in sozialen Netzwerken entsprechende Fotos und Kampagnen, verweisen auf germanische Mythen oder beteiligen sich an rassistisch geprägten Diskussionen auf „Stammtischniveau“. Die gewalttätigen Ausschreitungen während der Demonstration der *Hooligans gegen Salafisten* in Köln im Oktober 2014 zeigen die Dynamik, die ein kampagnenfähiges und in bestimmten Kreisen anschlussfähiges, extrem rechts instrumentalisiertes Thema entwickeln kann. Die wenigsten AnhängerInnen solcher Subkulturen sind Mitglieder von Parteien oder Kameradschaften. Gerade durch vorpolitische Zugänge wie Konzerte, Sportveranstaltungen oder gemeinsames Musikhören werden sie aber politisiert und lernen Argumentationsweisen und Themen, Schlagwörter und Codes der Szene kennen.

Jugendkulturen sind zudem dynamisch und lassen sich nie klar gegeneinander abgrenzen, zumal in kleinen Städten und Dörfern. Hier sind die Grenzen fließend, die Jugendlichen kennen sich teils seit Jahren und wechseln selbstverständlich ihre Selbstinszenierungen. Auch extrem rechte Szenen sind geprägt durch eine hohe Fluktuation und unterschiedliche Grade der Beteiligung der Szeneangehörigen. Der organisierte Neonazismus stellt dabei sicherlich den „harten Kern“ dar, dessen Kader und AktivistInnen prägen die politischen Diskussionen und den Lifestyle. Um sie herum gruppieren sich konzentrische Kreise, denen SzenegängerInnen, anpolitisierte und rechtsoffene Jugendliche zuzuordnen sind. Die Übergänge sind fließend. Auch das Engagement für und in diesen Szenen kann sich unterschiedlich intensiv gestalten. Phasen starker Integration und fieberhafter szeneerinter-

beschmiert worden. Die Polizei Borken hat den Fall an den Staatsschutz in Münster abgegeben. MÜNSTER, 30. MAI 2014 Rund 50 Personen aus den Reihen der SPD, Grünen und Piraten sowie parteiunabhängige AntifaschistInnen versammelten sich zu einem Fototermin vor dem Rathaus. Sie senden einen Solidaritätsgruß nach Dortmund, wo

Neonazis aus der Partei „Die Rechte“ am Wahlabend des 25. Mai vor dem Rathaus LokalpolitikerInnen angegriffen hatten. RHEDE, 12. JUNI 2014 Laut Kreispolizeibehörde Borken haben unbekannte Täter im Umfeld der Friedenschauptschule eine Bushaltestelle mit Hakenkreuzen und den Worten „Sieg Heil“ besprüht, der Staatsschutz hat

die Ermittlungen aufgenommen. RECKLINGHAUSEN, 14. JUNI 2014 Die islamfeindliche „Bürgerbewegung Pax Europa“ wählt den ehemaligen Vorsitzenden der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ in Recklinghausen zum Bundesvorsitzenden. Auch der Dülmener Marco Hasse wird in den Vorstand berufen. MÜNSTER, 22. JUNI 2014

ner Aktivitäten können Distanzierungs- und Umorientierungsprozesse folgen. Die unterschiedlich stark eingebundenen Teile der Szene werden dabei bewusst vom organisierten Spektrum der Neonazis instrumentalisiert. Nicht selten verstehen sich deren AkteurInnen aber auch als „rechts“ oder „national“, ohne selbst einer neonazistischen Gruppe beizutreten.

Politik der „Unpolitischen“

Eine besondere Rolle in der Schnittstelle zwischen organisierter Neonaziszene und subkulturell geprägten (jungen) Menschen, die offen sind für einen „rechten Lifestyle“, spielen Veranstaltungen, die nicht in erster Linie eine politische Stoßrichtung haben. Dazu gehören etwa Konzerte von rechten oder rechtsoffenen Bands. Auch in der Region gab es in den letzten Jahren immer wieder Auftritte von einschlägiger Gruppen. Ein Konzert der extrem rechten Band *Angry Boot Boys*, das für Juli 2011 in Borken im Rahmen der „1. Rock und Krach-Nacht“ angekündigt war, wurde nach Hinweisen aus antifaschistischen Recherchegruppen vom Veranstalter abgesagt. Die Band hatte versucht unter einem Tarnnamen aufzutreten. Ein anderes Beispiel ist die in der extremen Rechten beliebte Hooliganband *Kategorie C*. Schon 2009 wollte sie ein Konzert in einer ehemaligen Großraumdiskothek in Haltern am See durchführen, das letztlich wegen Brandschutzauflagen untersagt wurde. Am Abend des Konzertes kamen aufgrund der kurzfristigen Absage am Bahnhof der Kleinstadt zahlreiche Skinheads und Hooligans an, die sich auf den Weg zum Konzert machen wollten und von der Polizei begleitet die Stadt verlassen mussten. Unauffälliger verlief im September 2014 ein Konzert in der „Mietgaststätte“ in Marl-Mitte, wo *Kategorie C* im kleinen Kreis auftrat – offenbar organisiert von befreundeten rechten Skinheads vor Ort.

Die Band steht beispielhaft für eine Strategie, sich durch eine behauptete Distanz zur Politik neue Zugänge und Zielgruppen zu schaffen und sich gleichzeitig gegen Kritik abzuschotten. „Fußball ist Fußball. Und Politik heißt Politik“ heißt es in einem der bekanntesten Songs der Band. Dieser Vorwand hindert *Kategorie C* aber nicht daran, rassistische Songtexte zu produzieren, Kontakt in die Neonazi-Szene zu halten und im Ausland regelmäßig bei Konzerten des in Deutschland verbotenen Neonazi-Netz-

werks *Blood and Honour* aufzutreten.

Solche Konzerte mit offen extrem rechten Bands, die nicht nur von organisierten Neonazis, sondern auch von Angehörigen subkulturell-rechter Szene besucht werden, finden allerdings nicht mehr besonders häufig statt. Der Aufwand, diese Konzerte unbemerkt von der Polizei und der kritischen Zivilgesellschaft zu veranstalten, ist mittlerweile ziemlich hoch. Auch Neonazi-Parteien wie *Die Rechte* organisieren eher kleinere „Liedermacherabende“.

Ein häufigeres Problem sind Auftritte von Bands, die selbst nicht der extremen Rechten zuzuordnen sind, deren Konzerte aber von Neonazis und subkulturell orientierten Rechten besucht werden. Dies sind Bands, aktuell vor allem aus dem sich selbst als „Deutschrock“ bezeichnenden Genre, die in ihrer Musik einzelne auch für Neonazis attraktive Inhalte ansprechen und eine unzweideutige Abgrenzung nach Rechtsaußen vermissen lassen.

Einige von ihnen veröffentlichen ihre Platten bei den gleichen Verlagen wie Neonazibands, bezeichnen die britische Rechtsrocklegende *Screwdriver* und andere prägende Szenegrößen als ihre Vorbilder. So verschwimmen auf diese Weise unverkennbar die Trennlinien nach Rechtsaußen. Extrem rechte Deutungsmuster werden über die Musik transportiert und damit in den jeweiligen Szenen gesellschaftsfähig und attraktiv.

Dass Rechtsrock und die damit vermittelte menschenfeindliche Weltsicht eine Anziehungskraft besitzen, die weit über das neonazistische Spektrum hinausreicht, zeigen zudem die Erfahrungen vieler LehrerInnen, die bei Klassenfahrten oder Stufenpartys mit Musik von extrem rechten Bands wie *Landser* (die im Jahr 2003 als kriminelle Vereinigung verboten wurde), den *Zillertaler Türkenjägern* oder ähnlichen Gruppen konfrontiert sind. Die Jugendlichen, die textsicher und sich der Inhalte bewusst sind, werten diese in der Regel als „Witz“ oder nutzen sie gezielt als Provokation.

Facebook und Twitter als erweiterte Stammtische

Ähnliche Beobachtungen lassen sich in Bezug auf die in sozialen Netzwerken wie Facebook verbreiteten rassistischen Einlassungen nicht nur junger Menschen aus dem

Während des WM-Spiels Deutschland gegen Ghana protestieren Unbekannte gegen die Ermittlungen der Behörden im NSU-Komplex durch ein am „Kreativkai“ des Hafens angebrachtes Transparent mit der Aufschrift „NSU: Staat und Nazis Hand in Hand“. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob der Straftatbestand „Verunglimpfung des Staates und sei-

ner Symbole“ erfüllt ist. GELSENKIRCHEN, 14. JULI 2014 An der Synagoge in der Georgstraße wird mit einem Gullydeckel eine Scheibe eingeworfen. Es entsteht ein Schaden von rund 6000 Euro. In der Stadt entwickelt sich eine Welle der Solidarität, viele BürgerInnen und Vereine spenden der Synagogengemeinde Geld. MARL, 16. JULI 2014

In Marl wird ein türkisches Restaurant verwüstet. Die unbekannt TäterInnen hinterlassen Hakenkreuze und die Parole „Go home“. Nach Angaben des WDR waren die Fassaden des Restaurants bereits mehrfach mit rassistischen Sprüchen und Hakenkreuzen verunstaltet worden. NEUENKIRCHEN, 30. JULI 2014 Ein 17-jähriger wird im

Regierungsbezirk machen. Die aktuellen technischen Möglichkeiten erlauben es, in der Vergangenheit eher in kleinen Gruppen und „unter der Hand“ vermittelte Botschaften in viel kürzerer Zeit und mit größerer Reichweite zu verbreiten. In öffentlich zugänglichen Gruppen und Diskussionsforen werden dann etwa unter dem Titel „Stolz ist kein Rassismus“ oder „Mein Humor ist so schwarz, der geht gleich Baumwolle pflücken“ sexistische, homophobe, antisemitische und rassistische „Witze“ massenhaft verlinkt. Internetplattformen wie Facebook, Twitter oder Instagram wirken so als „technische Erweiterung“ der Stammtische und Schulhöfe.

Schwer(er) fassbar sind des Weiteren die im gesamten Regierungsbezirk immer wieder auftretenden Schmierereien mit Bezug zum Nationalsozialismus, etwa das Aufmalen von Hakenkreuzen oder die Nutzung der Doppelsigrune (Abzeichen der SS), etwa in der an Wände gesprühten Selbstbezeichnung von Gruppen (z.B. PsychoSS). Ob hinter solchen Aktivitäten tatsächlich rechtsoffene oder in der Szene verankerte Jugendliche stehen, ist nicht immer zu klären. Es wird aber offensichtlich, dass die Nutzung bestimmter Codes mit NS-Bezug eine Attraktivität für Jugendliche und junge Erwachsene hat.

Die Feststellung, dass die Themen und Parolen der rechten Szene sich sehr schnell für ressentimentgeladene Haltungen in der „Mitte der Gesellschaft“ als anschlussfähig erweisen können, illustrieren exemplarisch die Geschehnisse in Gelsenkirchen im Juli 2013. Zwei Männer hatten dort die drei und zehnjährigen Kinder einer Freundin in ihre Wohnung gelassen, um ihnen den eisverschmierten Mund abzuwischen. NachbarInnen, die die Situation beobachteten, verbreiteten das Gerücht eines sexuellen Übergriffs. Obgleich die Polizei die Verdächtigungen umgehend öffentlich als unzutreffend dementierte, entwickelte sich in der Folge eine nicht mehr zu bremsende Dynamik, in der erregte AnwohnerInnen gemeinsam mit rechtsgerichteten jungen Leuten und organisierten Neonazis aus der Region vor das Wohnhaus der Männer zogen. Dabei flogen Eier, ein Fenster ging zu Bruch und die Fassade wurde beschmiert. In den Tagen nach dem Vorfall versammelten sich erneut bis zu 150 Personenvor dem Haus. Die Polizei musste einschreiten.

In Facebook-Gruppen hatten AnwohnerInnen, aber auch Neonazis zu „Protesten“ aufgerufen – Aufrufe zu Gewalt bis hin zu Forderungen nach Selbstjustiz wurden dabei vor allem von nicht in der Neonaziszene organisierten Menschen erhoben.

Die hitzigen Debatten um den Umgang mit Sexualstraftätern zeigen auf, welches Instrumentalisierungs- und Mobilisierungspotential gesellschaftlich hochemotional diskutierte und an die Ideologie der Szene anknüpfbare Themen für die extreme Rechte haben. Dies machen auch die Äußerungen in einer vor allem von Mitgliedern aus dem nördlichen Ruhrgebiet besetzten Facebook-Gruppe mit dem Titel „Gegen Kinderschänder und Pädophile Dreckschweine“ deutlich. In dieser wurde vermehrt zu Demonstrationen in der Region aufgerufen. Der Gruppenadministrator hat unter anderem die NPD-Gruppe „Todesstrafe für Kinderschänder“ in seinem Profil verlinkt und gibt an, „Zweiter Weltkrieg“ an einem Berufskolleg studiert zu haben.

Rechter Lifestyle als Verkaufsschlager

Im Jahr 2011 wurden durch gezielte Hacks NutzerInnen-daten von Versandhandeln öffentlich, die in der extremen Rechten beliebte Modemarken, Musik und andere Produkte wie Aufkleber und Fahnen vertreiben. Bei der Analyse der Daten wird deutlich, dass sich auch in Städten und Regionen, die nicht als Schwerpunkte extrem rechter Szenen gelten können, zahlreiche AbnehmerInnen für solche Lifestyle-Produkte finden – im Regierungsbezirk Münster sind die Orte breit gestreut. Immer wieder fallen bei Stadtfesten, Fußballübertragungen im Freien oder der örtlichen Kirmes Personen auf, die einschlägige Pulloveraufschriften oder Tätowierungen sowie Kleidung von Szenemarken tragen, bei organisierten extrem rechten Veranstaltungen in der Regel jedoch nicht anzutreffen sind. Diese Personen und ihr meist unterschwellig geäußertes rechtes Gedankengut sind aber auch als KlientInnen von Beratungseinrichtung, als Eltern in Schulen und Kitas oder als KollegInnen im Betrieb eine Herausforderung für die Betroffenen. Der Umgang mit rechtem Gedankengut ist auf dieser Ebene ungleich schwerer als bei Demonstrationen oder ähnlichen Anlässen, wo eine Abgrenzung gegenüber „den Nazis“ einfach ist.

Stadtkern in der Nähe der St. Anna-Kirche aus einem Wohnhaus heraus zuerst mit einer Bierflasche beworfen und rassistisch beleidigt, dann von zwei Tätern auf der Straße verprügelt. Nach einem Bericht der Münsterländischen Volkszeitung erleidet der Schüler einen Handbruch, Prellungen und Schürfwunden. Das Polizeipräsidium Münster hat

die Ermittlungen aufgenommen. GELSENKIRCHEN, 4. AUGUST 2014 In unmittelbarer Nähe des ehemaligen Stadions des FC Schalke 04, der Glückauf-Kampfbahn, haben Unbekannte nach einem Bericht von Der Westen eine Wand mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen beschmiert. Der Staatsschutz ermittelt wegen „Verwendung von

verfassungswidrigen Symbolen“ und „Volksverhetzung“. RECKLINGHAUSEN/HERTEN, 9. AUGUST 2014 Nach eigenen Angaben treffen sich über 30 AktivistInnen der „Identitären Bewegung Westfalen“ in Recklinghausen, um über Theorie und Praxis der Arbeit zu sprechen. Bestandteil des Treffens ist eine Wanderung zur Halde Hoheward

Zwischen Straße und Studierstube „Neue Rechte“ und „Identitäre Bewegung“



Kein Ausdruck einer Jugendbewegung: Selbstinszenierung der „Identitären“ in Recklinghausen

Die AkteurInnen der extremen Rechten bedienen nicht immer das verbreitete, aber schiefe Bild des „stumpfen Neonazi-Schlägers“. Besonders in alten Universitätsstädten wie Münster sind Zirkel von „Rechtsintellektuellen“ tätig, die jede Verbindung zum Milieu des militanten Neonazismus vordergründig von sich weisen. Statt Gewalt und Aktionismus auf der Straße versuchen sie mit subtileren Mitteln das öffentliche Meinungsspektrum zu beeinflussen. Die AkteurInnen der so genannten Neuen Rechten sind vor allem publizistisch tätig und wollen mit ihren Verlautbarungen auch Mitglieder etablierter Parteien und andere EntscheidungsträgerInnen ansprechen.

Die „Neue Rechte“

Bereits Ende der 1960er Jahre traten in der Bundesrepublik innerhalb der extremen Rechten junge Gruppierungen auf den Plan, die sich selbst als „Neue Rechte“ bezeichneten und sich von der damals federführenden *NPD* absetzen wollten. Diesen jungen Rechten galten die Strukturen der in ihren Augen zur „Altherrenpartei“ verkommenden *NPD* als viel zu unflexibel im Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Die junge „Neue Rechte“ unterschied sich in ihrem Welt- und Menschenbild nicht von den „alten“ Rechten, doch sie wollte sich loslösen vom Stigma des historischen Nationalsozialismus und entwickelte deshalb neue argumentative Strategien, um ihre Inhalte zu vermitteln. So haben „neurechte“ Theoretiker beispielsweise mit der Idee des Ethnopluralismus dem Rassismus ein neues the-

oretisches Fundament gegeben, das seither weite Teile der extremen Rechten für sich nutzen. Der Ethnopluralismus argumentiert nicht mehr über „Blut“ und biologische Abstammung, sondern über „Kultur“: Aus dieser Perspektive heraus wird behauptet, es gebe unveränderliche Unterschiede zwischen einzelnen, in sich homogenen kulturellen Einheiten. Die ethnopluralistische Argumentation richtet ihren Fokus nicht mehr auf die absolute Abwertung des „Fremden“, wohl aber auf die vermeintlich unüberwindliche Verschiedenartigkeit von „Kulturen“, die im Idealzustand sauber getrennt nebeneinander existieren sollen. Ein Pluralismus innerhalb der „Kulturen“ wird dabei als „schädlich“ und „zersetzend“ abgelehnt. Rassistische Ordnungsvorstellungen, das heißt die Ablehnung von Einwanderung und „fremden“ Einflüssen, werden so legitimiert, ohne sich all zu offen auf diskreditierte biologische Begriffe stützen zu müssen.

Anstatt sich am Nationalsozialismus zu orientieren, suchen die „Neuen Rechten“ ihre Vorbilder unter den Vertretern der so genannten „Konservativen Revolution“, jenen antidemokratischen Kräften der Zwischenkriegszeit, die sich zwar meist von der *NSDAP* fernhielten, aber ebenfalls gegen die Weimarer Demokratie polemisierten.

„Es geht um den Einfluss auf die Köpfe...“

Das gegenwärtige Spektrum der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik ist geprägt durch ein Netzwerk aus Verlagen, Zeitungs- und Zeitschriftenprojekten sowie Bildungsvereinigungen und „Thinktanks“, deren erklärtes Ziel in

in Herten. **BOTTROP, 12. AUGUST 2014** „Pro NRW“ kündigt eine „öffentlichkeitswirksame Kampagne“ gegen den geplanten Bau einer Moschee an. Das „Bündnis gegen Rechts“ bezieht in Medienberichten Stellung gegen die RechtspopulistInnen. **MARL/HALTERN, 3. SEPTEMBER 2014** Die Marler Zeitung berichtet über den Ärger von Anwohner-

Innen der Sickingmühler Straße, weil auf ihren Türen, an Straßenlaternen und Schildern Aufkleber der Partei „Die Rechte“ geklebt wurden. Ähnliche Aufkleber mit der Aufschrift „Deutschland den Deutschen. Ausländer raus!“ werden in den Folgetagen auch in Haltern im direkten Umfeld der weiterführenden Schulen verklebt. **MARL, 5. SEP-**

TEMBER 2014 In einer privat angemieteten Kneipe in Marl-Mitte findet ein Konzert mit den in der rechtsextremen Szene beliebten, rechtsoffenen Hooliganbands „Kategorie C“ sowie „Pittbullfarm“ (Schweden) statt. Einschlägige Accounts in sozialen Netzwerken zeigen Fotos, einige Dutzend BesucherInnen feiern offenbar im kleinen Kreis. **HAL-**

der Erlangung der kulturellen Hegemonie, also der gesellschaftlichen Wortführerschaft, besteht. Die wichtigsten Akteure sind hier das *Institut für Staatspolitik* (IfS), die rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) sowie kleinere Zeitschriftenprojekte wie die *Sezession* und die *Blaue Narzisse* (BN).

„Es geht um Einfluss auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser“, so Karlheinz Weißmann, ein Mitbegründer des *Instituts für Staatspolitik*. Die „Neue Rechte“ setzt demnach auf Theoriearbeit und publizistische Einflussnahme, nicht aber auf die Schaffung einer neuen extrem rechten Sammlungspartei.

Die Distanzierung vom dezidiert neonazistischen Spektrum erweist sich als vorwiegend taktisch motiviert, denn hinter den Kulissen rekrutiert sich der Nachwuchs der rechtsintellektuellen Netzwerke zum Teil aus eben diesem Milieu. Weder zu Mitgliedern von Kameradschaften noch zur *NPD* gibt es Berührungspunkte. Gleichzeitig versucht insbesondere die *Junge Freiheit*, sich als seriöses, konservatives Medium zu präsentieren und sich so als prinzipiell anschlussfähig an entsprechende Kreise zu erweisen. Es gelang ihr in der Vergangenheit immer wieder, Interviewpartner aus verschiedenen demokratischen Parteien für sich zu gewinnen. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharer spricht deshalb von einer „Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“, die diese „neue intellektuelle Rechte“ einnehme. Im Spektrum der „Neuen Rechten“ verwischt die vermeintlich deutliche Trennschärfe zwischen extremer Rechter und der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“. Aktuell werden die Wahlerfolge der *Alternative für Deutschland* (AfD) mehrheitlich mit großem Wohlwollen und Interesse begleitet. Einzelne AfD-FunktionärInnen verfügen über gute Kontakte zur *JF* oder anderen „neurechten“ Organisationen.

Burschenschaftliches Milieu als Adressatenkreis der „Neuen Rechten“

Enge Beziehungen pflegen die rechtsintellektuellen Netzwerke zum Milieu der Burschenschaften und anderen ausschließlich Männern vorbehaltenen Studentenverbindungen. Nicht nur, dass viele Akteure selbst Mitglied

in einer Verbindung sind, sie glauben dort einen interessierten Adressatenkreis für ihre Politik und ein Potential möglicher Aktivisten zu finden. Zudem bieten einige Studentenverbindungen, vor allem aus dem Dachverband der *Deutschen Burschenschaft* (DB), den rechtsintellektuellen Autoren ein Forum. Der Dachverband stand in den letzten Jahren aufgrund seiner völkischen Verbandspolitik und der Debatte um den von einigen Mitgliedsbünden geforderten „Ariernachweis“ für Bundesbrüder in der Kritik. Zudem finden sich in der Mitgliedschaft der DB-Burschenschaften zahlreiche *NPD*-Aktivisten. Unter den Studentenverbindungen in Münster ist nur noch die *Burschenschaft Franconia* Mitglied in der *Deutschen Burschenschaft*. Sie ist in der Vergangenheit immer wieder durch Rechtsaußenpositionierungen und entsprechende Kontakte aufgefallen. Im Kontext der Forderung nach einem „Ariernachweis“ erwies sich die *Franconia* zwar nicht als treibende Kraft, rechtfertigte aber den Vorstoß mit dem Hinweis, dass auch für die Münsteraner Verbindung „nicht der deutsche Pass, sondern die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis“ das entscheidende Aufnahmekriterium sei.

„Neurechte“ Verbindungen in der Region

Eine der wichtigsten „neurechten“ Publikationen ist die ursprünglich in Chemnitz als Schülerzeitung gegründete *Blaue Narzisse*. Im April 2012 hielt ihr Chefredakteur Felix Menzel im Rahmen einer „Hochschultour“ einen Vortrag in Münster. Er referierte zur Idee eines „Europa der Regionen“ als rechte Alternative zu einem behaupteten „Totalitarismus der Brüsseler EU“, wie es später in einem Veranstaltungsbericht des rassistischen Blogs *Politically Incorrect* hieß. An dem konspirativ beworbenen Vortrag in einem Münsteraner Ausflugslokal nahmen auch Mitglieder der Münsteraner Gruppe von *Politically Incorrect* teil. Dass Menzel ausgerechnet in Münster auftrat, verwundert angesichts seiner Kontakte in die Stadt nicht. So gehört mit Wolf-Dieter Lassotta ein ehemaliger Student der WWU zu den regelmäßigen AutorInnen der *Blauen Narzisse*.

Im Herbst 2012 trat in Deutschland mit der *Identitären Bewegung* (IB) eine neue Gruppierung in Erscheinung, die die Inhalte und Themen der „Neuen Rechten“ aufgreift und sich durch ihr Auftreten vor allem an junge Menschen

TERN AM SEE, 2.11.2014 In einer zentral gelegenen Bahnunterführung wird von Unbekannten eine ca. 9 Quadratmeter große Hakenkreuzfahne gesprüht. Der Staatsschutz ermittelt, das gesprüht Kürzel „ANH“ weist auf die lokale Neonaziszene hin. Vor Ort sammeln sich engagierter BürgerInnen noch am selben Tag, um die

Schmiererei zu entfernen, das örtliche Bündnis „Haltern zeigt Flagge“ veranstaltet zwei Wochen später eine Demonstration mit über 100 TeilnehmerInnen. RECKENFELD, 10.11.2014 In der Facebookgruppe „Wir sind Reckenfeld“ hetzen neue Mitglieder gegen ein geplantes Flüchtlingsheim im Ortskern, die Eskalation gipfelt in der Forderung

„Türen zu und Feuer legen“. Unterschiedliche Gruppen im Ort reagieren darauf mit öffentlichen Aktionen und Unterstützungsangeboten für die Flüchtlinge. WARENDORF, 3.12.2014 Bei einer als „Infoabend Asyl“ angekündigten Veranstaltung der AfD-Kreistagsfraktion in einem Gasthaus in der Warendorfer Altstadt wird laut Allgemeiner

richtet. Die *Identitären* präsentieren sich äußerlich zeitgemäß und aktionsorientiert. Vordergründig distanzieren sie sich von einer extrem rechten Weltanschauung. Man sei nach eigenem Bekunden weder „links“ noch „rechts“, auch nicht rassistisch – sondern lediglich „identitär“.

Auch in Münster und Gladbeck gründeten sich Anfang 2013 „identitäre“ Gruppen. In Münster fanden regelmäßige „Stammtische“ statt, zu denen Identitäre aus verschiedenen Städten NRW erschienen. Zahlenmäßig blieben diese Treffen dafür mit ca. zehn bis 15 Personen überschaubar. Im Kreis Recklinghausen wurden mehrfach kleinere Propagandaaktionen durchgeführt.

Weder „links“ noch „rechts“? Die „Identitäre Bewegung“

Ein genauerer Blick auf die Inhalte der *IB* verdeutlicht, dass die allenthalben beschworene „Identität“ vor allem „weiß“ und europäisch verstanden wird. Auch die *Identitären* reden nicht von „Rasse“ oder „Nation“, sondern stattdessen von „Kultur“ bzw. der eigenen „ethnokulturellen Identität“, die es zu bewahren gelte. Sie greifen damit die durch Theoretiker der „Neuen Rechten“ entwickelte Idee des Ethnopluralismus auf. Inhaltlich positionieren sie sich vor allem gegen eine vermeintliche „Überfremdung“ und „Islamisierung“ Europas.

Ihren Ursprung hat die Identitäre Bewegung in Frankreich. Seit über zehn Jahren ist dort der extrem rechte *Bloc Identitaire* aktiv. 2012 trat dessen Jugendzusammenschluss, die *Génération Identitaire*, über Youtube mit einer „Kriegserklärung“ an die aus ihrer Sicht zu liberale Elterngeneration der 68er sowie mit spektakulären, islamfeindlichen Aktionen in die Öffentlichkeit und gab damit den Anstoß für die Gründung „identitärer“ Gruppen in verschiedenen europäischen Ländern. Die *Identitäre Bewegung Deutschland* entstand Mitte Oktober 2012 zunächst als Facebookgruppe.

Mitte 2014 konstituierte sich eine bundesweite Struktur der *IB*. Seitdem existiert ein eingetragener Verein der *Identitären Bewegung* Deutschland, dessen Vorstandsmitglieder aus NRW stammen. Zeitgleich wurden die lose strukturierten, lokalen Gruppen in größere regionale Gruppen zusammengefasst, möglicherweise auch, um die in der Regel geringe Personenstärke vor Ort auszuglei-

chen. In NRW existieren seither die *IB Westfalen* und die *IB Rheinland*. Ein erstes Treffen der *IB Westfalen* fand Anfang August 2014 in Recklinghausen statt.

„Ansprüche und Realität einer vermeintlichen „Jugendbewegung“

Felix Menzel und die *Blaue Narzisse* waren seit Beginn an der Entwicklung der entstehenden *Identitären Bewegung* beteiligt. Die *BN* begleitete die *Identitären* durch wohlwollende Artikel, Debattenbeiträge sowie ein Schwerpunktheft und verkaufte über ihre Homepage deren Aufkleber. Menzel und andere Rechtsintellektuelle wie der langjährige Leiter des *Institut für Staatspolitik*, Götz Kubitschek, waren begeistert von der neuen „Jugendbewegung“, die die Ideen und Ikonen der „Neuen Rechten“ zielgruppengerecht verpackt unter die Leute bringen wollte. Außerdem knüpften sie in ihrem provokativen, aktionistischen Ansatz an die 2008 von Götz Kubitschek selbst ins Leben gerufene *Konservativ-subversive Aktion* (KSA) an, in der wiederum auch Menzel mitwirkte. Die *KSA* führte bis zum Jahr 2009 Störaktionen bei einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen durch. 2013 eröffnete Menzel in Dresden das *Zentrum für Jugend, Identität und Kultur*, das explizit auch AktivistInnen der *Identitären Bewegung* offen stehen und ihnen einen Ort bieten sollte, an dem sie sich treffen und organisieren können. Was sowohl Menzel als auch Kubitschek an der hauptsächlich im Internet präsenten *Identitären Bewegung* kritisierten, war ein „Mangel an Leitung und Struktur“. Es fehle an Führungspersönlichkeiten, so der Vorwurf. In den letzten Monaten war durch die regionalen Neugruppierungen und die Vereinseintragung tatsächlich eine formale Verfestigung der *IB*-Strukturen zu beobachten. Ein Zuwachs an AktivistInnen ist aber nicht auszumachen, auch wenn eine nicht selten reißerische und sensationsheischende mediale Berichterstattung über diesen neuen Organisationsversuch innerhalb der extremen Rechten bisweilen einen anderen Eindruck erweckte. Der gegenwärtige Einfluss der *Identitären Bewegung* sollte daher nicht überschätzt werden. Ein paar Aufkleber und einige wenige in verwackelten youtube-Videos in Szene gesetzte flashmobartige Aktionen sind eben noch längst kein Ausdruck einer politisch einflussreichen Jugendbewegung.

Zeitung hitzig diskutiert. AsylbewerberInnen lägen „dem Staat auf der Tasche“ und bekämen „die Taschen vollgepackt“, hieß es in den Wortmeldungen. DORSTEN, 12.12.2014 Laut Polizeibericht sprühen Unbekannte schwarze Farbe an die Fassade einer AsylbewerberInnenunterkunft. In vielen Städten des Regierungsbezirks gab es in der

zweiten Jahreshälfte hitzige Diskussionen um die Unterbringung von Flüchtlingen, in einigen Orten wurden BürgerInneninitiativen gegen geplante Wohnheime gegründet. MÜNSTER, 5.1.2015 Nach Polizeiangaben demonstrieren 10.000 Menschen gegen die islamfeindlichen „Pegida“-Spaziergänge und einen bis zu diesem Zeitpunkt lediglich im In-

ternet präsenten Ableger in Münster. Auch in Goesfeld und Gelsenkirchen haben sich bisher nur über Facebook wahrnehmbare Ableger der „Pegida“ gegründet.

Kontakte und AnsprechpartnerInnen:

Die folgende Übersicht erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Aufgenommen wurden vor allem Einrichtungen, Initiativen und Netzwerke, die im Regierungsbezirk Münster sowie in den unmittelbar angrenzenden Regionen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und anderen menschenfeindlichen Haltungen aktiv sind.

Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Mobile Beratung leistet Hilfe zur Selbsthilfe und versucht, die vor Ort vorhandenen Ressourcen zu aktivieren und zu vernetzen, um langfristige Wirkungen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu erzielen. Mobile Beratung hilft, AkteurInnen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, miteinander zu vernetzen. Des Weiteren analysiert und dokumentiert die Mobile Beratung fortlaufend rechtsextreme Vorkommnisse und Strukturen in den Regierungsbezirken und sensibilisiert hinsichtlich der Entwicklung ausgrenzender und diskriminierender Einstellungen – explizit auch in der so genannten Mitte der Gesellschaft. Neben der „Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) gibt es in Nordrhein-Westfalen vier weitere, bei unterschiedlichen Trägern angesiedelte Teams der Mobilen Beratung, die auf Ebene der Regierungsbezirke tätig sind. Die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster ist an den Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster angegliedert.

**Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim)**
Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
Tel. 0251 / 492 71 09
kontakt@mobim.info
www.mobim.info
www.mobile-beratung-nrw.de

Beratung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt

Die Opferberatung unterstützt Menschen, die von Rechtsextremen bzw. aus rassistisch motivierten Gründen bedroht oder angegriffen wurden. Die MitarbeiterInnen beraten in juristischen Fragen, begleiten auf Wunsch zu Terminen bei der Polizei oder anderen Behörden und vermitteln therapeutische Hilfe. Die Opferberatung arbeitet parteinehmend für die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt, mobil, vertraulich und unbürokratisch. In NRW gibt es je eine Beratungsstelle in Westfalen und im Rheinland.

Westfalen:
**Back Up – Beratungsstelle für
Opfer rechter Gewalt**
Königswall 36
44137 Dortmund
Tel: 0231 532 009 40
Tel: 0172 10 454 32 (helpline)
contact@backup-nrw.org
www.backup-nrw.org

Rheinland:
Opferberatung Rheinland (OBR)
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Tel: 0211 15925566
info@opferberatung-rheinland.de
<http://www.opferberatung-rheinland.de>

Distanzierung und Ausstieg aus der rechten Szene

NinA NRW (Neue Wege in Ausbildung und Arbeit)

Das Projekt NinA, das beim Verein RE/init e.V. in Recklinghausen angesiedelt ist, unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene beim Ausstieg aus der rechten Szene durch ein permanentes Beratungs- und Unterstützungsangebot, das auf deren individuelle Bedürfnisse ausgerichtet ist. Zielsetzung ist, die Jugendlichen beziehungsweise jungen Erwachsenen durch Qualifizierung, Ausbildung oder Arbeit in die Gesellschaft zu integrieren, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Eigenverantwortung soll gestärkt, Hilfe zur Selbsthilfe geboten werden.

NinA NRW
Am Steintor 3
45657 Recklinghausen
Tel: 02361 30 21 0
Tel: 0176 93119765
nina.nrw@reinit.de
www.ausstieg-zum-einstieg.de

Ausstieg statt Einstieg – Aussteigerberatung zum Thema Rechtsextremismus und Satanismus im Amt für Jugendhilfe und Schule der Stadt Witten

Die Beratungsstelle „Ausstieg statt Einstieg“ ist Anlaufstelle für Ein- und Aussteiger, Angehörige, LehrerInnen, ErzieherInnen, Ratsuchende und Interessierte. Die Beratungsstelle hilft bei einer ersten Orientierung im Umgang mit dem Thema, ist Ansprechpartnerin für die Ratsuchenden, führt individuelle Beratungsgespräche und begleitet beim Ausstieg. Auf Wunsch vermittelt die Beratungsstelle Hilfe durch qualifizierte ExpertInnen.

<http://www.witten.de/fileadmin/civserv/5954036/forms/AusstiegstattEinstieg.pdf>

Amt für Jugendhilfe und Schule der Stadt Witten
Silvia Eilhardt
Marktstraße 16
58452 Witten
Tel: 02 302 581 51 95
silvia.eilhardt@stadt-witten.de

Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)

Zur Beratung von Familienangehörigen und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher wurde in NRW ein landesweites Netzwerk aufgebaut. Über IDA-NRW können Ratsuchende an Beraterinnen und Berater vor Ort vermittelt werden. Die Beratung ist vertraulich, kostenlos und bietet Hilfe bei der Beantwortung der Frage, ob der Jugendliche eine rechtsextreme Orientierung hat, informiert rund um das Thema Rechtsextremismus und unterstützt beim pädagogischen Umgang.

IDA-NRW
c/o Anne Broden
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 5 92 555
info@ida-nrw.de
www.ida-nrw.de/beratung-von-eltern

Bildungsangebote

Netzwerk Demokratie und Courage (NDC) – Landesnetzstelle Nordrhein-Westfalen

Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) wird von jungen Menschen getragen, die sich ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken engagieren. Das Hauptarbeitsfeld des NDC ist die Durchführung von Projekttagen „Für Demokratie Courage zeigen“ an Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Durchgeführt werden diese Bildungsveranstaltungen von ehrenamtlich engagierten jungen Menschen. Gemeinsam mit den Jugendlichen diskutieren sie über Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung, um Zivilcourage zu stärken und zu aktivem Handeln zu ermutigen. Die Angebote sind in der Regel kostenfrei. Das NDC existiert in mehreren Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen ist das Netzwerk beim Landesjugendring angesiedelt.

Netzwerk für Demokratie und Courage
Landesnetzstelle Nordrhein-Westfalen
c/o Landesjugendring NRW e.V.
Sternstraße 9-11
40479 Düsseldorf
Tel: 02 11 497 666 19
nrw@netzwerk-courage.de
www.netzwerk-courage.de/web/151.html

SchLAu NRW – Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung in NRW

Im Zentrum von SchLAu steht die Begegnung zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*. Die dahinterstehende Idee ist, dass Vorurteile und Klischees durch die direkte Begegnung wirkungsvoll hinterfragt und abgebaut werden können. SchLAu verfügt über regionale Gruppen, die ehrenamtlich Schulen, Jugendzentren und andere Bildungseinrichtungen besuchen, um Informationsveranstaltungen und Seminare durchzuführen. Im Regierungsbezirk Münster sind in Münster und Gladbeck zwei Gruppen aktiv und ansprechbar, die dem SchLAu-Netzwerk angehören.

SchLAu NRW
Schwules Netzwerk
NRW e.V.
Lindenstraße 20
50674 Köln
Tel: 02 21 257 28 49
info@schlau-nrw.de
www.schlau-nrw.de

SchLAu Gladbeck
Diana Janknecht
Verein zur Förderung
der Jugendpflege e.V.
Erlenstr. 82
45964 Gladbeck
Tel: 0175 518 8078
schlau@maxus-re.de

andersrum aufgeklärt
Martin Enders
KCM Münster e.V.
Am Hawerkamp 31
48155 Münster
Tel: 0251 66 56 86
info@andersrum-aufgeklaert.de
www.andersrum-aufgeklaert.de

Toolbox X – Workshops zur Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus

Toolbox X ist eine Bildungsinitiative aus dem Münsterland und Ostwestfalen, deren Angebote sich vor allem an Schulklassen und Jugendgruppen richten. In den Workshops geht es um das Sichtbarmachen, Stärken, Trainieren und Weiterentwickeln der eigenen Argumentationen und um die Ermutigung zum aktiven Handeln gegen rechtsextreme und rassistische Tendenzen und Vorurteile. Insgesamt bietet Toolbox X drei verschiedene Workshops an, die sich mit extrem rechter Musik, mit Codes und Symbolen des Rechtsextremismus sowie mit den Möglichkeiten zivilcouragierten Einschreitens gegen Mobbing und Diskriminierung beschäftigen. Die Workshops werden von qualifizierten TeamerInnen durchgeführt. Die Kosten für einen Workshop belaufen sich auf 8 Euro pro TeilnehmerIn, mindestens jedoch 96 Euro pro Gruppe.

Arbeit und Leben Bielefeld e.V. DGB/VHS
Holger Wiewel
Ravensberger Park 4
33607 Bielefeld
Tel: 05 21 55 777 221
hw@aulbi.de

aktuelles forum nrw e.V.

Das aktuelle forum widmet sich in seiner Bildungsarbeit unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekten. Einen Schwerpunkt bilden international ausgerichtete Projekte. Im Themenfeld „Rechtsextremismus“ bietet das aktuelle forum eine Reihe von Seminaren und Workshops an, die sich mit der Propaganda der extremen Rechten, aber auch mit Fragen der Erinnerungskultur beschäftigen. Die Angebote richten sich an Jugendliche wie auch an Erwachsene. Das aktuelle forum möchte jedoch vor allem bildungsbenachteiligte Menschen erreichen. Die Seminare und Workshops zielen auf die Förderung von Partizipation in der Gesellschaft und die Vermittlung von Medienkompetenz.

aktuelles forum e.V.
Hohenstaufenallee 1
45888 Gelsenkirchen
Tel: 02 09 155 100
info@aktuelles-forum.de
www.aktuelles-forum.de

Netzwerke und Arbeitsgemeinschaften:

Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen e.V.

Der AK Ruhr wurde 1984 durch Jugendamtsleiter benachbarter Ruhrgebietsstädte initiiert. Mittlerweile gehören dem Netzwerk weit über 50 kommunale Jugendämter, öffentliche Einrichtungen, Organisationen, Vereine etc. an. Das Netzwerk möchte rechtsextremen, rassistischen und anderen menschenfeindlichen Einstellungsmustern und Verhaltensweisen entgegen wirken. Die traditionellen Spektren der Jugendarbeit sollen erweitert und pädagogische Angebote vernetzt werden. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Austausch von Erfahrungen und Informationen sowie der Analyse der Hintergründe und Ursachen, die zur Entstehung rechtsextremer Orientierungen und Gewaltakzeptanz bei Jugendlichen führen. Mindestens dreimal jährlich trifft sich der AK Ruhr auf seinen Arbeitssitzungen. Einmal im Jahr veranstaltet der AK Ruhr eine Fachtagung zu jeweils unterschiedlichen Aspekten der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus.

Stadt Dortmund/Respekt-Büro

Stefan Woßmann
Geschwister-Scholl-Straße 33-37
44135 Dortmund
Tel. 02 31 50 299 42
swossmann@stadt-do.de
www.ak-ruhr.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Landeskoordination Nordrhein-Westfalen)

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist ein Projekt von und für SchülerInnen. Im größten Schulnetzwerk Deutschland gestalten über 750.000 SchülerInnen an über 1.000 Schulen aktiv das Klima an ihrer Schule mit und thematisieren an Projekttagen und im Alltag Rechtsextremismus, Rassismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Im Regierungsbezirk Münster gehören dem Netzwerk rund 80 Schulen an. Die teilnehmenden Schulen verpflichten sich dazu, als zentrale Aufgabe der Schule Projekte, Initiativen und Aktivitäten zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden. Unter anderem wird mindestens ein Mal im Jahr ein Projekttag mit der ganzen Schule zum Thema organisiert. Daneben gibt es zahlreiche weitere Aktionen. Meistens zu Beginn des Jahres findet in Nordrhein-Westfalen ein Landes-SchülerInnen-Treffen statt, zu dem SchülerInnen aller Schulen, die dem Netzwerk angehören, eingeladen sind. Im Regierungsbezirk Münster gibt es zudem ein jährliches Regionaltreffen, das von mobim zusammen mit Renate Bonow und Julia Kilian, den Landeskoordinatorinnen von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, organisiert wird.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage – Landeskoordination Nordrhein-Westfalen

Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKI)
Bezirksregierung Arnsberg, Dez. 37
Ruhrallee 1-3
44139 Dortmund

Julia Kilian

Tel.: 02 931 82 52 09
Fax: 02 931 824 824 9
julia.kilian@bra.nrw.de
www.schule-ohne-rassismus.org/wer-wir-sind/landeskoordinationen/nordrhein-westfalen

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Nordrhein-Westfalen e.V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft ist ein Zusammenschluss katholischer Verbände sowie jugendpastoraler Einrichtungen in NRW. Zu ihren Aufgaben gehören die Herausgabe von Fachpublikationen, die Durchführung von Fachveranstaltungen, von öffentlichkeitswirksamen Kampagnen zu den unterschiedlichen Themen des Kinder- und Jugendschutzes, Anstoß von Projekten und Aktionen sowie die Beratung pädagogischer Fachkräfte in Jugendarbeit und Jugendhilfe und die Unterstützung von Ehrenamtlichen. Ein Tätigkeitsfeld der Landesarbeitsgemeinschaft bildet die Rechtsextremismusprävention.

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Salzstraße 8
48143 Münster
Tel: 02 51 54 0 27
info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de

Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie im Regierungsbezirk Münster

Die „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) ist ein regionales Beratungsangebot in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu unterstützen. Vordringlichstes Ziel ist es, rechtsextremen Tendenzen durch eine Stärkung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und Beratung lokaler AkteurInnen entgegenzutreten und damit demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern.

Neben der gezielten Beratung lokaler und regionaler AkteurInnen wendet sich Mobile Beratung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzungen jedweder Art und solidarisiert sich mit den (möglichen) Betroffenen rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt.

Um eine gesellschaftliche Sensibilisierung und eine Thematisierung der Zusammenhänge im Themenfeld Rechtsextremismus zu fördern, dokumentiert und analysiert mobim rechtsextreme Strukturen, Vorfälle und Themen (vor allem) in der Region und betreibt eine aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, um nachhaltige Änderungen und Entwicklungen im Gemeinwesen zu ermöglichen.

mobim ist dabei eingebunden in das NRW-weite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Ministerium für Familien, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Träger von mobim ist der Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.

